

Landtag des Saarlandes

16. Wahlperiode



Pl. 16/45
01.12.20

45. Sitzung

am 01. Dezember 2020, 10.00 Uhr, in der Saarlandhalle
Saarbrücken

Beginn: 10.00 Uhr
Ende: 13.42 Uhr

PRÄSIDIUM:

Präsident Toscani (CDU)
Erste Vizepräsidentin Ries (SPD)
Zweiter Vizepräsident Heinrich (CDU)
Dritte Vizepräsidentin Spaniol (DIE LINKE)
Erste Schriftführerin Berg (SPD)
Zweiter Schriftführer Thielen (CDU)
Dritter Schriftführer Müller (AfD)

REGIERUNG:

Ministerpräsident, auch zuständig für die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Technologie, Hans (CDU)
Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Rehlinger (SPD)
Minister für Finanzen und Europa sowie Minister der Justiz Strobel (CDU)
Minister für Inneres, Bauen und Sport Bouillon (CDU)
Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Bachmann
Minister für Umwelt und Verbraucherschutz Jost (SPD)
Ministerin für Bildung und Kultur Streichert-Clivot

Es fehlen:

Abg. Döring (SPD)
Abg. Dörr (AfD)
Abg. Funk (CDU)

| | |
|--|------|
| Begrüßung zur 45. Plenarsitzung (Sondersitzung) in der Saarlandhalle | 3283 |
| Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung | 3283 |
| Änderung der Tagesordnung | 3283 |
| Abgabe einer Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten Tobias Hans zum Thema „Gemeinsam Corona weiter die Stirn bieten“ | 3283 |
| Ministerpräsident Hans | 3283 |
| Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Alle grundrechtsrelevanten Maßnahmen und Einschränkungen unter Parlamentsvorbehalt stellen (Drucksache 16/1507) | 3289 |
| Abg. Müller (AfD) zur Begründung..... | 3289 |
| Abg. Heib (CDU)..... | 3291 |
| Abg. Lafontaine (DIE LINKE)..... | 3295 |
| Abg. Commerçon (SPD)..... | 3300 |
| Abg. Hecker (fraktionslos)..... | 3304 |
| Abg. Wegner (CDU)..... | 3305 |
| Abg. Müller (AfD)..... | 3308 |
| Abg. Dr. Jung (SPD)..... | 3309 |
| Ministerin Rehlinger..... | 3312 |
| Abg. Müller (AfD)..... | 3316 |
| Ministerpräsident Hans..... | 3316 |
| Abstimmung, Ablehnung des Antrages | 3318 |

Präsident Toscani:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne unsere Plenarsitzung und darf Sie dazu alle herzlich willkommen heißen. Die heutige Sitzung ist eine Sondersitzung, insgesamt in dieser Legislaturperiode die 45. Sitzung des Landtages. Sie hat folgenden Hintergrund: Die DIE LINKE-Landtagsfraktion hat mit Schreiben vom 26. November 2020 eine Sondersitzung des Landtages des Saarlandes beantragt, um über die aktuelle Corona-Lage zu debattieren. Die Koalitionsfraktionen, also die Fraktionen von CDU und SPD, haben

am 27. November 2020 dem Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion zugestimmt. Aufgrund dessen habe ich den Landtag des Saarlandes gemäß Artikel 68 Satz 3 der Verfassung des Saarlandes zu der Sondersitzung für heute 10.00 Uhr einberufen.

Herr Ministerpräsident Tobias Hans hat mit Schreiben vom 27. November 2020 mitgeteilt, dass er beabsichtige, in der Sondersitzung des Landtages eine Regierungserklärung zu dem Thema „Gemeinsam Corona weiter die Stirn bieten“ abzugeben.

Das Erweiterte Präsidium hat sich darauf verständigt, die Aussprache zu der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zu verbinden mit der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1. Für diese verbundene Aussprache haben sich die Fraktionen darauf verständigt, das doppelte Redezeitmodul einzusetzen, das heißt rund 3 Stunden für diese verbundene Aussprache zur Regierungserklärung und zu Tagesordnungspunkt 1 vorzusehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor Eintritt in die Tagesordnung erteile ich Herrn Ministerpräsidenten Tobias Hans das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung. Das Thema lautet:

„Gemeinsam Corona weiter die Stirn bieten“

Ministerpräsident Hans:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Saarländerinnen und Saarländer! Abermals hat der Landtag zu einer Sondersitzung zu dem alles bestimmenden Thema dieser Monate eingeladen, zu unserem gemeinsamen Kampf gegen die Corona-Pandemie. Ich begrüße es außerordentlich, dass diese Sondersitzung stattfindet. Sie gibt uns neben der fortwährenden Berichterstattung, die ja in den Ausschüssen stattfindet, die Gelegenheit, als Landesregierung unsere Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens auch öffentlich weiter zu erklären und auch zur Diskussion zu stellen. Das ist ganz in unserem Sinne. Das liegt ganz auf unserer Linie, die wir sowohl hier im Land als auch im Bund verfolgt haben, nämlich die parlamentarische Beteiligung in dieser Ausnahmesituation stets zu gewährleisten. Hierzu - das kündige ich an dieser Stelle an - werden wir künftig unmittelbar nach jeder Rechtsverordnung zur Eindämmung der Corona-Pandemie von uns aus ein Sonderplenum des saarländischen Landtags einberufen. Dies, um unsere Maßnahmen hier im Parlament zur Diskussion zu stellen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich sagte es bereits an anderer Stelle und wiederhole es hier gerne noch einmal: Alle drei Gewalten - Legislative, Judikative und Exekutive - müssen bei der Bekämpfung der Pandemie Hand in Hand arbei-

(Ministerpräsident Hans)

ten, umso sicherer und fester ist dann das verfassungsrechtliche Fundament unseres Handelns. Dieses Fundament ist für uns in der Demokratie schließlich die Basis all unseres politischen Wirkens, meine Damen und Herren.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir befinden uns in einer Situation, in der es tatsächlich wenige Lösungen gibt, die es allen recht machen. Wenn es um die Einschränkung von Grundrechten geht, ist ohnehin jede Lösung nur so etwas wie das kleinere Übel. Wir - und das gilt nicht nur für die saarländische Landesregierung, sondern auch parteiübergreifend ausnahmslos für alle Kolleginnen und Kollegen in den Ländern und im Bund - bemühen uns stets um solche Maßnahmen, die möglichst geringe Belastungen mit sich bringen, aber trotzdem größtmögliche Wirkung entfalten. Wir wägen unsere Maßnahmen ständig aufs Neue äußerst sorgfältig und nach einem intensiven Diskurs ab. Im Saarland befristen wir alle Rechtsverordnungen stets auf zwei Wochen, um sicherzustellen, dass Grundrechtseingriffe nur so lange bestehen bleiben, wie dies auf der Basis des wissenschaftlich festgestellten Infektionsgeschehens erforderlich ist. Dabei macht sich niemand der beteiligten Akteure irgendetwas vor: Die Belastungen sind dennoch erheblich. Die Einschränkungen von Grundrechten zur Bekämpfung der Pandemie bleiben weitreichend. Die Geduld und die Disziplin der Menschen werden nach wie vor auf eine harte Probe gestellt. Dies ist uns allen bewusst, und ich kenne überhaupt niemanden, dem das irgendwie leichtfällt.

Möglichst geringe Belastungen - möglichst große Wirkung; meine Damen und Herren, ziehen wir einen internationalen Vergleich, dann ist uns das in Deutschland bisher relativ gut gelungen. Ich erinnere daran, in einigen unserer EU-Partnerstaaten waren die Lockdown-Maßnahmen sowohl im Frühjahr als auch im Herbst sehr viel weitgehender und strenger als in Deutschland. Dennoch haben wir proportional gesehen zum Teil ganz erheblich weniger an oder mit COVID-19 Verstorbene zu beklagen als diese Länder. Vor diesem Hintergrund kann ich auch die Argumentation derjenigen nicht nachvollziehen, die sagen: Die Gesamtsterblichkeit ist in Deutschland 2020 nicht signifikant höher als in anderen Jahren, also müssen diese Maßnahmen der Regierung übertrieben sein. Diese Logik übertragen beispielsweise auf den Straßenverkehr würde lauten: Im Jahr 1970 hatten wir in der Bundesrepublik Deutschland 21.332 Verkehrstote, im Jahr 2019 waren es nur noch 3.046. Also wird der Straßenverkehr immer ungefährlicher. Also ist die Straßenverkehrsordnung überflüssig. Das, meine Damen und Herren, ist die irreführende Logik derer, die die Notwendigkeit unserer Einschränkungen bestreiten. Urteilen Sie selbst, wie plausibel eine solche Argumentation ist!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Lassen Sie mich auch hier im Hohen Haus noch mal sehr eindringlich sagen: Es geht uns nicht darum, Ängste zu schüren oder mit Angst Politik zu machen, auch das ist ja hier schon einmal gesagt worden. Es ist nun einmal so: COVID-19 ist für manche eine sehr gefährliche, ja tödliche Krankheit. Das Coronavirus ist ein leicht übertragbares Virus mit hoher Ansteckungsgefahr. Das ist das, was uns die große Mehrheit der Wissenschaftler*innen sagt. Das ist das, was uns aus den Kliniken aus der Praxis berichtet wird. Das ist das, was uns die tägliche Erfahrung im Umgang mit diesem Virus zeigt. Dies den Menschen vorzuenthalten, die Menschen nicht zu Vorsicht und Achtsamkeit zu ermahnen, wäre in hohem Maße verantwortungs- und gewissenlos! Das, meine Damen und Herren, wäre die Methode derer, die die Fakten leugnen, wenn sie ihnen nicht in den Kram passen. Das Ergebnis einer solchen Politik kennen wir: Mehr als 2.400 Tote am Tag zum Beispiel in den USA, das ist mehr als eine Viertelmillion Verstorbene bisher. Das ist unfassbarerweise fast das Fünffache der im Vietnamkrieg gefallenen US-Soldaten! Das, meine Damen und Herren, kann unser Weg in Deutschland und im Saarland nicht sein. Und das wird auch unser Weg nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Tatsache ist: Wir sind bisher sehr viel besser durch diese Krise gekommen als unsere Nachbarstaaten. Das verdanken wir nicht nur unseren Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung, das verdanken wir zu einem ganz großen Teil dem unermüdlichen Einsatz der Beschäftigten in unserem hervorragenden Gesundheitssystem. Das verdanken wir zu einem ganz großen Teil aber auch der Vernunft und dem Verantwortungsbewusstsein der Menschen in unserem Land. Und das, meine Damen und Herren, kann man nicht oft genug betonen. Dass sich die Mehrzahl der Menschen zum Schutz ihrer Mitmenschen besonnen und verantwortungsvoll verhält, kann man gar nicht genug würdigen und anerkennen. Ich finde, das sollten wir in diesem Hause auch tun.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, angesichts stark steigender Infektionszahlen im Oktober haben wir nach weitgehenden Lockerungen im Sommer für den November wieder verschärfte und einschränkende Maßnahmen getroffen. Gegenüber dem Lockdown im Frühjahr ist das eher ein milder Lockdown. Ich habe das in meiner Regierungserklärung vom 03. November in diesem Haus näher ausgeführt. Dieser Lockdown sollte den Trend täglich steigender Neuinfektionen umkehren und das Infektionsgeschehen auf ein kontrollierbares Maß zurückführen. Das war unser Ziel. Heute müssen wir feststellen: Wir haben dieses Ziel bundesweit nicht erreicht! Bundesweit bewegen sich die Zahlen auf einem sehr hohen Niveau bei um die 20.000 Neuin-

(Ministerpräsident Hans)

fektionen pro Tag. Die Zahl der Todesfälle an einem Tag hat vergangene Woche sogar die 400er-Marke übertroffen. Mancherorts geraten die Kliniken an ihre Grenzen. Die Situation ist insgesamt sehr viel angespannter als bei der ersten Welle.

Woran liegt das? Nun, wir haben diesmal keinen kompletten Lockdown. Geöffnete Schulen, gefüllte Bahnen und Busse, geöffneter Einzelhandel, all das begünstigt die Ausbreitung des Virus. Das ist das eine. Das andere ist: Die Jahreszeit tut ihr Übriges. Bei niedrigen Temperaturen - heute kann man das besonders gut beobachten - ist das Virus sehr viel langlebiger. In geschlossenen Räumen sind Ansteckungen eben wahrscheinlicher, als wenn man draußen ist. Das bestätigen uns auch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universitätsklinik und der Universität des Saarlandes, mit denen wir als Landesregierung in einem engen und ständigen Kontakt stehen. So zeigen wissenschaftliche Vergleiche mit dem Infektionsgeschehen im März in Australien - dort war damals Winter -, dass Corona in der kalten Jahreszeit sich noch mehr ausbreitet.

Was wir aber erreicht haben - und das ist die gute Nachricht -, ist: Die Infektionszahlen stagnieren bundesweit. Das heißt, wir haben das exponentielle Wachstum gebrochen und aller Voraussicht nach die Überlastung unseres Gesundheitssystems zunächst abgewendet. Das war das oberste Ziel, das wir mit diesem Lockdown verfolgt haben. Das, meine Damen und Herren, ist immerhin ein Teilerfolg, und den sollte man nicht kleinreden. Im Saarland - und das ist eine noch bessere Nachricht - ist das Infektionsgeschehen sogar leicht rückläufig. Ich bin froh, dass ich das nach den Neuinfektionszahlen von gestern tatsächlich sagen kann. Am Tag vorher sah es aufgrund eines einzelnen Ausbruchsgeschehens etwas anders aus. Hier ist die 7-Tage-Inzidenz von über 175 in der ersten Novemberwoche auf nunmehr 124 abgesunken, im Bund in der gleichen Zeit von etwa 160 auf etwa 150. Wir haben also hier eine bessere Entwicklung als im Bund, wenn wir auch anfangs auf höherem Niveau lagen. Hatte das Saarland vor drei Wochen noch hinter Berlin und Bremen die dritthöchste 7-Tage-Inzidenz in ganz Deutschland, so liegt sie heute in neun Bundesländern höher als im Saarland. Auch bei den Intensiv- und Beatmungsplätzen in den Krankenhäusern haben wir zurzeit durchaus noch Luft. Die Zahl der nicht belegten Betten und Intensivplätze ist immer noch ein gutes Stück höher als die der mit COVID-19-Patienten belegten Betten. Auch das ist eine gute Nachricht.

Aktuell beträgt im Saarland der R-Wert, den die Wissenschaftler an der Universität des Saarlandes errechnet haben, 0,82. Bleibt es bei diesem Wert, so können wir um die Weihnachtsfeiertage tatsächlich mit einer 7-Tage-Inzidenz von um die 50 rechnen. Dass dieser Wert so bleibt oder gar noch weiter zurückgeht, ist aber alles andere als sicher. Diese Be-

rechnungen gelten auf der Grundlage, dass wir die Maßnahmen so weiterfahren können wie im Moment. Die Zahlen können sich leider Gottes aber auch wieder nach oben bewegen. Auch ganz aktuell sehen wir, dass es in den Landkreisen unvorhersagbar immer wieder zum Aufflackern größerer Hotspots mit punktuell hohen Inzidenzen kommt.

Lassen Sie mich deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch mal kurz erläutern, was genau unser Ziel ist. Unser Ziel ist es, das Infektionsgeschehen so weit zu senken, dass die Gesundheitsämter jederzeit die Kontaktpersonen von Infizierten nachverfolgen können, um diese wiederum zu Tests oder zur Quarantäne zu veranlassen. Das ist bei einer 7-Tage-Inzidenz von etwa 50 und weniger der Fall. Diese 50er-Marke ist also weder willkürlich gewählt noch ist sie reiner Selbstzweck. Sie orientiert sich vielmehr an dem, was die Gesundheitsämter in aller Regel von ihrer personellen und technischen Ausstattung her an Nachverfolgung zu leisten imstande sind. Und solange diese Nachverfolgung in Deutschland jederzeit flächendeckend gewährleistet ist, können wir mit einem stabilen, konstanten Infektionslevel durchaus leben. Das heißt, wir müssen die Inzidenz auf 50 herunterdrücken, um wieder in den Genuss der guten Situation zu kommen, dass wir in den Gesundheitsämtern die Kontakte nachverfolgen können. Daran arbeiten wir, meine Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Davon sind wir aber derzeit noch weit entfernt. Das Infektionsgeschehen ist äußerst unberechenbar. Wie bei uns entstehen überall in Deutschland wie aus dem Nichts immer wieder neue Infektions-Hotspots. Ihr Ursprung ist in der Regel nicht rekonstruierbar. Bei Inzidenzen von 100 und mehr kann das Infektionsgeschehen extrem schnell wieder ins exponentielle Wachstum zurückkehren. Also auch wenn die Infektionszahlen derzeit konstant hoch oder wie hier im Saarland sogar leicht rückläufig sind, aber immer noch auf einem zu hohen Niveau, gilt: Das Geschehen ist noch immer äußerst instabil. Wir sind immer noch in einer sehr kritischen Phase der Pandemie und längst noch nicht auf der sicheren Seite. Genau da müssen wir aber hin.

Und hierzu müssen wir es dem Coronavirus noch erheblich schwerer machen, sich weiter auszubreiten. In dieser zweiten Phase der Pandemie ist es ja so, dass das Infektionsgeschehen nicht mehr so sehr von ein paar einzelnen zentralen Hotspots ausgeht. Das war im Frühjahr noch der Fall, wir erinnern uns, das hat sich nun aber geändert. Das Virus ist sehr viel stärker in die gesamte Breite der Bevölkerung eingedrungen. Von daher sind es auch in erster Linie die normalen, alltäglichen privaten Kontakte, die für die Verbreitung sorgen. Diese normalen privaten Kontakte müssen demnach weiter eingeschränkt werden, wenn wir die Pandemie nachhaltig unter

(Ministerpräsident Hans)

Kontrolle bringen wollen. Deswegen herrschte letzten Mittwoch unter den Regierungschefinnen und -chefs der Länder - und an ihren Regierungen sind DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CSU und CDU beteiligt - die einmütige Haltung: Wir müssen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ein Stück weit verschärfen, wir müssen die Kontakte weiter reduzieren, dies zumindest für die nächsten drei Wochen. Für die Tage von Weihnachten bis Silvester werden wir hingegen wieder etwas lockern, wenn die Infektionszahlen dies zulassen.

Ich nenne Ihnen die für uns wichtigsten Regelungen. Zunächst bitten wir dringlich alle Bürgerinnen und Bürger: Vermeiden Sie nach wie vor jeden nicht notwendigen Kontakt, bleiben Sie möglichst zu Hause! Unterlassen Sie bitte auch alle nicht zwingend erforderlichen beruflichen und privaten Reisen. Das gilt vor allem auch mit Blick auf das Ausland, insbesondere mit Blick auf die Skisaison. Die Bundesregierung wird auf europäischer Ebene eine Einigung anstreben, bis zum 10. Januar den Skitourismus gänzlich auszuschließen. Die derzeit aufgrund der Vereinbarung vom 28. Oktober geschlossenen Betriebe und Einrichtungen bleiben geschlossen, also auch die Gastronomie. Übernachtungsangebote im Inland werden weiter nur für notwendige und ausdrücklich nicht für touristische Zwecke zur Verfügung gestellt. Dies gilt zunächst bis zum 13. Dezember aufgrund der bisher üblichen zweiwöchigen Überprüfungsfrist. Danach werden wir weitergehende Maßnahmen beraten. Aber, damit sich jeder darauf einstellen kann: Wir werden bei Fortwähren der aktuellen Entwicklungen aller Voraussicht nach noch bis Anfang Januar mit diesen Maßnahmen zu leben haben und sie auch bis dahin ausweiten. Wir werden aber im Zwei-Wochen-Rhythmus weitere Überprüfungen und Bewertungen vornehmen.

Der Groß- und Einzelhandel bleibt geöffnet. Die Maskenpflicht wird erweitert und gilt künftig auch vor Einzelhandelsgeschäften - also nicht nur in den Geschäften - sowie auf Parkplätzen. An die Bevölkerung geht deshalb unser Appell, die Weihnachtseinkäufe möglichst auch unter der Woche zu tätigen und möglichst nicht zu den bekannten Stoßzeiten, bei denen man dann sowieso nur in einer Schlange vor dem Geschäft stehen müsste. Das sollte man versuchen zu vermeiden.

Um innerhalb der Läden und Märkte größere Anträge zu vermeiden, gilt generell, dass sich in einer Einrichtung mit einer Verkaufsfläche von bis zu 800 m² insgesamt höchstens eine Person pro 10 m² Verkaufsfläche aufhalten darf. Wenn es sich um Einrichtungen mit einer Verkaufsfläche ab 801 m² handelt, dann ist es auf einer Fläche von 800 m² höchstens eine Person pro 10 m² und auf der 800 m² übersteigenden Fläche höchstens eine Person pro 20 m² Verkaufsfläche. Das muss aber nicht jeder selbst berechnen, sondern die Einkaufs-

zentren müssen die jeweilige Gesamtverkaufsfläche ansetzen und dann durch ein abgestimmtes Einlassmanagement dafür sorgen, dass es im Innenbereich von Einkaufspassagen oder Einkaufszentren nicht zu unnötigen Schlangenbildungen kommt.

Private Zusammenkünfte mit Freunden, Verwandten und Bekannten werden im öffentlichen Raum jetzt auf maximal fünf Personen aus dem eigenen und einem weiteren Haushalt beschränkt. Im privaten Raum - also in der Wohnung oder im Garten - sind Zusammenkünfte auf die Mitglieder des eigenen Haushalts und darüber hinaus fünf weitere Personen aus einem weiteren Haushalt oder dem familiären Bezugskreis beschränkt. Kinder bis 14 Jahre sind hiervon jeweils ausgenommen. Das gilt deutschlandweit in dieser Form.

Was macht den Unterschied zwischen fünf und zehn Personen? - Das werden wir oft gefragt. Ich will es deshalb verdeutlichen. Bei fünf Personen gibt es zehn mögliche Kontakte. Bei zehn Personen sind es 45 mögliche Kontakte, also mehr als vier Mal so viele. Das Ansteckungsrisiko verringert sich bei fünf Personen also sehr, sehr deutlich. Deswegen haben wir uns dazu durchgerungen.

Jede Person hat in geschlossenen Räumen, die öffentlich oder im Rahmen eines Besuchs- oder Kundenverkehrs zugänglich sind, eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen. Das gilt auch für öffentliche Verkehrsmittel und es gilt auch - das sage ich sehr deutlich - an den Haltestellen. Darüber hinaus gilt die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung an allen Orten mit Publikumsverkehr in Innenstädten, so auch an Örtlichkeiten in der Öffentlichkeit unter freiem Himmel, an denen sich Menschen entweder auf engem Raum oder nicht nur vorübergehend aufhalten. Die Festlegung der Orte und der zeitlichen Beschränkung erfolgt durch die örtlich zuständigen Behörden. Beachten Sie also bitte, was in der jeweiligen Stadt oder Gemeinde gilt.

In Arbeits- und Betriebsstätten ist jetzt eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen. Das gilt nicht am Platz, sofern dort ein Abstand von 1,5 m zu weiteren Personen sicher eingehalten werden kann. Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle noch einmal eine Bemerkung zum Mund-Nasen-Schutz machen. Ich habe überhaupt kein Verständnis für diejenigen, die das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes grundsätzlich verweigern. Diese Menschen setzen sich - vor allem aber auch andere Menschen - einer erhöhten Infektionsgefahr aus. Das ist extrem unsolidarisch und extrem verantwortungslos, meine Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Deshalb wünsche ich mir, dass die überwiegende Mehrzahl der Menschen die Masken trägt und diese Einschränkungen in Kauf nimmt, um andere zu schützen, und dass das auch in der Öffentlichkeit

(Ministerpräsident Hans)

und in der Gesellschaft eine breite Unterstützung erhält. Bitte weisen Sie Menschen, die das nicht tun, darauf hin, dass das unsolidarisch ist.

Hochschulen und Universitäten sollen grundsätzlich - mit Ausnahme von Labortätigkeiten, Praktika, praktischen und künstlerischen Ausbildungsabschnitten und Prüfungen - auf digitale Lehre umstellen. Ich will an dieser Stelle - weil das schon eine harte Einschränkung für den Betrieb an der Universität, der htw sowie anderen Hochschulen ist - den Studierenden und dem Lehrpersonal ganz herzlich Danke sagen, wie geräuschlos diese neuen Formen in der Lehre trotz widriger Umstände an den Hochschulen angeboten und wahrgenommen werden. Ich will auch denjenigen Danke sagen, die sich derzeit um Erstsemester kümmern, denn ein erstes Semester stellt man sich nicht so vor, wie das im Moment der Fall ist. Deshalb ein ganz großes Dankeschön an alle Betroffenen. Die machen das großartig.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Auch wenn das jetzt noch keinen Niederschlag in der aktuellen Rechtsverordnung, die ich hier auch ein Stück weit vorstelle, findet, beabsichtigen wir, falls es das Infektionsgeschehen zulässt - das werden wir überprüfen -, eine besondere Regel für die Feiertage. Das interessiert die Menschen. Vom 23. Dezember 2020 bis längstens zum 01. Januar 2021 - das müssen wir noch genau entscheiden - dürfen sich maximal zehn Personen treffen. Aufgehoben ist dann auch die Beschränkung auf zwei Haushalte. Kinder bis 14 Jahre werden ebenfalls nicht mitgezählt.

Warum machen wir das? Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land Weihnachten möglichst so feiern können, wie es bei ihnen Tradition ist. Es gibt Familien, die erwachsene Kinder haben, die in eigenen Hausständen leben. Diese haben auch Partner, die in eigenen Hausständen leben, weil sie vielleicht an verschiedenen Orten leben und eine Ausbildung machen oder studieren. Das ist die Realität in unserem Land. Sicherlich wollen wir die Gefahr nicht unterschätzen, die das Virus mit sich bringt. Ich glaube, das ist deutlich geworden. Wir wollen aber auch die Gefahren nicht unterschätzen, wenn sich Menschen gerade in dieser Zeit an Weihnachten über die Festtage einsam fühlen, weil sie sich normalerweise treffen konnten und das jetzt nicht mehr der Fall wäre. Deswegen, meine Damen und Herren, wollen wir das verhindern und haben diese Regelungen beschlossen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Zu den Gottesdiensten will ich auch etwas sagen. Hier werden Bund und Länder wie bereits zuvor auf die Religionsgemeinschaften zugehen und mit ihnen Vereinbarungen für Gottesdienste treffen, natürlich auch für andere religiöse Zusammenkünfte, die es geben kann, und zwar mit dem Ziel, eine Kontaktre-

duzierung herbeizuführen. Religiöse Zusammenkünfte, die Großveranstaltungscharakter haben, sollen natürlich vermieden werden. Wir haben bisher während der gesamten Corona-Pandemie - das kann ich mit Fug und Recht behaupten - mit den Religionsgemeinschaften hervorragend zusammengearbeitet. Ich war gerade gestern in der Kirche und habe mit dem Pfarrer dort gesprochen und noch einmal festgestellt, wie sehr man gerade in den Kirchen und Religionsgemeinschaften Wert darauf legt, dass dort niemand infiziert wird. Ich will deshalb an dieser Stelle noch einmal betonen, dass wir das tun und den Vertretern aller Religionsgemeinschaften ganz herzlich Danke sagen, sicherlich auch im Namen des gesamten Hohen Hauses.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Zum Jahreswechsel 2020/2021 empfehlen wir, dass man auf das Silvesterfeuerwerk möglichst verzichtet, vor allem auf belebten Plätzen und in Straßen. Dort wollen wir das nicht. Die Pyrotechnik wird dort untersagt, um größere Gruppenbildungen zu vermeiden. Um nichts anderes geht es an dieser Stelle. Die örtlich zuständigen Behörden bestimmen diese betroffenen Plätze und Straßen. Öffentlich veranstaltete Feuerwerke sind nicht erlaubt. Ich denke, ein etwas leiserer Jahreswechsel, als das bisher der Fall war, dürfte die geringste aller Einschränkungen sein, der wir uns stellen müssen.

Arbeitgeber sollten deswegen auch prüfen, ob man zwischen dem 23. Dezember und dem 01. Januar Betriebsferien machen kann. Gegebenenfalls, wenn das nicht geht, sollte man großzügige Homeoffice-Lösungen an den Tag legen. Ich weiß, dass da derzeit auch schon viele Mails an die Beschäftigten rundgehen und die allermeisten Arbeitgeber sehr offen sind, zu helfen.

Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen bleiben geöffnet. Auch das ist ein wichtiges Signal an die Menschen, die sich natürlich Sorgen gemacht haben, wie sie das alles hinkriegen sollen, wenn jetzt auch noch vorher die Schulen schließen. Das wird nicht der Fall sein. Unter den Ländern werden sehr differenzierte Regelungen in Bezug auf den Mund-Nasen-Schutz verabredet. Bei uns im Saarland werden wir aber die generelle Maskenpflicht ab Klasse 5, in den Berufs- und in den weiterführenden Schulen unverändert beibehalten. Wir haben außerdem besondere Regelungen wie Hybrid-Unterricht und Wechselunterricht für Regionen mit einer besonders hohen 7-Tage-Inzidenz von mehr als 200 vereinbart. Das wird bei uns eher nicht infrage kommen, da wir in allen Landkreisen derzeit unter dieser Inzidenz sind.

Schülerfahrten und internationaler Austausch bleiben grundsätzlich untersagt. Um die Schülerverkehre zu entzerren, haben wir im Saarland bereits schulorganisatorische Maßnahmen ergriffen und

(Ministerpräsident Hans)

auch zusätzliche Verstärkerbusse eingesetzt. Da möchte ich Anke Rehlinger danken, die sich persönlich darum gekümmert hat. Es ist vorbildlich, wie wir das im Saarland machen. Außer uns haben das nur drei weitere Bundesländer getan. Wir haben gehandelt und nicht darauf gewartet, bis uns irgendjemand das Geld dafür gibt. Bei der aktuellen Debatte muss man das erwähnen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

In den Schulen werden verstärkt Antigen-Schnelltests eingesetzt werden, um Infektionsketten aufzudecken. Da haben wir jetzt mehr Möglichkeiten an der Hand. Der Bund will den Ländern bei der Beschaffung entsprechender Tests behilflich sein. Natürlich bedanken wir uns dafür. Eine Verdachtsquarantäne soll fünf Tage andauern. Eine Entscheidung über die Wiederaufnahme des Unterrichts erfolgt ebenfalls per Antigen-Schnelltest. Das ganze Schulthema wird sehr intensiv debattiert, nicht nur unter den Ministerpräsident*innen, nicht nur in der Gesellschaft, sondern vor allem auch unter den Bildungs- und Schulminister*innen. Ich will an dieser Stelle meinen herzlichen Dank an die Bildungsministerin Christine Streichert-Clivot aussprechen. Als Regierungschef weiß ich, dass sie im Moment wirklich keinen einfachen Job hat. Permanent sitzt sie zwischen mehreren Stühlen zwischen Eltern-, Schüler- und Lehrerverbänden. Ich glaube, man muss an der Stelle einmal sagen: Das macht sie gut.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Zum Schutz vulnerabler Gruppen werden für die Krankenhäuser, Pflegeheime und -dienste, Senioren- und Behinderteneinrichtungen besondere Schutzvorkehrungen ergriffen. Der Bund berät mit den Ländern, wie für diese vulnerablen - also besonders verwundbaren - Gruppen im Dezember 2020 gegen eine geringe Eigenbeteiligung eine Abgabe von insgesamt 15 FFP2-Masken ermöglicht werden kann. Rechnerisch bedeutet es, dass man für jede Winterwoche eine FFP2-Maske bekommt, zum Beispiel, um sich zu schützen, wenn man Erledigungen machen muss.

Im Rahmen der nationalen Teststrategie werden für die einrichtungsbezogenen Testkonzepte ab dem 01.12.2020 je Pflegebedürftigem 30 Schnelltests pro Monat vorgesehen. Je nach Verfügbarkeit wird der Anspruch dann schrittweise erhöht. Wichtig ist, dass auch die Bewohnerinnen und Bewohner in Einrichtungen zu Weihnachten unter möglichst sicheren Bedingungen Familienbesuche erhalten können. Es wäre ja undenkbar, wenn wir all das jetzt geregelt hätten, es in den Einrichtungen dann aber überhaupt gar nicht möglich ist. Deswegen sind hier entsprechende Konzepte erarbeitet worden.

Das Zeitintervall der häuslichen Quarantäne wurde grundsätzlich einheitlich auf im Regelfall zehn Tage festgelegt. Auch hier haben wir jetzt eine einheitliche

Lösung. Mit den nunmehr in größerer Zahl zur Verfügung stehenden Antigen-Schnelltests ist eine testgestützte Verkürzung der Quarantänezeit möglich. Das bringt also auch da erheblich Erleichterung. Die finanziellen Corona-Hilfen für Unternehmen, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen werden fortgesetzt. Die Wirtschaftsbereiche, die absehbar auch weiterhin erhebliche Einschränkungen ihres Geschäftsbetriebes haben, sollen vom Bund im Rahmen der Überbrückungshilfe III bis Mitte 2021 unterstützt werden. Es gibt also auch hier eine Verlängerung der angekündigten Maßnahmen.

Kleinen und mittleren Unternehmen, bei denen sich die strukturellen Förderlücken des Bundesprogrammes negativ auswirken, werden wir zusätzliche Ergänzungsmittel des Saarlandes zukommen lassen. Das haben wir im Ministerrat bereits beschlossen. Diese Sonderhilfen gliedern sich in zwei Teilprogramme. Das erste Teilprogramm „Sonderförderung Veranstaltungswirtschaft“ umfasst 1,5 Millionen Euro. Staatssekretär Barke hat es den Betroffenen vorgestellt. Das zweite Programm „Tilgungszuschuss Corona“ beziffert sich auf 12 Millionen Euro. Für den Fall, dass der Bund seine Novemberhilfen nicht verlängert und auf den Dezember ausgedehnt hätte - das war noch nicht ganz klar -, hatten wir noch ein drittes Teilprogramm „Dezemberhilfen für Soloselbständige“ mit weiteren 12 Millionen Euro vorgesehen. Da die Novemberhilfen nun aber vom Bund im Dezember fortgesetzt werden - was zu begrüßen ist -, kann das entfallen.

Meine Damen und Herren, mir ist sehr wohl klar, dass das weiterhin sehr harte Auflagen sind, die wir den Menschen zumuten. Gerade in der Adventszeit, in der Gemeinschaftserlebnisse einen ganz besonderen Stellenwert haben, fällt es wirklich nicht leicht, diese Beschlüsse zu fassen - weder den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten noch der saarländischen Landesregierung. Ich betone aber, dass es Maßnahmen sind, die wir uns allen auferlegen. Es geht uns wahrlich nicht darum, den Menschen Grenzen zu zeigen. Das wird manchmal so dargestellt. Es geht einzig und alleine darum, dem Coronavirus Grenzen zu setzen - Grenzen, sich weiter auszubreiten, schwere Krankheiten und sogar Todesfälle zu verursachen. Um nichts anderes geht es bei diesen Maßnahmen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wie es aussieht, werden wir noch in diesem Jahr oder spätestens zu Beginn des nächsten Jahres über einen Impfstoff verfügen. Das sind sehr gute Nachrichten. Wir sind hier an der Saar auf diesen Zeitpunkt sehr gut vorbereitet. Unser Gesundheitsministerium hat die neue Test- und Impfstrategie bereits erarbeitet. Die Einrichtung und Prüfung der voraussichtlich drei Impfstandorte ebenso wie Details zur Lagerung und zum Transport der Impfstoffe - das ist nicht ganz unproblematisch - sind in Planung.

(Ministerpräsident Hans)

Die Verteilung erfolgt auf Basis einer Priorisierung nach den Empfehlungen der Ständigen Impfkommision. Dort macht man quasi - auch wenn kein Corona ist - nichts anderes, als sich Gedanken darüber zu machen, wen man wie am besten impft, um eine gute Durchimpfung hinzubekommen. Deswegen orientieren wir uns daran.

Wir orientieren uns aber auch am Deutschen Ethikrat sowie an der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina. Gerade gestern hatte ich mit deren Präsidenten ein Gespräch. Das notwendige Zubehör, etwa die Spritzen und Kanülen, die man dafür braucht, haben wir im Saarland bereits beschafft. Das liegt also vor. Wir haben auch bereits 1 Million Antigen-Tests bestellt, die wir vor allem zum Schutz der besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen und zur präventiven Testung vor allem in medizinischen und pflegerischen Einrichtungen vorgesehen haben und dort verwenden werden.

Ich will an dieser Stelle unserer Gesundheitsministerin Monika Bachmann sehr danken. Ich finde, sie und ihr Stab im Gesundheitsministerium haben bisher während der gesamten Pandemie einen sehr, sehr guten Job gemacht. Das sollten wir an der Stelle in diesem Hohen Haus anerkennen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ein Wort noch zur Impfbereitschaft: Ich kann an alle wirklich nur appellieren, von der Möglichkeit des Impfens Gebrauch zu machen. Wir haben gerade eine Studie gesehen, die davon ausgeht, dass die Impfbereitschaft im Saarland weniger hoch ist als im Bundesgebiet. Das macht mir Sorgen. Ich weiß, dass es zwischen den Impfbereiten und den Impfgegnern viele Menschen im Saarland gibt - so lese ich diese Umfrage -, die unschlüssig sind. Ich vertraue darauf, dass, wenn in Deutschland ein Impfstoff zugelassen wird, dieser Impfstoff auch sicher ist. Ich jedenfalls werde mich, wenn ich an der Reihe bin - das müssen dann andere entscheiden, wie das läuft -, impfen lassen. Ich denke, wir alle hier in diesem Landtag sollten da mit gutem Beispiel vorangehen. Ich habe Vertrauen in die Sicherheit eines Impfstoffes, wenn er in Deutschland zugelassen ist. Ich finde, das sollten die Menschen auch haben. Ich appelliere daran, dass Sie sich bitte, wenn Sie die Möglichkeit haben, auch impfen lassen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, mit dem Impfstoff sehen wir tatsächlich ein Licht am Ende des Tunnels. Und dieser Tunnel ist unglaublich lang. Wir haben etwa genau auf den heutigen Tag vor einem Jahr zum ersten Mal davon gehört, dass es eine Infektion mit diesem neuartigen Coronavirus in China gegeben hat. Ein Jahr lebt die Welt jetzt schon mit diesem Virus und eine viel zu lange Zeit leben wir schon unter den Einschränkungen. Deswegen ist es gut, dass wir dieses Licht am

Ende des Tunnels sehen. Am Horizont erscheint der Zeitpunkt, an dem wir die Pandemie besiegt haben können.

Dennoch wird es auch mit dieser Impfung noch dauern. Bis dahin müssen wir uns zusammenreißen, bis dahin müssen wir auf die Zähne beißen und uns weiterhin in der eingeübten Solidarität üben, die wir im Saarland haben. Genau mit dieser Solidarität sind wir in unserem Land an der Saar auf gutem Kurs. Wir werden dem Coronavirus weiter gemeinsam die Stirn bieten. Je konsequenter und disziplinierter wir das tun, umso eher werden wir aufatmen und sagen können: Wir haben es geschafft. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten. Wir kommen nun zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der AfD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Alle grundrechtsrelevanten Maßnahmen und Einschränkungen unter Parlamentsvorbehalt stellen (Drucksache 16/1507)

Zur Begründung des Antrages erteile ich Herrn Abgeordneten Rudolf Müller das Wort.

(Aufgrund der durch die Corona-Pandemie notwendigen Hygienemaßnahmen wird das Rednerpult bei jedem Rednerwechsel desinfiziert und die Mikrofon-Schaumstoffhüllen werden gewechselt.)

Abg. Müller (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat soeben in einer ausführlichen und längeren Rede eine Menge von Einzelheiten dargestellt, die durchaus verständlich sind und die wir auch ohne Weiteres unterschreiben könnten. Wir haben allerdings einen wesentlichen Einwand.

Das Corona-Drama geht weiter und fordert von uns, vom Landtag, selbstverständlich eine intensive Befassung. Deshalb ist es gut, dass wir heute wieder zu einer Sondersitzung zusammengekommen sind. Es war auch grundsätzlich richtig, dass schon vor dem 18.11., vor der Entscheidung des Bundestages und des Bundesrates, ein saarländisches Gesetz in Erster Lesung auf den Weg gebracht wurde. Dieses Gesetz sollte die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit des Landesparlamentes in dieser Lage verdeutlichen und hervorheben.

Inzwischen hat der Bundestag in konkurrierender Gesetzgebung Vorgaben gemacht, die das weitere

(Abg. Müller (AfD))

Gesetzgebungsverfahren auf saarländischer Ebene, auf Länderebene, überflüssig machen. Das hat der namhafte saarländische Staatsrechtler Professor Christoph Gröpl dankenswerterweise im Rechtsausschuss uns und der zugelassenen und zugeschaltesten Öffentlichkeit klar verdeutlicht, wenn er auch nicht ganz ausgeschlossen hat, dass ein eventuell streitiges Verfahren über die Kompetenzen von Bund und Ländern in dieser gravierenden Problematik letztlich vom Bundesverfassungsgericht entschieden werden müsste.

Vorläufig müssen und können wir mit dem neuen Bundesgesetz - § 28a des Infektionsschutzgesetzes - zurechtkommen, denn es besagt, dass nach der Feststellung einer Pandemie durch den Bundestag die Länder verschiedene Maßnahmen ergreifen können - sie können, sie müssen nicht, aber sie können - und zwar auch Maßnahmen, die verschiedene Grundrechte einschränken können, insbesondere die Berufsfreiheit und die Freizügigkeit. Sogar der Bereich der eigenen Wohnung kann betroffen sein.

Das wäre und ist gravierend, in den Augen vieler Bürger unter anderem deshalb, weil in der bundesgesetzlichen Regelung mehrmals von „ermächtigen“ und „Ermächtigungen“ die Rede ist. Das ist ein Begriff, der in unserer politischen Kultur als in höchstem Maße kontaminiert und vergiftet gilt.

Daher soll durch unseren heutigen Antrag sichergestellt werden, dass solche Maßnahmen, nämlich die Einschränkung von Grundrechten im Saarland, nur von den direkt gewählten Vertretern der Saarländer beschlossen werden können und von ihnen als Volksvertreter zu verantworten sind. Das ist sicher keine Verantwortung, nach der man sich als Parlamentarier in dieser schwierigen Lage drängt. Aber das ist nun einmal eine unserer Pflichten, für die man uns gewählt hat und für die man uns auch bezahlt.

Unser Antrag lautet: Alle Zusagen des Ministerpräsidenten und seiner Regierung gegenüber anderen Ländern und dem Bund in Bezug auf die Bekämpfung von COVID-19 dürfen nur noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Parlamentes gemacht werden, wenn sie die Einschränkung von Grundrechten beinhalten. Die Abstimmung darüber muss in Zukunft vor der Einschränkung von Grundrechten erfolgen. So weit unser Antrag.

Nun noch einige Gedanken zu dieser Krankheit selbst, zu dem, was nach und nach klarer wird, zu den Maßnahmen und ihrem Sinn oder auch Unsinn und zu Alternativen und Ergänzungen. COVID-19 ist weder die Pest noch ist es ein Schnupfen, sondern liegt irgendwo dazwischen. Manche merken gar nichts, manche sterben mit oder an dieser Krankheit. Und - so viel ist sicher - die schweren Verläufe, die auch zum Tod führen können beziehungsweise ihn beschleunigen, betreffen fast ausschließlich

Menschen ab dem Alter von etwa 70 Jahren. Bei Patienten ab 70 Jahren geht die Zahl der schweren Verläufe steil nach oben.

Daher empfiehlt es sich, dass diese Altersgruppe erstens sich selbst so weit wie möglich schützt, etwa so, wie man es bei bisherigen Grippeepidemien auch gemacht hat. Zweitens muss speziell dieser Altersgruppe geholfen werden, in Altersheimen und Pflegeheimen sowieso, wo es offenbar noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Darüber hinaus wäre es denkbar und machbar, ein bestimmtes Zeitfenster in Geschäften nur für Senioren ab 70 zu reservieren. In der übrigen Zeit können sie sich natürlich ebenfalls ganz frei bewegen, wenn sie das wollen und wenn sie das für sich selbst verantworten.

Eine zweite Maßnahme wäre die Erstattung der Kosten für Taxis für alle ab 70 Jahre, die kein eigenes Fahrzeug besitzen, damit sie nicht auf enge Busse und sonstigen ÖPNV angewiesen sind, wo die Hygieneabstände oft nicht eingehalten werden oder nicht eingehalten werden können. Die technischen und organisatorischen Einzelheiten dazu sind relativ einfach machbar.

Im Gegenzug sind Hotels, Restaurants und Gaststätten bei Einhaltung der bekannten Regeln wieder zu öffnen. Sie waren schließlich schon bisher keine sogenannten Hotspots, wie die Auswertungen des RKI deutlich gezeigt haben. Auch Kulturveranstaltungen aller Art müssen unter Einhaltung dieser Regeln wieder möglich sein. Damit lassen sich die ungeheuer großen Schäden für die Gesellschaft, für die Jugend, für die Wirtschaft und für die Staatskasse begrenzen, denn bei Weiterführung der bisherigen Maßnahmen ist zu befürchten, dass die Medizin - also die Maßnahmen, die ergriffen worden sind - schädlicher wirkt als die Krankheit. Mit anderen Worten: Die Verhältnismäßigkeit ist nicht gewahrt.

So weit im Augenblick einige Vorschläge und Gedanken zur Diskussion. Im Übrigen bitte ich um Zustimmung zu dem soeben formulierten Antrag, der Ihnen schriftlich vorliegt.

Ich habe noch ein bisschen Zeit. Dann lese ich Ihnen den Antrag noch einmal vor. - Alle Zusagen des Ministerpräsidenten und seiner Regierung gegenüber anderen Ländern und dem Bund in Bezug auf die Bekämpfung von COVID-19 dürfen nur noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Parlamentes gemacht werden, wenn sie die Einschränkung von Grundrechten beinhalten. Die Abstimmung darüber muss in Zukunft vor der Einschränkung von Grundrechten erfolgen. - Ich danke Ihnen.

Präsident Toscani:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen nun zur Aussprache und zwar wie angekündigt zur verbundenen Aussprache zur Regierungserklärung des

(Präsident Toscani)

Ministerpräsidenten und zum Antrag der AfD-Landtagsfraktion.

Erste Rednerin in der Aussprache ist die Abgeordnete Dagmar Heib für die CDU-Landtagsfraktion.

Abg. Heib (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Müller, dadurch, dass Sie Ihren Antrag noch einmal vorgelesen haben, ist er für uns nicht zustimmenswerter geworden. Wenn Sie meinen Ausführungen lauschen, dann werden Sie verstehen, warum wir diesem Antrag nicht zustimmen werden. Das schon einmal vorab.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Meine Damen und Herren, wo stehen wir heute? Welche Erkenntnisse haben sich grundlegend geändert? Wir haben mittlerweile medizinische Vorgehensweisen, die den Patienten, die daran erkranken - den meisten jedenfalls, vielen auch nicht -, helfen, gut durch diese Krankheit zu kommen. Das ist eine äußerst positive Umsetzung der Erfahrungen der vergangenen Monate.

Haben sich der Weg der Übertragung und/oder die Wege der Viren geändert? Nein! Das Virus ist nach wie vor unterwegs und verbreitet sich über Kontakte. Folglich müssen wir die Kontakte weiterhin reduzieren. Wir müssen an Kontaktbeschränkungen festhalten. Die Infektionszahlen sind in den letzten Tagen leicht zurückgegangen. Vielleicht waren es auch nur der Montag und der Dienstag. Das hat sich wieder in der Statistik gezeigt. Bis vor ein paar Tagen konnten wir eine Stagnation feststellen, aber leider tageweise auf einem auf sehr hohem Niveau.

Der November-Lockdown, der Wellenbrecher, hat nicht für die gewünschte Entlastung gesorgt und auch nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Die aktuelle 7-Tage-Inzidenz - der Ministerpräsident hat es in seiner Regierungserklärung angesprochen - beträgt 124. Da sind wir von der Zahl 50 pro 100.000 Fälle noch weit weg. Wir sind noch nicht dran, auch wenn sich gestern gezeigt hat, dass es bei uns einige Landkreise gibt, die mittlerweile unter 100 waren. Toi, toi, toi.

Es ist im Bundesvergleich besser geworden. Dem ist so. Das verdanken wir zweifelsohne den Menschen, den Saarländerinnen und Saarländer. Sie verhalten sich weiterhin zu ganz großen Teilen diszipliniert und achtsam. Von daher von meiner Seite einen herzlichen Dank.

(Beifall von den Regierungsfraktionen.)

Aber um Weihnachten und den Jahreswechsel mit familiären und freundschaftlichen Kontakten begehen zu können, braucht es weitere Kraftanstrengungen. Das Weihnachtsfest und Silvester 2020 werden

anders sein. Wenn ich daran denke, dass man letztes Jahr um diese Zeit mit einem Auge den Blick auf Entwicklungen geworfen hat, die in China waren, und auf Geschehnisse, die sich dort ereignet haben, so hätte ich mir für dieses Jahr 2020 nicht vorstellen können - ich glaube, da kann ich für uns alle reden -, wo wir heute stehen und mit welchen Aufgaben wir in den letzten Monaten vereint zu tun hatten und weiterhin noch zu tun haben werden.

Auch in meiner Familie wird an Weihnachten das große Treffen an Heiligabend oder am ersten Weihnachtsfeiertag nicht stattfinden. Wir haben auch diese Tradition. Unsere Mitternachtsmette in der Gemeinde ist in eine andere Kirche verlegt worden, aber das traditionelle anschließende Zusammenkommen, um Weihnachten in Gemeinschaft zu erleben, wird nicht sein.

Wie von unserem Ministerpräsidenten Tobias Hans dargestellt, ist das Nachschärfen bis zum 20.12. notwendig. Wie es dann weitergeht, wird vom Infektionsgeschehen abhängen. Wir wünschen uns Lockerungen der Kontaktbeschränkungen zu Weihnachten, damit sich Familien und Freunde auch unter Corona-Bedingungen treffen können. Ob es darüber hinaus weitere Lockerungen auch für Gastronomie, Theater und Ähnliches geben soll, muss sehr gut überlegt sein.

Man muss sich die Frage beantworten, ob erreichte Erfolge durch eine kürzere Zeit gefährdet werden. Der Ministerpräsident hat folgenden Ausdruck gebracht: Die Zähne zusammenbeißen. Genau das ist es. Es geht darum, sich zusammenzureißen, um Rückschläge zu vermeiden. Rückschläge, das wissen alle, das liegt im Wort selbst, geben uns Schläge in den Rücken. Das wird uns in der Bekämpfung der Pandemie zurückwerfen. Von daher ist es sehr wichtig, darauf zu achten, wie es in den Tagen danach weitergehen kann und welche Lockerungen wirklich möglich sein werden.

Wir brauchen Lösungen und Ansätze, wie wir danach - nicht nur im Dezember, sondern darüber hinaus auch im kommenden Jahr - mit der Pandemie umgehen und leben wollen. Das sind Hausaufgaben, die sich uns allen noch dringender stellen als zuvor. Die Bekämpfung der Pandemie steht derzeit im Vordergrund. Staatliches Handeln muss sich darauf konzentrieren. Der Schutz der Gesundheit und des Gesundheitswesens will ich als Schlagworte nennen.

Wir haben gezeigt, dass wir als Land Verantwortung übernehmen, auch in finanzieller Hinsicht. Ich nenne nur den Nachtragshaushalt oder - wie vorhin angesprochen - die Schülertransporte, die wir in der Verantwortung des Landes regeln. Ich glaube, wir werden diese Verantwortung auch weiterhin übernehmen. Dann ist es an der Zeit, darüber zu diskutieren.

(Abg. Heib (CDU))

Je eher und deutlicher wir den Menschen Perspektiven und Lösungen bieten können, um gesellschaftliches Leben, Begegnungen und Kontakte trotz Pandemie zu ermöglichen, desto höher wird die Akzeptanz für all unsere derzeitigen Maßnahmen sein. Je länger die Pandemiebekämpfung dauert, desto stärker müssen wir für die Akzeptanz argumentieren, werben und einstehen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Die Ministerpräsidenten und die Kanzlerin kommen am 13.12. zu weiteren Beratungen zusammen. Wenn am 13.12. die Ministerpräsidentenkonferenz erneut tagt, um die geltenden Maßnahmen zu überprüfen und neue Beschlüsse zu fassen, dann sollten wir als Landtag ebenso noch einmal tagen, wie wir es heute tun, und zwar nicht, um der neuen Rechtsverordnung des Landes zuzustimmen, sondern um sie und ihre Auswirkungen zu diskutieren. Ich glaube, was wir heute tun, ist genau das, was ein selbstbewusstes Parlament tun sollte. Ich habe eben mit Zufriedenheit gehört, dass unser Ministerpräsident angekündigt hat, dass es danach wieder eine Debatte im Landtag geben wird. Dafür an dieser Stelle schon einmal herzlichen Dank. Unser Ministerpräsident handelt so. Vielen Dank, Herr Hans!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es war in den letzten Tagen wieder verstärkt zu hören, dass der Landtag noch stärker an der Debatte um die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie beteiligt werden muss. Herr Müller, darauf zielt auch Ihr Antrag. So weit, so gut. Darin, dass er beteiligt werden muss, sind wir uns einig. Deshalb haben wir dem Antrag der DIE LINKE zur Einberufung zugestimmt, damit sich der Landtag heute mit der Rechtsverordnung beschäftigt. Wir stehen nämlich hinter Minderheitsrechten. Auch das sei Ihnen gegenüber gesagt, weil es für den Antrag der DIE LINKE-Fraktion der Zustimmung der anderen Fraktionen bedurfte.

Kontrolle ist eines der wichtigen Themen, die unser saarländisches Parlament seit Beginn dieser Krise beschäftigen. Richtig ist nämlich, das Parlament muss stets die Möglichkeit haben, sich ein Bild über die Maßnahmen zu machen, sie umfassend zu debattieren und dort einzugreifen, wo es Grenzen überschritten sieht. Das bildet doch den Kern unseres Mandats. Ich glaube, dass wir dieses Mandat in den vergangenen Wochen und Monaten ausgefüllt haben.

Ich will eine Zahl nennen. Ich schaue zum Kollegen Magnus Jung. 32 ist diese Zahl. 32-mal hat der Ausschuss für Soziales und Gesundheit seit Mitte März getagt. Wir haben uns dort von der Landesregierung und anderen Akteuren aus Politik, Wissenschaft, Kultur und allen Bereichen des öffentlichen Lebens berichten lassen und miteinander die Pandemie und

deren Bekämpfung diskutiert. Wir haben dort debattiert.

Hinzu kommen Sitzungen der Fachausschüsse, ob es Justiz und Verfassung, insbesondere Wirtschaft und auch Bildung waren. Alle haben sich mit Corona-Themen beschäftigt. Das haben wir viele Stunden lang getan. Das ist unser Job. Dazu stehe ich. Offene Fragen wurden, wenn schon nicht in der Sitzung selbst, dann aber doch schnellstmöglich schriftlich beantwortet. Dafür einen herzlichen Dank an die Landesregierung. Dazu zählen die betroffenen Ministerien, die vorhin angesprochen wurden. Diese haben wirklich andere Arbeiten zu tun, die in der Zeit sehr dringend waren. Aber das Parlament ist immer mitgenommen worden. Keine Information wurde vorenthalten.

Die Ausschüsse und Sondersitzungen wie die heutige geben uns die Möglichkeit zur Debatte. Der Streit der Argumente, was nun einmal eine Debatte ist, ist doch neben der Gesetzgebung und dem Haushaltsrecht die Kernaufgabe dieses Parlaments. Nicht zur Kernaufgabe zählt hingegen, dass wir stundenlang darüber sinnieren, ob es nun zwei, vier oder sechs Personen sind, die sich im öffentlichen Raum treffen sollen und wie einzelne Einrichtungen zu klassifizieren sind. Genau dafür gab es zu Beginn der Krise Allgemeinverfügungen, die durch Rechtsverordnungen abgelöst wurden, damit die Experten in den Ministerien schnell und fachlich richtig entscheiden konnten.

Genau darüber haben wir uns wöchentlich im Landtag berichten lassen. Wir haben kontrolliert und kritisch nachgefragt. Das ist unsere Parlamentsbeteiligung in all den Wochen und Monaten gewesen. Wir sind Legislative. Wir sind nicht Exekutive. Wir sind auch nicht Judikative. Der Verfassungsgrundsatz der Gewaltenteilung ist uns doch allen bekannt. Die Konzentration jeder Gewalt auf ihre eigenen Kompetenzen und Stärken ist meines Erachtens genau der richtige Weg, um diese Pandemie zu bekämpfen.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich will es an dieser Stelle noch einmal betonen: Kein Gericht - es gab genügend Entscheidungen -, kein Verwaltungsgericht, kein Oberverwaltungsgericht, kein Verfassungsgericht hat Maßnahmen der Regierung bisher als falsch oder sinnlos abgestempelt. Es geht nicht darum, dass Rechtsverordnungen der falsche Weg sind, sondern darum, wie diese im Detail bei einzelnen Maßnahmen und Regelungen ausgestaltet sind. Das ist ein kleiner, aber sehr wichtiger Unterschied in dieser Debatte. Wir haben auch gemerkt - und das haben uns die Gerichte nicht nur im Saarland, sondern auch anderswo zugerufen -, dass diese Regelungen einen Rahmen, eine gesetzliche Grundlage brauchen. Gerade deshalb haben wir einen Gesetzentwurf vorgelegt - das Saarländische COVID-19-Maßnahmengesetz -, um diese Fra-

(Abg. Heib (CDU))

gen zu klären und die Beteiligung des Parlaments zu stärken. Gemeinsam in einer Projektgruppe, in der alle Fraktionen beteiligt waren, haben wir Lösungen entwickelt.

Jetzt ist uns der Bund in weiten Teilen durch die Neufassung des Desinfektionsschutzgesetzes zuvorgekommen. Der Bund hat die Gesetzgebungskompetenz an sich gezogen. Wo uns noch Handlungsspielräume verbleiben, hat uns die öffentliche Anhörung der vergangenen Woche gezeigt. Auch das ist Föderalismus, meine Damen und Herren.

Ich will an dieser Stelle noch einmal klarstellen, dass unser Maßnahmenpaket in der Anhörung nicht zerpfückt oder zerrissen worden ist, denn auf die Gefahr, dass der Bund uns zuvorkommen könnte, haben wir in der Ersten Lesung des Gesetzgebungsverfahrens hingewiesen. Mein Kollege Fraktionsvorsitzender Alexander Funk - von dieser Stelle aus wünsche ich ihm gute Besserung, er ist heute nicht dabei - und andere Kollegen haben das in den Blick genommen, weil damals die ersten Pressemeldungen kamen, dass das geschehen sollte.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD.)

Wir haben darauf hingewiesen. Als es dann den ersten Gesetzentwurf auf Bundesebene gab und unser Gesetzentwurf schon in Erster Lesung war, gab es durchaus verschiedene Meinungen wie etwa die eines Rechtswissenschaftlers aus Frankfurt, der damals zu unserem Gesetzentwurf gesagt hat: inhaltlich weiterführend und um Längen besser als das, was die Regierungskoalition in Berlin auf den Weg bringen will. - Sie haben Gott sei Dank zur Zweiten Lesung nachgebessert und ein gutes Resultat auf den Weg gebracht. Das muss man an der Stelle schon sagen. All das war aber bekannt und es ist nicht so, dass unser Gesetzentwurf zerpfückt wurde. Er wurde sogar zurate gezogen, auch in Berlin. Dort hat er Ansatzpunkte geliefert, die dazu geführt haben, dass das Bundesinfektionsschutzgesetz heute besser und treffender ist, als es vorher war. Damit ist jetzt eine gute Grundlage geschaffen, um der Pandemie Herr zu werden. Zugespißt formuliert könnte man vielleicht sagen, dass die Gesetzesinitiative aus dem saarländischen Landtag Berlin zum Jagen getragen hat. Ich finde gut, dass das Infektionsschutzgesetz geändert worden ist. Die Reform war notwendig.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Es bleiben aber dennoch Fragen aus unserem Gesetzentwurf offen. Wir haben zum einen die materiellen Kriterien zur jeweiligen epidemiologischen Lage - das ist in § 2 geregelt -, und die Betonung der Religionsausübung sowie der Versammlungsfreiheit, die in unserem Gesetzentwurf stehen, sind zu regeln. Die Zuständigkeiten und eine Beteiligung des Parlaments sind ebenfalls zu regeln. Da haben wir weiterhin die Grundlage Art. 80 Abs. 4 Grundgesetz, auf

der wir handeln können. Die Regelungskompetenzen haben wir - das sagte ich bereits. Unser Koalitionspartner hat in der letzten Woche Anregungen vorgelegt. Wir werden nicht nur diese Überlegungen, sondern auch die Überlegungen aller anderen Fraktionen mitnehmen. Die Projektgruppe um den Landtagspräsidenten sollte die Anhörung reflektieren, sich die Entwicklung ansehen und diskutieren, wie wir in dieser Frage weiterarbeiten sollten.

Ich gebe noch einen Gedanken mit. Die Änderungen in § 28a Infektionsschutzgesetz haben Auswirkungen auf unser Kontaktnachverfolgungsgesetz, das wir schon beschlossen haben und das veröffentlicht wurde. Die Kontaktnachverfolgung wurde mittlerweile in § 28a aufgenommen. Ich denke, dass wir die Regelungen zur Nutzung der angeforderten Daten durch das Gesundheitsamt streichen müssen, da das im Bundesgesetz geregelt ist. Wir haben auch eigenständigen Regelungsgehalt in unserem Kontaktnachverfolgungsgesetz wie zum Beispiel die Wahrheitspflicht bei Angaben von Daten sowie Pflichten des Gaststättenbetreibers. Diese Regelungen könnten meines Erachtens nach auch bestehen bleiben. Ich denke, wir müssen noch mal ran. Es wäre gut, wenn die Projektgruppe das ebenfalls mit in die Überlegungen und in die Diskussion einbezieht.

Wir hatten letzte Woche noch eine andere Qualität der Kritik. Ich sehe zu Ihnen herüber, Herr Lafontaine. Sie haben gesagt, dass das Saarland verfassungswidrig handele, wenn das Parlament nicht weiter beteiligt werde. Ich habe es in meinen Ausführungen schon dargelegt, ich sage auch noch einmal hier die Zahl 32. Der Landtag ist damit befasst. Ich möchte weiterhin sagen - und das ist meine ganz persönliche Überzeugung -, dass sich im Ausschuss für Soziales und Gesundheit eine ganz ordentliche Beteiligung - ich will es nicht übertreiben - des Parlaments dargestellt hat. Das waren nicht nur die Kollegen, die originär in dem Ausschuss sind, sondern darüber hinaus gab es viele Kollegen, die in virtuellen Schalten dabei waren und mit dafür gesorgt haben, dass wir eine rege Beteiligung des Landtags in den ganzen Verfahren bieten konnten. Dafür meinerseits herzlichen Dank!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Wir haben als Landtag die Möglichkeit, eine Verordnung, die die Landesregierung erlassen hat, im Nachhinein abzuändern. Das ist uns möglich. Deshalb haben wir jetzt keine Notwendigkeit, das in einem neuen Antrag, wie von Ihnen vorgelegt, noch mal neu aufzunehmen. Wir haben die Rechtsverordnung. Die Landesregierung ist demokratisch legitimiert, meine Damen und Herren. Das Verfahren, dass die Landesregierung Rechtsverordnungen erlassen kann, ist gesetzlich festgelegt. Es gibt eine vernünftige gesetzliche Grundlage dafür. Es wird auch darauf geachtet, welche Einschränkungen er-

(Abg. Heib (CDU))

folgen. Ich denke, das ist eine gute Grundlage. Darüber hinaus steht uns die Möglichkeit zu, Verordnungen einzukassieren. Mir erschließt sich nicht, warum man einen solchen Antrag stellt. Ich denke, wenn wir unsere Aufgabe in diesen Punkten vernünftig machen, ist eine Beteiligung des saarländischen Landtags immer gewährleistet.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

An dieser Stelle muss ich eines noch mal loswerden. Herr Lafontaine, Sie haben mit dieser Bemerkung, das sei verfassungswidrig, die Öffentlichkeit bewusst getäuscht.

(Zurufe von der LINKEN.)

Es ist eine Täuschung, die Sie dort vorgenommen haben. Wir handeln verfassungsgemäß. Das ist die Grundlage, auf der wir auf jeden Fall weitermachen sollten.

(Beifall bei der CDU.)

Wir jedenfalls lassen uns nicht dadurch täuschen. Wir werden schon diese Woche in der Projektgruppe weitere Vorschläge erarbeiten, wie wir die Beteiligung unseres Parlaments formell absichern können. Wir wissen, dass die saarländische Regierung diese Schritte begleiten wird. Dass sie dazu nicht gezwungen werden muss, zeigen der heutige Tag und das Handeln der Landesregierung während der vergangenen Monate. Dafür auch meinen Dank. Ich denke, man sollte dort danken, wo es sich gehört. Ich kann diesen Dank im Namen von vielen Menschen aussprechen, mit denen ich Kontakt habe. Das wird vielen von uns so gehen. Viele Menschen fühlen sich durch das Handeln der Landesregierung und das Umsetzen der Maßnahmen in der Rechtsverordnung bestärkt.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich habe letzte Woche im Fernsehen einen Bericht über die Schweiz gesehen. Die Schweiz geht einen anderen Weg. Sie hat Infektionszahlen, die, wenn sie relationsmäßig mit unseren Zahlen verglichen würden, für uns bedeuten würden, dass wir tägliche Infektionszahlen von 48.000 bis 49.000 hätten. Diese hohen Zahlen haben wir Gott sei Dank nicht. Ich denke, das liegt darin begründet, wie die Rechtsverordnung aussieht. Wir haben das also nicht. In der Schweiz, meine Damen und Herren, sind die Krankenhäuser teilweise am Ende. Die Intensivstationen sind voll. Dort gilt eine Triage. Ich fand auch die Meldung, die wir in den letzten Tagen aus Berlin bekommen haben, besorgniserregend. Ich habe selbst einen Bekannten, der dort arbeitet. Da hört man von bedrohlichen Situationen. Ich denke, das wollen wir alle nicht. Das Vorgehen hier ist gut.

Lassen Sie mich noch mal aus gesundheitlicher Sicht etwas sagen. Es gab in den letzten Tagen teilweise auf eine Studie der Initiative Qualitätsmedizin.

Ich glaube, Herr Lafontaine, Sie haben sich auch dazu geäußert und sie herangezogen. Die Studie kam zu dem Schluss, dass im ersten Halbjahr 2020 deutlich weniger Patienten mit Atemwegserkrankungen stationär behandelt wurden als im Vorjahreszeitraum. Beweist das, dass COVID-19 harmloser ist als gedacht und eigentlich keine Auswirkungen auf unsere Krankenhäuser hat? - Ich glaube, dass dieser Schluss nur voreilig sein kann. Er spielt die Komplexität des Problems herunter.

Zwei Tatsachen möchte ich ansprechen: Erstens. Der Höhepunkt der Krankenhausaufnahmen lag fast immer punktgenau eine Woche nach dem Höhepunkt der Neuinfektionen. Das zeigt schon, dass viele Patienten tatsächlich gerade wegen Corona stationär behandelt werden mussten. Zweitens. Es gibt auch andere Faktoren, die insgesamt geringere Patientenzahlen mit Atemwegserkrankungen begründen. Die Grippewelle ist in diesem Jahr deutlich schwächer als im vergangenen Jahr. Das hat damit zu tun, dass viele Hygiene- und Abstandsregeln auch hier greifen, vom Händewaschen bis zum Tragen der Maske. Das Infektionsrisiko für andere Erkrankungen ist dadurch teils drastisch reduziert worden. Das zeigt einerseits, dass unsere Maßnahmen mit Blick auf Corona erfolgreich und richtig waren. Es zeigt andererseits, dass wir genau durch diese Maßnahmen verhindern, dass unsere Krankenhäuser an ihre Grenzen gelangen, nicht nur, weil wir entschlossen die Verbreitung von Corona eindämmen, sondern auch, weil Hygiene und Abstand Bremsklötze für die wilde Verbreitung vieler anderer Krankheiten sind.

Anstatt erleichtert zu sein, dass wir mit all diesen Maßnahmen die Belastung unseres Gesundheitssystems mildern konnten, nutzen andere sie, um Kritik zu äußern und alles negativ zu beleuchten. Ich denke, unsere Maßnahmen greifen. Das wird auch durch diese Studie belegt. Von daher sind sie an der Stelle nicht zu korrigieren oder zu revidieren, sondern sie sollten befürwortet und unterstützt werden. An der Stelle meinen herzlichen Dank an all diejenigen, die in unserem Gesundheitssystem seit März außerordentliche Arbeit leisten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Die nächsten Wochen werden noch einmal hart und schwierig werden. Ich denke, das muss uns allen bewusst sein. Wenn wir in den nächsten Wochen gemeinsam diesen Weg gehen, wenn es uns gelingt, noch einmal so zusammenzuhalten und so miteinander, nicht gegeneinander zu arbeiten, wie wir es zu Beginn der Pandemie und in den letzten Monaten getan haben, wenn es uns gelingt, in den kommenden Wochen noch einmal diejenigen, die ganz besonders unter den Maßnahmen leiden, so zu unterstützen, wie wir es zu Beginn der Pandemie getan haben - ich sage nur Einkaufshilfen für Senioren, Krankenhaus-, Arzt-, Rezeptgänge für

(Abg. Heib (CDU))

Senioren, das ist auch Schutz für die Menschen -, wenn es uns gelingt, schon heute darüber nachzudenken, wie wir dieses heimtückische Virus in den kommenden Wochen bekämpfen wollen, werden wir hoffentlich ein gemeinsames, friedliches Weihnachten feiern und an Silvester mit Zuversicht in das neue Jahr blicken können. So können wir dann irgendwann wieder unser Leben mit zahlreichen Kontakten und ohne Beschränkungen gestalten. Diese Zeit wird kommen, es ist beschrieben worden. Es gibt ein Licht am Ende des Tunnels. Da heißt es, weiterzugehen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Präsident Toscani:

Nächster Redner ist der Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion DIE LINKE Oskar Lafontaine.

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Fraktion hat diese Sitzung beantragt, weil wir tatsächlich der Auffassung sind, dass es in den letzten Wochen und Monaten um die Funktionsweise unserer Demokratie ging und wir die Spielregeln unserer Demokratie beachten müssen. Hier geht es um eine ganz entscheidende Frage. Es geht nicht darum, ob man irgendwelche Verordnungen zu Alltagsgegenständen oder zu kleineren Entscheidungen erlässt, die notwendig sind. Es geht darum, dass es Grundrechtseinschränkungen sind. Grundrechtseinschränkungen können nicht eben mal so durch eine Verordnung erlassen werden - darum geht es.

(Beifall bei der LINKEN und der AfD.)

Sie können auch nicht in einem Ausschuss behandelt werden. Sie müssen im Plenum im Parlament verhandelt werden. Das steht in der Verfassung und das ist auch der Irrtum, den Sie hier vorgetragen haben, Frau Kollegin Heib. Sie müssen mal in diese Verfassung gucken und sich die Frage stellen, warum verfassungsändernde Entscheidungen und Grundrechtseingriffe eine qualifizierte Mehrheit haben müssen. Sie können nicht mit einfacher Mehrheit beschlossen werden. Das hat einen tiefen Sinn. Einfache Mehrheiten bilden nicht unbedingt immer auch die Mehrheit der Bevölkerung ab. Selbst Ihre Große Koalition hat nicht die Stimmen aller Saarländerinnen und Saarländer mehrheitlich erhalten, sondern nur die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Insofern muss man bei allen wichtigen Entscheidungen versuchen, auch diejenigen mit einzubeziehen, die vielleicht nicht dazu gehören.

(Beifall bei der LINKEN.)

Deshalb ist das Parlament der Ort für solche Diskussionen, nicht der Ausschuss. Sie haben aber - und da stimme ich Ihnen zu - darauf hingewiesen, dass unsere Fraktion nicht das Recht hat, eine solche Sitzung zu verlangen, und dass Sie mitentschieden haben, das so zu machen. Das haben Sie vor Beginn der Legislaturperiode zugesagt. Das möchte ich ausdrücklich anerkennen. Ich kann auch gerne danken - um ein viel beachtetes Wort hier anzusprechen.

(Beifall bei der LINKEN.)

Wir erkennen es an. Sie haben Wort gehalten. Das respektiere ich. So sollte es auch im Miteinander oder Gegeneinander im Parlament sein. Nun habe ich gesagt, dass es um unsere demokratische Ordnung geht. Das meine ich ernst. Ich sage es nicht, weil es schön klingt. Es geht um unsere demokratische Ordnung. Ich kann hier einen Kronzeugen aus dem CDU-Spektrum zitieren, nämlich den Historiker Rödder. Vielleicht haben Sie es gelesen, vielleicht auch nicht. Er hat darauf hingewiesen, dass die Regierungen in den letzten Monaten Vertrauen verspielt haben - so seine Aussage. Er hat darauf hingewiesen, dass, wenn man mit solchen Entscheidungen in die Grundrechte eingreift und keine ausreichende Debatte hat, man autoritäre Strukturen fördert - ich zitiere ihn an dieser Stelle wörtlich. Darum geht es nach unserer Auffassung tatsächlich in den letzten Monaten. Wir beobachten überall in der Welt eine Zunahme autoritärer Strukturen. Wenn wir hier in Deutschland die Spielregeln der Demokratie nicht beachten, stärken wir das Aufkommen autoritärer Strukturen. Das sollten wir doch alle zusammen vermeiden.

(Beifall bei der LINKEN.)

So, wie ich es auf der einen Seite anerkenne, dass Sie sagen, Sie sind bereit, unsere Minderheitenrechte zu beachten - wir machen nicht oft davon Gebrauch -, so sage ich auf der anderen Seite, dass das Angebot, das Sie, Herr Ministerpräsident, hier gemacht haben, nach den Entscheidungen zu debattieren, für uns nicht ausreicht. Frau Heib, Sie haben es auch noch unterstützt. Es ist nicht irgendeine billige Masche von mir. Irgendwie fühlt man sich da nicht richtig respektiert. Wenn es darum geht, ernsthaft in eine Debatte einzutreten, wäre es doch richtig - wie es auch in anderen Landesparlamenten gemacht worden ist -, vor der letztendlichen Entscheidung das Parlament zu befassen.

(Beifall bei der LINKEN.)

Wir haben die Möglichkeit dazu, Sie können letztendlich zunächst bei den Ministerpräsidenten völlig frei agieren. Das ist die eine Entscheidung, die getroffen wird. Das ist aber eine Vereinbarung, die keine Rechtsverbindlichkeit in irgendeiner Form hat. Dann kommt die Entscheidung des Ministerrates, das ist die zweite Entscheidung. Zwischen diesen

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

beiden Entscheidungen kann man beispielsweise das Parlament befassen. Das haben andere Parlamente so gemacht, ich will sie nicht alle aufzählen. Nordrhein-Westfalen hat diese Debatte sogar vor der Zusammenkunft der Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin geführt. Was in Nordrhein-Westfalen geht, sollte auch hier bei uns an der Saar gehen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der LINKEN.)

Denken Sie also an diese zwei zentralen Begriffe: Vertrauen und autoritäre Strukturen. Ich glaube, das ist etwas, was man in den nächsten Monaten beachten muss. Ich hoffe auch, wie bereits hier dargestellt worden ist, dass wir die Pandemie überwinden und zum normalen Alltag zurückkehren können.

In dieser demokratischen Debatte werden viele Demonstrationen durchgeführt, auch dazu möchte ich etwas sagen. Natürlich gibt es bei diesen Demonstrationen wirklich, ich sage mal, „Irre“, die rumlaufen und Dinge erzählen, die man nicht mehr nachvollziehen kann. Wenn man hört, dass sich die eine als Sophie Scholl missversteht und die andere als Anne Frank, dann kann man sich nur noch an den Kopf fassen und fragen: Was ist da eigentlich los, was ist eigentlich versäumt worden, dass solche Sachen möglich sind? Deshalb muss man wirklich ganz klar Stellung beziehen, das ist gar keine Frage. Ich sehe manchmal auch, dass Familien mit Kindern mitlaufen. Ich sehe, dass auch Impfgegner mitlaufen, die Ängste haben aufgrund der letzten Erfahrung mit der Schweinegrippe, wo man geimpft hat, wo große Pandemien vorausgesagt wurden. Nachher hat das alles nicht gestimmt, dann gab es nach der Impfung auch Gesundheitsschäden. Diese Leute, die Angst haben - ich glaube, Sie sehen das auch so -, kann man nicht einfach so diffamieren, man muss diese Ängste ernst nehmen. Die öffentliche Debatte ist dringend notwendig, auch eine Debatte, wie wir sie hier führen.

(Beifall von der LINKEN.)

Ich glaube, das ist ein weiteres Argument dafür, hier solche Debatten zu führen.

Nun komme ich zur sozialen Lage, die noch nicht angesprochen worden ist. Die soziale Lage vieler Menschen verändert sich durch die Entscheidungen der Regierungen und der Parlamente, und das massiv. Das große Problem ist wieder, dass diejenigen, die entscheiden, nicht zu denen gehören - das habe ich das letzte Mal bereits angesprochen -, die von diesen Entscheidungen negativ betroffen sind. Die Einschränkungen, die beispielsweise ich bis jetzt hinnehmen musste, sind marginal. Vielleicht kann sich der eine oder andere anschließen. Bei denjenigen, die wirklich ernsthaft betroffen sind, die niedrige Löhne haben und die mir auch leidtun - ich habe das letzte Mal schon etwas zu der Kurzarbeiterregelung gesagt -, schlägt das, was wir entscheiden, nun

wirklich zu. Deswegen wiederhole ich unsere Forderung: Es wäre wirklich sinnvoll, für diese Menschen das Kurzarbeitergeld zu erhöhen.

(Beifall bei der LINKEN.)

Denn je länger das geht, umso schwieriger wird die Lebenslage für sie. Sie müssen auf die letzten Reserven zurückgreifen, deshalb sollte man an sie denken. Man muss heute auch an diejenigen denken, deren Existenz zerstört wird. Das ist in den ersten Monaten vielleicht nicht so schlimm gewesen, aber es wird immer mehr. Man muss sich in die Lage derjenigen versetzen, die sagen, ich habe einen Kredit, ich kann ihn nicht abbezahlen, ich kann mein Geschäft nicht mehr weiterführen. - Was ist mit denen? Es sind Regelungen getroffen worden. Ich erwähne das, weil man sehen muss, dass viele wirklich existenziell tief getroffen sind. Da ist größte Sorgfalt geboten. Es ist einiges gemacht worden, es ist hier bereits alles erwähnt worden. Dennoch habe ich das ungute Gefühl, dass wir die existenzgefährdenden Entscheidungen nicht endlos ausdehnen können.

(Beifall bei der LINKEN.)

Damit bin ich wieder bei der letzten Debatte. Ich habe damals hier gesagt, dass die erste und die zweite Entscheidung das große Manko haben, dass sie gar nicht den Zeitrahmen getroffen haben, um den es eigentlich geht. Ich habe mich gewundert, dass die Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin zunächst den Eindruck erweckt haben, es gehe um die nächsten vier Wochen. Als der Kanzleramtsminister als erster herauskam, da habe ich gedacht, Gott sei Dank. Er hat aber gesagt: Nein, das kann bis in den März gehen. Und er ist ja Arzt. Ich habe mich nur gewundert, weil es jedem klar gewesen sein muss: Selbst wenn wir die Beschaffenheit dieses Virus letztendlich nicht kennen, wissen wir doch ganz genau, dass es sich ähnlich verhält wie Viren, die im Herbst/Winter mit ihren Infektionen beginnen und dann im Frühjahr auslaufen. Das ist auch bei diesem Virus so. Auch wenn wir vieles nicht wissen, aber das wissen wir aufgrund der Beobachtung weltweit. Deswegen waren die Regelungen äußerst bedenklich und äußerst fragwürdig. Hätte man beispielsweise unser Argument aufgegriffen, hätte man vielleicht rechtzeitig schon einiges gesagt zu dem, was im Januar, Februar und März sein wird.

Von den Menschen, die ich eben angesprochen habe, müssen wir immer reden, denn sie sind ernsthaft betroffen. Sie haben die größten Probleme, nicht wir, die wir hier sitzen. Es gibt keine zufriedenstellenden Antworten, wir müssen immer nachschärfen, deshalb der Hinweis auf die niedrigen Löhne, deshalb der Hinweis auf die Frage der Mietkündigung, um dies noch aufzugreifen. Wir müssen Antworten für diejenigen finden, die wirklich ernsthaft betroffen sind. Wenn die Bundeskanzlerin beispielsweise

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

sagt, wir können unsere Maßnahmen nicht bis Ultimo fortsetzen - das muss jedem klar sein -, dann stellen sich einige, die Angst haben und kurz vorm Ende der beruflichen Existenz stehen, die Frage: Was ist dann?

In diesem Zusammenhang komme ich auch zu der Frage der Finanzierung. Dazu ist heute noch nichts gesagt worden, ich will diese Frage trotzdem ansprechen. Ich verstehe, dass etwa ein Bundespolitiker sagt, die Finanzierung kann nicht immer so weiterlaufen, dass der Bund alles bezahlt. Das sagen die Bundespolitiker. Wir haben zunächst in unseren Diskussionsbeiträgen darauf geantwortet, dass es letztendlich um Steuergeld geht. Das sollte man immer wissen. Wenn es kommt, rege ich an, dass man vielleicht versucht, einige Nachteile auszugleichen, die in den letzten Jahren durch Fehlentscheidungen eingetreten sind. Man sollte dann die finanzschwachen Länder etwas besserstellen. Ich rege das nur an. Das Beste wäre, es würde überhaupt nichts passieren, um das ganz klar zu sagen, aber wenn es so kommt, dann sollte man beispielsweise einen gewissen Unterschied machen zwischen Bayern und dem Saarland.

(Beifall von der LINKEN.)

Das ist unsere Position. Mich besorgt schon seit Jahren, wie das gelaufen ist, das will ich hier mal sagen.

Das ist die eine Variante. Die andere Variante ist, dass wir die Frage beantworten müssen, wer für die Kosten aufkommt, nicht nur im Sinne des staatlichen Miteinanders. Es heißt, dass sich die Ungleichheit weiter verschärft, weltweit, immer mehr. Es gibt zum Teil obszöne Entwicklungen von Einzelvermögen. Ich habe Bezos schon mal genannt, der innerhalb von ein paar Monaten um zig Milliarden reicher wurde. Was ist das für eine Wirtschaftsordnung, was ist das für eine Gerechtigkeit? In einer solchen Situation muss man doch sagen: Dann sind wir endlich mal bereit, auch sogenannte Reichensteuern einzuführen, um nicht immer nur die kleinen Leute zu belasten. Das sage ich besonders in Richtung der CDU in diesem Hause.

(Beifall bei der LINKEN.)

Ich sehe, dass bei der SPD genickt wird, das tröstet mich ein wenig. Das ist doch nicht unbillig. Ich höre immer wieder als Antwort: Das ist Gift für die Wirtschaft. Das hören wir endlos. Bezos - er lebt ja nicht hier - würde sich freuen, wenn er hören würde, es sei Gift für die Wirtschaft, wenn man ihn besteuert. Letztendlich müssen Sie sich mit der Frage beschäftigen - das betrifft nicht das Handwerk, Herr Wegner, ich sehe gerade, wie Sie sich Gedanken machen -, ob es im Sinne der Aufklärung wirklich sein kann, dass ein Mensch sich 1 Milliarde erarbeiten kann. Wenn Sie diese Frage so beantworten, wie die Aufklärung sie beantwortet hat - das Vermögen ist das,

was man sich selbst erarbeitet hat -, dann stehen Sie der Reichensteuer vielleicht nicht mehr so ablehnend gegenüber.

(Beifall bei der LINKEN.)

Es gab mal ein anderes kollektives Bewusstsein in diesem Land, das war nach dem Krieg, als der Lastenausgleich beschlossen wurde. Da gab es auch die christlich-sozialen Politiker der CDU, die ich hier bereits öfters zitiert habe, die das mitgetragen haben, weil die christliche Soziallehre natürlich zur sozialen Gerechtigkeit und damit zu sozial gerechten Steuern verpflichtet.

(Beifall bei der LINKEN.)

Ich wollte das nur andeuten. Das Saarland kann im Bundesrat wenigstens seine Stimme erheben und in diese Richtung hinwirken.

Ich will nun zur Krankheit selbst kommen und einige Punkte ansprechen. Einig sind wir uns alle, nehme ich an - was ich hier sage, gilt ausdrücklich für die Landesregierung, für die Koalitionsfraktionen, für jeden -, dass wir bei unseren Entscheidungen versuchen wollen, den Schaden, den diese Krankheit verursachen kann, so gering wie möglich zu halten, und dass wir versuchen wollen, so zu entscheiden, dass möglichst wenige Menschen sterben. Also geht es nur um die Frage, was wir tun können, um dieses Ziel zu erreichen. Die Nachverfolgung ist ein Instrument, die Frage ist, ob es sinnvoll ist. Dies kollidiert mit dem von mir bereits angesprochenen Punkt der Inzidenz, 50 Infektionen in einer Woche. Es gibt erhebliche Kritik. Ich habe eine ganze Reihe von Aufsätzen dazu gelesen. Man sieht, dass die Mediziner, die unterschiedlich wissenschaftlich arbeiten, zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Man kann kaum noch von sich aus etwas dazu sagen, man kann nur die Plausibilität bemühen, um zu beurteilen. Ich wiederhole es noch einmal, ich bin der Auffassung, dass diese PCR-Tests nicht die Grundlage sein sollten. Ich bin der Auffassung, wie eine ganze Reihe von Medizinern, die sich dazu geäußert haben, dass wir in erster Linie die Krankenhausbelegung - dazu ist bereits etwas gesagt worden -, die Belegung der Intensivbetten und letztendlich der Beatmungsbetten und dann eben die Todeszahlen heranziehen sollten. Das sind für mich die Zahlen, die relativ unstrittig sind und aufgrund derer man operieren kann.

Dazu kann ich sagen, dass zurzeit die Belegung der Intensivbetten und der Beatmungspätze immer noch nicht Veranlassung zur besonderen Sorge geben. Es geht mir immer darum, dass die Menschen das einordnen können, was hier erzählt wird. Wenn man Zahlen nennt, ohne den Rahmen zur erwähnen, worum es eigentlich geht, dann können die Menschen das nicht einordnen. Ich habe Ihnen gesagt, wenn man gefragt hat, wie viele Menschen im Saarland sterben, wissen das die meisten nicht.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

Dann können sie aber die Zahl von 287 Toten natürlich nicht einordnen. Der eine oder andere meint, das wäre ganz schlimm, demnächst würde er auch sterben. Ich habe nicht umsonst darauf hingewiesen, dass im letzten Jahr im Saarland 851 Menschen an Atemwegserkrankungen gestorben sind, und die kühne Prognose gewagt, dass wir diese Zahl in keinem Fall übertreffen werden.

Sie haben natürlich recht, Frau Kollegin Heib, dass wir bei der Bewertung der Zahlen die Einschränkungen beachten müssen, denn es ist klar, dass etwa die Grippewelle gebrochen wird, wenn wir in dieser Form auf Distanz gehen und Hygienemaßnahmen durchführen. Dennoch können wir gar nicht anders, als Zahlen heranzuziehen, um zu einigermaßen gesicherten Urteilen zu kommen - das meint evidenzbasierte Medizin. Wir sind also der Auffassung, dass wir uns stärker an diesen Zahlen orientieren und sie nicht überbewerten sollten. Ich habe sogar eine ganze Reihe von medizinischen Aufsätzen gelesen, die zu dem Ergebnis kommen, dass in letzter Zeit falsch getestet worden ist, weil der PCR-Test eben eine Bestätigung im Labor braucht. In dem Moment, wo die Nachfrage sehr groß war, wurde nur die erste Runde gemacht, aber die zweite nicht mehr.

Hinzu kommt - ich will Sie nicht länger in Anspruch nehmen, die Zeit läuft davon -, dass der Test nicht standardisiert ist. Ein Test mit 40 Zyklen ist anders zu bewerten als einer mit zehn Zyklen. Es gibt Mediziner, die sagen, ein Test mit 40 Zyklen ist wertlos, denn wenn er eine Infektion aufweist, ist es nicht richtig und die oder der Betreffende ist auf keinen Fall infektiös. Ich erwähne das, um zu verdeutlichen, warum ich diese Ziffer nach wie vor anzweifle, dies auch nach der Lektüre vieler Aufsätze.

Entscheidend für uns ist nach wie vor, dass es kaum irgendwo die Zahlengrundlage gibt, die wir brauchen. Warum dies in den letzten Monaten nicht in Angriff genommen worden ist, weiß ich nicht. An der Zeit kann es nicht mehr liegen. Wenn man eine solche Entscheidung auf gesicherter Grundlage treffen will, dann braucht man repräsentative Untersuchungen.

(Beifall bei der LINKEN.)

Das haben wir immer wieder gesagt, deshalb wollen wir auch eine Debatte. Wir sind überzeugt, und es ist wissenschaftlich unbestritten, dass repräsentative Untersuchungen natürlich eine viel bessere Grundlage sind, um Entscheidungen zu treffen. Das gilt für alle denkbaren Wissenschaften. Hier wäre das auf jeden Fall dringend geboten gewesen. Wir bedauern, dass das immer noch nicht gemacht wird. Wenn es irgendwo gemacht worden ist, dann sind es nur rudimentäre Ansätze. Die eigentliche Forderung, die eben heißt, es würde um einige Tausende gehen, die ständig getestet werden, ist aber nicht erfüllt worden. Warum? Das entzieht sich meiner oder un-

serer Kenntnis. Wenn man also keine gesicherte Grundlage hat, dann steht man auch in einer gewissen Unsicherheit, wenn es um Entscheidungen geht. Es ist richtig, wir wüssten für unsere Entscheidung gerne, wer sich eigentlich wo ansteckt.

Nun frage ich Sie noch etwas, vielleicht kann jemand dazu etwas sagen: Was passiert eigentlich mit den Zetteln, die wir im Restaurant immer brav ausgefüllt haben? Was passiert eigentlich mit den Zetteln, die wir beim Friseur immer so brav ausfüllen? - Ich weiß es nicht. Es besteht die Hoffnung, dass dabei irgendwann irgendetwas herauskommt, wie etwa: Aufgrund einer solchen Untersuchung haben wir festgestellt, dass sich da oder dort so und so viele Leute anstecken. - Dann könnte man auf dieser Grundlage entscheiden. Mir sind solche Untersuchungen aber nicht bekannt. Ich weiß nicht, ob sie jemandem bekannt sind, dann kann er sie hier vortragen. Man kann etwas übersehen, aber mir sind sie nicht bekannt. Das ist wiederum das Vertrauen, von dem ich gesprochen habe und von dem auch der CDU-Politiker und Historiker Rödder gesprochen hat. Wenn die Leute immer brav ihre Zettel ausfüllen, aber nichts kommt, was ist dann? Dann werden die Leute sagen: Warum fülle ich eigentlich immer wieder einen Zettel aus?

Ich komme zu der Frage, ob wir im Saarland noch Nachholbedarf haben. Ich will aufgrund der Zeit nur einen von den vielen Punkten aufgreifen, die anzusprechen wären, und das ist die Pflege. Ich habe auch das letzte Mal darüber gesprochen, ich will nicht alles wiederholen. Das letzte Mal wurde von den Koalitionsparteien und der Ministerin darauf hingewiesen, dass das Saarland bei der Ausbildung durchaus Fortschritte gemacht hat. Das wird auch bundesweit anerkannt, insofern erkenne ich das ebenfalls an, ich danke auch, dass das gemacht worden ist. Nun muss ich leider ein Aber hinzufügen, das Sie dann auch akzeptieren müssen. Wenn man über die Pflege im Saarland reden will, dann braucht man Zahlen. Das habe ich das letzte Mal schon gesagt. Verdi hat beispielsweise 2018 gesagt, dass 3.000 Stellen fehlen. Das mag übertrieben gewesen sein, vielleicht waren es nur 2.000 oder 1.000 Stellen, aber irgendwann hätte ich gerne Zahlen. Irigendwann möchte ich gerne hören, 2018 hatten wir so viel Pflegepersonal, 2019 so viel Pflegepersonal und so viel waren in der Lage, auf der Intensivstation zu arbeiten.

Jetzt kommen wir nämlich zum entscheidenden Punkt. Die Politiker, die an Entscheidungen beteiligt waren, haben alle gesagt, wir wollen eine Überlastung vermeiden. Aber sehr konsequent waren sie nicht! Das sieht man bei den Intensivbetten. Intensivbetten brauchen natürlich Pflegepersonal. Nun hat sich in Deutschland etwas ganz Wundersames ereignet: Wir hatten im Sommer - ich zitiere aus dem Gedächtnis, Sie können das in den Untersuchungen

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

nachlesen - etwas über 30.000 Intensivbetten. Dann auf einmal waren es 26.000, es sind also 5.000 herausgerechnet worden. Mediziner, die befragt wurden, haben gesagt, wir haben das Personal nicht dazu, also haben wir sie wieder herausgenommen. Andere, die sich mit der ökonomischen Seite beschäftigt haben, haben gesagt: Ja, es hat sich gelohnt das zuerst anzumelden, aber als wir die Zuschüsse bekommen haben, haben wir das leise wieder herausgenommen. Ich kann das abschließend nicht beurteilen, aber wenn man sagt, wir wollen die Überlastung vermeiden, dann muss man auch den Engpass zählen. Der Engpass bei der ganzen Entwicklung sind die Intensivbetten und natürlich das Pflegepersonal. In einem haben die Kritiker recht: Die besten Betten nützen gar nichts, wenn man nicht das notwendige Pflegepersonal hat.

(Beifall bei der LINKEN und der fraktionslosen Abgeordneten Ensch-Engel.)

Deswegen sage ich nach wie vor: Bitte Zahlen! Ansonsten ist das für mich etwas nervig; ich sitze dann hier und spiele mit meinem Handy oder so, wenn allgemein hier rumerzählt wird. Nein, ich will konkret wissen, wieviel wann wo! Das fordern auch die betroffenen Arbeitnehmer. Dann kann man dazu doch auch Stellung nehmen und etwas sagen.

Dasselbe gilt für die Altersheime. Herr Ministerpräsident, Sie haben Ihre Kabinettsmitglieder gelobt, um die Stimmung im Kabinett zu verbessern. Das ist völlig in Ordnung, aber was ist in unseren Pflegeheimen? Warum sind in immer mehr Pflegeheimen so viele Erkrankungen festzustellen? Jetzt ziehe ich schon wieder einen CDU-Politiker heran, so gemein bin ich heute mal. Herr Brinkhaus hatte vielleicht recht, als er sagte: Wir haben für die Heime keine richtige Strategie, wir haben für die Tests keine richtige Strategie und wir haben eben für die Impfung keine richtige Strategie. Das hat er im Bundestag gesagt. Nun mag er da oder dort überzogen haben, aber ich muss sagen, mir hat das imponiert, dass man den Eindruck hatte: Moment, hier wird es in der Debatte spannend, hier lässt einer seinen Frust los. Es ging zunächst um die Finanzen, aber es ist richtig, dass da oder dort zum Beispiel immer noch zu wenig Hygienemaßnahmen eingehalten werden können. Das ist ganz einfach: Wenn zu wenig Pflegepersonal da ist, dann leidet die Hygiene darunter, das weiß jeder Praktiker, und das führt zu zusätzlichen Erkrankungen. Deshalb müssen wir diesen Engpass überwinden. Das ist ein ganz zentraler Punkt.

(Beifall von der LINKEN.)

Deshalb nützt es nichts, wenn wir uns hier gegenseitig loben. Als Kinder haben wir immer etwas über Selbstlob erzählt bekommen, das will ich jetzt nicht zitieren, sonst bekäme ich vielleicht eine Rüge. Also: „Selbstlob ...“, da haben wir irgendetwas gehört. Es

wäre doch besser, wenn wir diese Engpässe mal anpeilen und sagen würden, die müssen wir überwinden, weil sich sonst das Selbstlob irgendwo im Nirwana verliert.

Ich komme dann zum nächsten Punkt, der Ausbildung. Es ist gut, dass die Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin gesagt haben, dass sie die Schulen so lange wie irgend möglich offenhalten. Aber das wird ja auch von allen Parlamenten getragen, soweit ich das sehe. Es ist richtig, die Bildungsministerin ist hier in einer schwierigen Situation, weil sie oft zwischen den Stühlen sitzt, wie Sie gesagt haben. Das erinnert mich an das schöne Epigramm von Arnfried Astel: „Zwischen den Stühlen sitzt der Liberale auf seinem Sessel.“

(Heiterkeit.)

Kennen Sie das nicht? Das ist die Beschreibung, dass man manchmal zwischen den Stühlen auch bequem sitzt. - Die Ministerin sitzt aber nicht bequem zwischen den Stühlen, sondern sie sitzt eben tatsächlich im Feuer. Das ist aber einfach aufzulösen! Ich weiß nicht, ob Sie davon Gebrauch machen, Frau Ministerin, aber auf jeden Fall würde ich runde Tische empfehlen, denn wenn man alle Beteiligten an einen Tisch holt, trägt jeder auch irgendwo Mitverantwortung. Man sollte nicht selbst entscheiden, sondern die Beteiligten alle an einen Tisch holen.

(Beifall von der LINKEN.)

Ich glaube, das ist der einzige Ausweg, weil natürlich jeder seine Interessen sieht, das ist ja verständlich: die Lehrer, die Schüler, die Eltern, und das Kultusministerium muss irgendwie damit zurechtkommen. Auf jeden Fall ist das, glaube ich, ein Weg, das zu machen.

Wir unterstützen ausdrücklich Ihr entscheidendes Argument, dass man vorsichtig sein muss mit Teleunterricht, weil eben die sozial schwächeren Schüler darunter leiden. Sie haben darauf hingewiesen, dass 20 Prozent davon betroffen sind. Sie haben auch darauf hingewiesen, dass oft die Räume dafür gar nicht da sind. Wir unterstützen Sie ausdrücklich, Frau Ministerin, um das in aller Klarheit hier zu sagen. Das ist die Linie, die wir verfolgen.

(Beifall von der LINKEN.)

Deshalb ist vielleicht ein runder Tisch der Ausweg. Vielleicht - man sollte es auf jeden Fall mal versuchen.

Weil wir nicht wissen, wie lange das Ganze noch geht, sind wir der Auffassung, dass man manches vorsichtig öffnen muss. Beim Einzelhandel würde ich raten, so wie Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern vorzugehen, das sage ich auch als jemand, der öfter einkaufen geht und das Geschehen dort sehr gut kennt. Ich weiß nicht, ob das klug ist,

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

was bei den Supermärkten jetzt bevorsteht, dass sich Schlangen vor dem Eingang bilden. Das ist ja vielfach kritisiert worden, man kann es aber selbstverständlich auch anders sehen. Aber ich will hier sagen, ich würde dazu raten, das so zu lassen wie bisher.

Und, das wird Sie nicht wundern, ich würde auch dazu raten, die Gastronomie vorsichtig zu öffnen. Wenn dort Hygienekonzepte vorgelegt werden, kann man wirklich vorsichtig öffnen. Ich habe hier die Gastronomie immer als Leuchtturm unseres Landes bezeichnet. Das ist mir ein Herzensanliegen, da sollte man vorsichtig öffnen. Da werden nicht alle mitmachen, das muss man dann klären. Aber ich will Ihnen etwas sagen, das ich mehrfach beobachtet habe: Wenn man in einem Restaurant ist, das die entsprechenden Abstandsregelungen hat, ist die Abstandsregelung auch unter Bekannten und Verwandten besser eingehalten, als wenn dieselbe Veranstaltung zu Hause wäre. Ich gebe Ihnen das nur mal zum Nachdenken mit. Wir haben davon Abstand genommen, heute einen Antrag zu formulieren; wie die Abstimmung ausgegangen wäre, kann man sich ja denken. Deshalb geben wir diese beiden Anregungen, sich beim Einzelhandel so zu verhalten wie andere Bundesländer und bei der Gastronomie vorsichtig zu öffnen.

Zusammenfassung: Bei dem Ganzen kommt es darauf an, dass wir das Vertrauen in der Bevölkerung zu erhalten versuchen. Da stimmen wir überein, ich will hier nicht den Eindruck erwecken, dass Sie das nicht wollen. Darauf kommt es an! Nach meiner Auffassung, und das kritisiere ich allerdings nicht nur an den politischen Entscheidungen, sondern auch an der veröffentlichten Meinung, kommt es darauf an, dass man den Menschen die Möglichkeit gibt, die ganzen Meldungen auch einzuordnen! Sie kennen den Vergleich mit Flugzeugabstürzen. Wenn man hört, wie viele Menschen bei Flugzeugabstürzen ums Leben kommen, ist das eine Schreckensbotschaft. Aber wenn irgendjemand auf die Idee kommt, zu sagen, wie wenige Flugzeuge in Deutschland abstürzen, kann der Mensch das einordnen. Es geht also um die Einordnung.

Ich schließe mit dem Hinweis auf die psychologischen Auswirkungen der Pandemie, nicht nur auf die sozialen. Le Monde - ab und zu lese ich die Presse unseres Nachbarlandes - hat jetzt noch einmal darauf hingewiesen, dass in Frankreich erhebliche negative psychologische Auswirkungen festzustellen sind, dazu gibt es Untersuchungen, aufgrund der Angst davor, wie sich die Pandemie ausbreitet. Dies sollte man immer wieder beachten. Deshalb muss man versuchen, möglichst genau die Situation der einzelnen Menschen zu sehen, und man muss zumindest das Anliegen haben, diese Angst nicht zu groß werden zu lassen und sie nicht durch leichtfertige Äußerungen zu steigern. Denn nur, wenn wir

das Vertrauen erhalten, nur, wenn wir auch das Vertrauen in unsere demokratischen Instanzen erhalten, werden wir gut durch die Pandemie kommen, von der keiner genau weiß, wie lange sie dauern wird. Ich schließe mich Ihrem Wunsch an, dass wir in einigen Monaten mithilfe der Impfungen die Pandemie weitgehend überwunden haben, denn auf Dauer würde ein Weiterlaufen dieser Pandemie unserer Gesellschaft nicht guttun.

(Anhaltender Beifall von der LINKEN.)

Präsident Toscani:

Für die SPD-Landtagsfraktion spricht nun als Nächster ihr Fraktionsvorsitzender Ulrich Commerçon.

Abg. Commerçon (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst einmal auch ein Dankeschön an Herrn Lafontaine aussprechen, damit dem auch mal Genüge getan wird, weil man ihm zu wenig dankt. Ich finde, er hat einiges Wichtige gesagt. Ich teile nicht alles, was Sie gesagt haben, aber auf das eine oder andere komme ich noch mal zurück.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will mit dem Thema Beteiligung des Landtages beginnen. Die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin ist kein Verfassungsorgan. Dennoch ist es richtig, in dieser Runde einheitliche Corona-Maßnahmen zu verabreden, denn es hat, das wissen wir, zu Beginn der Corona-Pandemie für einige Verwirrung gesorgt, dass in einem Bundesland die eine Regelung galt und in dem anderen Bundesland eine andere. Insofern findet das unsere ausdrückliche Unterstützung.

Wir wissen auch, Verabredungen alleine reichen nicht aus, es braucht auch Umsetzungen und praktische Lösungen in den Ländern. Und diese wiederum sind Grundlage dafür, dass die Akzeptanz der Maßnahmen in der Bevölkerung hoch bleibt. Diese Auffassung teile ich ausdrücklich. Nur, wenn die Akzeptanz in der Bevölkerung da ist, werden wir die Pandemie erfolgreich bekämpfen können. Ich glaube, das ist der wesentliche Satz bei der Pandemiebekämpfung.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Um das zu erreichen, ist eben die öffentliche Debatte und gerade die Debatte in den Länderparlamenten nicht nur hilfreich, sondern erforderlich, und sie ist auch verfassungsrechtlich erforderlich, das hat uns beispielsweise der Verfassungsgerichtshof des Saarlandes gesagt. Deswegen bin ich der Auffassung, dass wir im Monat 9 der Pandemie endlich auch einen praktikablen Mechanismus zur Beteiligung unseres Parlaments brauchen. Die SPD-Frak-

(Abg. Commerçon (SPD))

tion - die Frau Kollegin Heib hat es bereits angesprochen - hat deshalb einen, wie ich finde, pragmatischen Vorschlag gemacht, um dieses Problem dauerhaft und verlässlich zu lösen. Wir bieten an, mit den anderen Fraktionen darüber weiter zu sprechen. Es bietet sich in der Tat an, in der entsprechenden Projektgruppe darüber zu diskutieren.

Ich sage aber auch: An einer Stelle bin ich anderer Auffassung als Sie, Herr Kollege Lafontaine. Ich will nicht als Parlament jedes Detail einzeln regeln. Ich bin nicht der Auffassung, dass wir im Plenum alle 14 Tage zusammenkommen müssen, um die Frage zu beantworten, ob nun für 10 m² eine Person im Einzelhandel zugelassen wird oder für 20 m². Ich bin der Auffassung, wir als Parlament sind in der Pflicht, wir haben das Recht, wir fordern das auch ein, hier in diesem Hause die Grundlagen zu beschließen, aber nicht jedes Detail. Das muss dann am Schluss die Regierung bewältigen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich glaube auch, und da unterstütze ich Ihre Position, dass es nicht ausreicht, nach der Verordnung das Parlament zu unterrichten und debattieren zu lassen. Entscheidend ist eine Befassung des Parlaments, bevor eine neue Verordnung in Kraft tritt, zumindest wenn sie wesentliche Dinge ändert. Eine Reihe von Ländern, ich habe mir das mal angeschaut, praktiziert dies bereits. Ich habe mal ins Nachbarland Rheinland-Pfalz geschaut, man muss ja nicht immer gleich weit weg schauen. Die dortige Ministerpräsidentin beispielsweise schaltet sich jeweils nach den Runden im Bundeskanzleramt oder nach den Digitalschaltkonferenzen in die dortige Sitzung des Ältestenrates ein. Bei uns heißt dieses Gremium Erweitertes Präsidium. Ich finde, das wäre eine pragmatische Lösung, dass wir sagen könnten: Nach den Runden der MinisterpräsidentInnen mit der Bundeskanzlerin berät das Erweiterte Präsidium darüber, und das kann auch darüber beschließen, ob man dafür eine Sondersitzung des gesamten Plenums braucht oder nicht. Das wäre ein pragmatischer Vorschlag. Ich lade Sie sehr herzlich ein, darüber mit uns konstruktiv zu diskutieren.

Es kommt noch etwas hinzu. Das Parlament muss auch pandemietauglich tagen können, und das jederzeit, auch damit haben wir uns zu beschäftigen. Ich habe deswegen den Landtagspräsidenten gestern im Präsidium gebeten, dass wir im Erweiterten Präsidium mal darüber diskutieren. Ich appelliere an Sie, die Kolleginnen und Kollegen in den anderen Fraktionen, dass wir uns dann darüber unterhalten. Ein bisschen zugespitzt will ich sagen: Ich habe keine Lust, alle 14 Tage darüber zu diskutieren, ob gerade mal eine Halle zur Verfügung steht, damit wir tagen können, oder es in die Terminkalender der Ministerinnen und Minister und des Ministerpräsidenten passt. Ich glaube, es gehört zum Selbstverständ-

nis des Parlaments, dass es jederzeit auch in kurzer Frist tagen kann. Ich denke, das müssen wir in Zukunft sicherstellen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zur pandemischen Lage insgesamt will ich auch ein paar Bemerkungen machen. Die Zahl der Neuinfektionen, das müssen wir leider feststellen, ist nicht in dem Maße gesunken, wie sich das Bund und Länder zunächst erhofft hatten. Stattdessen haben die Belegungszahlen bei Intensivbetten in Teilen Deutschlands schon - bei uns zum Glück noch nicht - einen kritischen Punkt erreicht. Eine Überlastung des Gesundheitssystems und damit extrem ansteigende Todeszahlen müssen, ich glaube, da sind wir uns einig, unbedingt verhindert werden. Das muss im Fokus des Interesses stehen. Deshalb ist die Verlängerung der Einschränkungen über den November hinaus auch nach Ansicht meiner Fraktion richtig. Über Einzelheiten, was geregelt werden muss, haben wir beim letzten Mal diskutiert. Ich glaube immer noch, dass wir die Museen hätten auflassen können. Aber am Schluss wird man einen Kompromiss finden müssen, daran würde ich es jetzt nicht scheitern lassen. Darüber kann man auch geteilter Meinung sein.

Als Koalitionsfraktionen jedenfalls - ich glaube, das kann ich für beide Fraktionen sagen - unterstützen wir insgesamt das Vorgehen der saarländischen Landesregierung. Damit ist klar, das Parlament steht mit großer Mehrheit zu den gefassten Maßnahmen; damit auch das nach draußen deutlich wird: Ja, das Parlament unterstützt den Kurs der saarländischen Landesregierung in der Pandemiebekämpfung!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Zur Lage im Saarland. Im Saarland haben sich die Zahlen zum Glück stabilisiert. Sie bleiben aber leider immer noch auf einem hohen Niveau. Ich will einen Punkt in den Fokus stellen, der mir persönlich besonders viele Sorgen macht, nicht privat, aber persönlich, weil ich mich in den letzten Wochen sehr intensiv damit beschäftigt habe. Das sind die vielen Fälle, die wir immer wieder in den Senioren- und Pflegeeinrichtungen haben. Hier entfaltet - das ist logisch wegen der Situation dort - das Virus mit seiner verheerendsten Wirkung, sowohl in den stationären als auch in den ambulanten Einrichtungen. Deswegen bin ich der Auffassung, dass der Schutz von Alten- und Pflegeeinrichtungen hohe Priorität haben muss. Es ist schmerzhaft, dass auch in der zweiten Welle die Infektionszahlen und damit auch die Sterbezahlen in den saarländischen Alten- und Pflegeeinrichtungen im Ländervergleich überdurchschnittlich sind.

Wir können das aber nicht pauschal jemandem in die Schuhe schieben, das liegt mir fern. Es gibt auch Gründe dafür. Einer ist, dass wir eine andere Demografie haben als andere Bundesländer. Sicherlich mag es auch, so ist es mir von Pflegeeinrichtungen und Trägern nahegelegt worden, mit unserer Berg-

(Abg. Commerçon (SPD))

baugeschichte zu tun haben, dass wir eben im Saarland sehr viel mehr pneumologische Vorerkrankungen haben und auch aus diesem Grund das Virus eher seinen Weg findet. Aber ich sage auch das deutlich: Wenn man das weiß, und wir wissen das jetzt offenkundig, dann müssen wir auch bei uns die entsprechenden umfassenden Schutzmaßnahmen ergreifen. Alles andere, meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre fahrlässig.

(Beifall von der SPD und der LINKEN. - Vizepräsidentin Ries übernimmt den Vorsitz.)

Dazu gehört auf jeden Fall auch, dass FFP2-Masken und regelmäßige Antigen-Tests zum Standard in den Einrichtungen werden. Der neu verfassten Teststrategie ließ sich entnehmen, dass wir im Saarland einen Vorrat von 1 Million Antigen-Schnelltests haben. Diese müssen dann auch schnell in den Senioren- und Pflegeeinrichtungen zum Einsatz kommen. Ab heute sind ja laut Beschluss der MinisterpräsidentInnenkonferenz für jeden Pflegebedürftigen 30 Schnelltests pro Monat vorgesehen. Menschen werden sich fragen: Haben wir ausreichend Tests? Wann werden diese Tests ausgeliefert? Wie will die Landesregierung, wie will das Gesundheitsministerium diese Testung umsetzen und wie werden die Träger der Senioren- und Pflegeeinrichtungen dabei personell und finanziell unterstützt? Das sind alles wichtige Fragen, die wirklich dringend ausführlich beantwortet werden müssen.

Ich teile ausdrücklich Ihre Sorge, Herr Kollege Lafontaine, und auch Ihren Unmut darüber, dass wir an vielen Stellen bisher immer noch keine zufriedenstellende Datenbasis haben, was diese Pandemie betrifft. Ich kann es mir irgendwie in einer hochindustrialisierten, hochentwickelten Gesellschaft kaum vorstellen, dass das nicht möglich sein soll. Das ist ein Punkt, wo wir dringend nacharbeiten müssen, wo es dringend erforderlich ist, dass wir die Wissenschaft dransetzen. Ich finde auch manche Antworten auf Fragen, die in den Ausschüssen zu Testungen gegeben werden, etwas unbefriedigend. An vielen Stellen - es gab gerade in diesen Tagen wieder eine Auskunft - liegen keine Informationen dazu vor. Man kann das in einer Tabelle nachlesen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich frage an dieser Stelle: Wenn wir keine Informationen haben, wie wollen wir denn dann in wenigen Tagen und Wochen überprüfen, ob die Teststrategie erfolgreich war? Ich glaube, darauf müssen wir den Fokus richten. Das hat sehr, sehr viel damit zu tun, wie der weitere Pandemieverlauf sein wird, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen müssen wir da dringend ran. Ich bin aber guter Dinge, dass die Landesregierung das in den Blick nehmen wird.

Ich frage mich auch, warum die FFP2-Masken, die ab heute ausgegeben werden müssen, gegen eine geringe Gebühr ausgegeben werden sollen. Da fra-

gen sich die Menschen: Hat unsere Oma denn an Weihnachten auch tatsächlich eine solche Maske? Ich sage Ihnen, mir fehlt ein bisschen das Verständnis, dass wir zwar auf der einen Seite mit Milliardenbeträgen die Lufthansa retten können, aber die Schutzmasken für ältere Personen mit einer Schutzgebühr belegen lassen wollen. Ich glaube, am Schluss müssen wir zumindest darauf achten, dass diese kleine Schutzgebühr niemanden abschreckt, sondern dass die älteren Menschen in unserem Land, diejenigen, die vulnerabel sind, über Weihnachten und in der Adventszeit auf jeden Fall auch über entsprechende Schutzmasken verfügen.

(Beifall von der SPD.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Verordnungen und Maßnahmen müssen für Klarheit sorgen. Wir haben aber zu oft erlebt, dass sie für zusätzliche Verwirrung gesorgt haben. Ich glaube, deswegen ist es notwendig, dass an dieser Stelle sorgfältig gearbeitet wird. Ich wiederhole das, was an mehreren Stellen schon gesagt worden ist: Wir sollten das, was wir derzeit als Verordnungsstückwerk haben, was im Einzelfall immer gut begründet war, noch mal neu aufsetzen. Ich glaube, wir brauchen an dieser Stelle so etwas wie einen Relaunch, so heißt das, glaube ich, auf Neudeutsch, um wirklich noch mal eine klare Struktur da hineinzubekommen. Das mag ein Detail sein, aber es sind auch viele Dinge neu zu regeln.

Mich hat gestern ein Brief erreicht, ich glaube, andere Kolleginnen und Kollegen haben ihn auch bekommen, der etwas betrifft, wo wir Klarheit schaffen müssen. Wir sagen auf der einen Seite: Zu Weihnachten darf man sich im kleinen, aber ein bisschen erweiterten Familienkreis treffen, aber aushäusige Übernachtungen sind nicht zugelassen. Ich frage mich, was das konkret bedeuten soll. Soll die Oma, wenn wir zu Hause kein Gästezimmer haben, zu Hause bleiben? Ich glaube jedenfalls, an dieser Stelle muss schnell Klarheit geschaffen werden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das sind wichtige Punkte, das sind die Punkte, die die Menschen jetzt gerade in der Vorweihnachtszeit unmittelbar beschäftigen. Ich glaube, darauf brauchen wir Antworten, verlässliche Antworten. Ich will dem nicht vorgehen, aber das muss sehr seriös beantwortet werden. Die Antwort darauf müssen wir aber geben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deswegen ist einer der ganz wichtigen Punkte in dem Zusammenhang: Wir brauchen auch für die Menschen klare und transparente Strategien, sowohl bei den Testungen als auch bei den Impfungen. Jeder Tag, an dem keine Klarheit herrscht, gefährdet im Zweifelsfall die Gesundheit der Menschen und kostet auch Menschenleben. Ich glaube, das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang.

(Abg. Commerçon (SPD))

Ich will noch etwas sagen. Von der zweiten Welle ist bereits im Frühjahr und Sommer sehr viel gesprochen worden. Wir haben eigentlich damals von vielen gehört, dass wir aufpassen müssen, dass es keinen zweiten Lockdown gibt. Ich bin mit dem Begriff vorsichtig. Wenn ich mich in der Welt umschaue, würde ich nicht davon sprechen, dass wir hier zurzeit einen harten Lockdown haben. Er trifft die Menschen aber in der Tat sehr unterschiedlich. Der Kollege Magnus Jung wird später noch auf die soziale Frage in dem Zusammenhang eingehen.

Wir müssen allerdings in jedem Fall beachten, dass, wenn dem zweiten Teillockdown nicht noch ein dritter oder vierter folgen soll, die Teststrategien aller Länder schnell umgesetzt werden und evaluierbar sind. Daran anknüpfend müssen die Gesundheitsämter unterstützt werden, um die Kontaktnachverfolgung wirklich so sicherzustellen, dass ein erneuter Anstieg der Infektionszahlen auf ein nicht mehr kontrollierbares Maß verhindert werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Grundlage - da bin ich sehr überzeugt, ich bin auch ein sehr überzeugter Anhänger der Aufklärung - müssen Zahlen, Daten und Fakten sein, also nicht nur ein Bauchgefühl. Ganz ohne Bauchgefühl - da wird auch Herr Lafontaine zustimmen - geht es in der Politik nicht, aber Zahlen, Daten und Fakten, die wir bekommen können, müssen wir auch haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn wir sie nicht bekommen, dann fahren wir weiterhin nicht - wie das oft gesagt wird - auf Sicht. Ich habe manches Mal leider den Eindruck, wir fahren nicht auf Sicht, sondern fischen in dieser Pandemiebekämpfung nach wie vor an manchen Stellen im Trüben oder stochern im Nebel. Das kann aber keine solide Grundlage für Pandemiebekämpfung sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Alle in diesem Land hatten Verständnis dafür, dass die Politik im Frühjahr Entscheidungen treffen musste, die auf unvollständigem Wissen beruhten. Die Datenlage musste unklar sein. Alle waren sich dessen bewusst. Das ist heute aber anders. Ich glaube, da müssen wir dringend nacharbeiten. Die derzeitige Situation, was die Faktenlage angeht, ist unbefriedigend und nicht akzeptabel. Und das wird auch nicht dauerhaft tragen. Da bin ich wieder bei dem Ausgangspunkt. Es wird auch in der Bevölkerung nicht dauerhaft tragen und es wird uns von den Gerichten im Zweifelsfall um die Ohren geschlagen werden.

Die Bevölkerung muss verstehen können, warum welche Maßnahmen ergriffen werden. Wenn auf viele Fragen die häufigste Antwort ist, dass keine Informationen vorlägen, dann müssen wir uns in der Tat fragen, wie wir die Wirksamkeit einer Teststrategie anschließend kontrollieren wollen. Das müssen wir uns heute fragen und das müssen wir auch schnell beantworten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Weiterhin sollten wir als Saarländerinnen und Saarländer ganz selbstbewusst sein. Die Stärke des Saarlandes könnte in Anlehnung an einen Leitsatz dieser Landesregierung seine Größe sein. Kleinräumigkeit müsste eigentlich dazu dienen, die Pandemie viel besser in den Griff zu bekommen. Der größte Unterschied zum ersten Lockdown ist, dass wir mittlerweile über Schnelltests verfügen. Sie könnten tatsächlich dafür sorgen, dass wir eine völlig andere Strategie anschlagen. Das heißt, sie könnten ein Gamechanger sein.

(Zuruf des Abgeordneten Roth (SPD).)

Ich tue mich mit englischen Begriffen immer ein bisschen schwer. Ich suche noch nach dem passenden französischen Begriff, damit es auch in die Frankreichstrategie passt. Uns wird sicherlich noch etwas einfallen.

Entscheidend ist, dass wir diese Tests beispielsweise so einsetzen, dass sie in lokalen Hotspots kleinräumig zur Anwendung kommen oder dass sie in Bildungseinrichtungen oder Stadtteilen, die besonders betroffen sind, zum Einsatz kommen. Bei einer Häufung von Fällen lohnt es sich, Cluster zu identifizieren und zu unterbrechen. Ich glaube, das ist in der Tat etwas, das wir nach der ersten Welle nicht schnell genug gelernt haben, jetzt aber dringend angehen müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Abschließend ist es in der Tat so, dass die Nachrichten über die Wirksamkeiten der drei am weitesten entwickelten Impfstoffe - ich habe gerade eben gesehen, dass zwei weitere Zulassungen beantragt worden sind - uns allen Hoffnung machen. Wir wissen aber auch, dass es noch eine ganze Weile dauern wird, bis die Impfungen tatsächlich zu einer Herdenimmunität beitragen können. Unser Anspruch muss deshalb sein, uns nicht irgendwie mit hohen Fallzahlen über die Zeit zu retten, sondern alles zu tun, um Cluster zu identifizieren und zu vermeiden.

Wenn der Lkw mit dem Impfstoff ankommt, muss auch endlich die Frage entschieden sein und transparent gemacht werden - ich stimme dem Ministerpräsidenten da ausdrücklich zu -, wer wann geimpft wird. Dafür müssen wir gute Begründungen haben. Ich bin sehr sicher, dass es dafür jeweils gute Begründungen gibt. Jeder Tag, an dem hierüber keine Klarheit herrscht, ist sicherlich ein Tag der Unsicherheit in der Pandemiebekämpfung. Und Unsicherheit - zumindest selbst gemachte - können wir uns nicht leisten. Deswegen fasse ich das zusammen: Wir hatten im Frühjahr sicherlich alle Verständnis dafür, dass wir als Politik insgesamt Entscheidungen ohne Datengrundlage treffen mussten. Ich sage, dass ich heute nur noch sehr mäßiges bis gar kein Verständnis dafür habe, dass wir das immer noch so tun sollen. Wir brauchen an dieser Stelle Klarheit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Commerçon (SPD))

Ich fasse zusammen: Wir brauchen klare, transparente Strategien, sowohl bei den Testungen als auch für die Impfungen. Jeder Tag, an dem keine Klarheit herrscht - so kann man es zuspitzen -, kostet uns potenziell Menschenleben. Zum Zweiten: Wenn auf Fragen die häufigste Antwort ist, dass keine Informationen vorlägen, müssen wir die Frage stellen, wie wir die Wirksamkeit einer Teststrategie letztlich kontrollieren wollen. Ich bin nicht zufrieden damit, nur diese Frage stellen zu können. Drittens: Im Frühjahr hatten alle Verständnis dafür, dass wir als Politik Entscheidungen ohne Datengrundlage treffen mussten. Heute dürfen wir kein Verständnis mehr dafür haben, dass wir das immer noch so tun sollten.

Ich komme zum Anfang zurück. Wir brauchen einen praktikablen Mechanismus zur Beteiligung unseres Parlamentes. Ich habe in der Tat keine Lust, alle 14 Tage hier zu sitzen und darüber zu diskutieren, wie das Parlament beteiligt wird, ob jemand gerade Zeit hat und ein Halle zur Verfügung steht. Ich glaube, das sind Aufgaben, die wir uns in den nächsten Tagen vornehmen müssen, die wir schnell lösen müssen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. - Bleiben Sie gesund und ein herzliches Glückauf.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender. - Der nächste Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Lutz Hecker.

Abg. Hecker (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Die Verordnung zur Änderung infektionsrechtlicher Verordnungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie vom 27.11.2020 ist seit vorgestern in Kraft und daran ändert auch die heutige Debatte nichts, nicht das Geringste. Dieses Parlament gewählter Volksvertreter wird wiederum übergangen, obwohl auch diesmal erhebliche Grundrechtseinschränkungen integraler Bestandteil der Verordnung sind.

Und Sie, Herr Ministerpräsident, kündigen nun an, Sie möchten nach jeder Verordnung ein Sonderplenum einberufen, damit dieses Hohe Haus auch noch seine Meinung äußern kann, nachdem Sie Ihre Grundrechtseinschränkungen beschlossen haben. Ich kann Ihnen sagen, ich empfinde das als Hohn, wenn Sie von Ihrem hohen Ross herunter den Volksvertretern am Katzentisch ein paar Worte zugestehen, nachdem Ihre Verordnungen längst in Kraft sind. So funktioniert parlamentarische Demokratie nicht. Dieser Hokuspokus, den wir heute veranstalten, ist ein wertloses Schauspiel, das nur dazu dient, der Öffentlichkeit vorzugaukeln, wir hätten irgendein

Mitspracherecht, wenn es um Corona-Verordnungen geht. Dem ist aber nicht so.

Professor Gröpl hat Ihnen Ihr hochgelobtes Maßnahmengesetz zu Recht zerpfückt und hat dieses Parlament aufgefordert, selbst Verantwortung zu übernehmen. Davon sind wir jedoch weit entfernt. Das Bevölkerungsschutzgesetz und die Verordnungen der Landesregierung basieren nach wie vor ausschließlich auf den durch Tests belegten Infektionszahlen. Bevor hier jetzt jemand wieder etwas anderes behauptet: Sie sollten endlich verstehen, dass die Inzidenz nichts anderes ist als eine Funktion der positiven Tests, und zwar ausschließlich. Die Zahl der positiven Tests wiederum ist eine Funktion der Gesamtzahl von Tests und diese ist jederzeit durch eine Änderung der sogenannten Teststrategie manipulierbar.

Ganz zu schweigen von der immer wieder vorgebrachten Begründung, dass wir das Infektionsgeschehen durch Nachverfolgung unter Kontrolle halten müssen. Sie können noch so viele Soldaten in die Gesundheitsämter schicken, auch die werden nicht bei allen positiv Getesteten feststellen können, wo diese sich infiziert haben. Entscheidend ist die Dunkelziffer. Die saarländische Antikörperstudie gibt in ihrem Zwischenfazit eine Dunkelziffer von 3 bis 6 an, andere Studien Zahlen von 10, 20 oder noch viel höher. Was heißt das? - Sie versuchen, bei einem ganz geringen Bruchteil der tatsächlich Infizierten nachzuerfolgen, wo sie sich angesteckt haben. Und selbst dies gelingt nur zu einem kleinen Teil. Und damit wollen Sie den hehren Anspruch erfüllen, die Infektionen zu kontrollieren. Das ist absurd und geradezu lächerlich.

Sie schränken Grundrechte ein, Sie nehmen ganzen Branchen die Grundlage ihrer Existenz und Sie versuchen, das mit Millionen und Abermillionen Euro an Schulden zuzukleistern. Und das alles auf der Grundlage einer einzigen wertlosen Zahl. Sie gehen dabei nach dem Grundsatz vor „Nach uns die Sintflut“. Diese durch Schulden hervorgerufene Ausweitung der Geldmenge, der letztlich kein realer Gegenwert gegenübersteht, wird uns irgendwann ganz gewaltig auf die Füße fallen. Wir produzieren Blasen, die zwangsläufig irgendwann platzen müssen. Was Sie hier also tun, ist nicht evidenzbasiert und weder angemessen noch verhältnismäßig.

Vielleicht gelingt es Ihnen, die gravierendsten Folgen Ihrer Maßnahmen erst nach der Bundestagswahl augenscheinlich werden zu lassen, vielleicht auch noch ein halbes Jahr später. Die Grundlagen Ihrer Maßnahmen sind völlig ungeeignet. Viel sinnvoller wäre es, den Anteil der stationär Behandelten und die Belegung der Intensivbetten als wesentliche Kriterien für die gravierenden Einschränkungen zu nehmen. Wir befinden uns bei beiden Kriterien momentan auf einem Plateau, auf einer Seitwärtsentwicklung, die erstens nicht den gravierenden Anstieg

(Abg. Hecker (fraktionslos))

Ihrer positiven PCR-Tests im Oktober/November widerspiegelt und die zweitens nicht den Stand vom April dieses Jahres erreicht hat.

Außerdem sollten Sie diese Zahlen auch erklären, indem Sie zum Beispiel die Anzahl von stationär Behandelten und die Anzahl von intensivmedizinisch Behandelten während einer Grippeepidemie wie 2017/2018 zum Vergleich aufzeigen. Ich habe das hier schon mehrfach gefordert, aber Sie tun es nicht. Warum? - Schützen Sie stattdessen die Risikogruppen, setzen Sie auf Eigenverantwortung und vor allen Dingen heben Sie die Schließungen der Branchen auf, die alle viel Geld für Hygienekonzepte ausgegeben und keine Mühen gescheut haben, ihre Kunden zu schützen.

Ich komme auf den Anfang meiner Rede zurück. Professor Gröpl schreibt: Es spricht vieles dafür, dass für den Landtag des Saarlandes eine Pflicht zur Beratung und zum Beschluss rechtverordnungsvertretender Parlamentsgesetze besteht. - Und weiter: Werden etwa landesweit gastronomische Betriebe oder Einrichtungen des Freizeitsports geschlossen, hat dies eine freiheitsbeschränkende Wirkung für rund 1 Million Menschen, insbesondere aber eine berufs- und zum Teil existenzbedrohende Wirkung für die betroffenen Betriebsinhaber und Beschäftigten. - Damit ist eigentlich alles gesagt. Die Abgeordneten des Landtages sollten nicht über längst in Kraft getretene Grundrechtseinschränkungen durch die Landesregierung debattieren. Nein, andersherum wird ein Schuh daraus. Dieses Hohe Haus sollte selbst die Verantwortung für einschneidende Maßnahmen, die allen Saarländern zugemutet werden sollen, übernehmen. - Vielen Dank.

(Beifall von der AfD.)

Vizepräsidentin Ries:

Der nächste Redner ist der Abgeordnete der CDU-Landtagsfraktion Bernd Wegner.

Abg. Wegner (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Thomas Mann hat einmal gesagt „Eine schmerzliche Wahrheit ist besser als eine Lüge.“ Ich möchte das ganz bewusst zu Anfang meines Beitrages setzen, weil ich glaube, dass wir heute Morgen schon einige schmerzliche Wahrheiten gehört haben. Diese Corona-Pandemie zwingt uns dazu, die eine oder andere Wahrheit, wenn sie auch schmerzhaft ist, wahrzunehmen.

Ich möchte vielleicht ganz kurz zu dem, was Herr Hecker eben deutlich gemacht hat, etwas sagen. Wir diskutieren hier die Verordnung der Landesregierung. Die Kollegin Dagmar Heib hat in ihrem Beitrag die Trennung zwischen Exekutive und Legislati-

ve deutlich gemacht. Das saarländische Parlament hat immer - auch schon vor dem Infektionsschutzgesetz - die Möglichkeit, Verordnungen der Landesregierung zurückzunehmen und mit Mehrheiten letztendlich zu streichen. Es ist also kein Unsinn, dass wir hier zusammen sind und über Verordnungen diskutieren und reden. Der saarländische Landtag hat immer die Möglichkeit, Verordnungen, wenn sie ihm nicht passen, mit Mehrheit zurückzunehmen. Von daher ist es kein Unsinn, dass wir uns heute an diesem Dienstagmorgen hier über diese Verordnung unterhalten.

Außerdem möchte ich ganz klar betonen, dass es richtig ist, die Handlungsfähigkeit der Landesregierung nicht einzudämmen. Das ist zum großen Teil durch das Bundesinfektionsschutzgesetz auch legitimiert und abgesichert. Natürlich müssen wir hier die einzelnen Dinge bereden und angehen, aber ich glaube, das eine oder andere ist einfach überzogen.

(Beifall von der CDU.)

Sehr geehrter Herr Lafontaine, Sie haben Andreas Rödder zitiert. Er hat in seinem Beitrag gesagt, dass wir aufpassen müssen, dass wir durch das Hin und Her Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern nicht verlieren. Er hat aber auch gesagt, dass das bisherige Krisenmanagement sehr, sehr gut sei. Er hat Weiteres gesagt. Da möchte ich auf das eingehen, was Sie angesprochen haben. Sie haben zwei Anregungen gegeben und gesagt, dass Sie daraus keinen Antrag machen. Zum einen geht es darum, bei den Geschäften nicht die Begrenzung zu machen, wie sie jetzt in der Verordnung vorgeschlagen ist. Zum anderen wollen Sie, dass man - - Jetzt muss ich in meinen Notizen schauen, was Sie noch gefordert haben. Entschuldigen Sie.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Gastronomie. - Zuruf: Gastronomie öffnen.)

Die Gastronomie öffnen. Natürlich gehe ich genauso gerne wie Sie in die Gastronomie und esse dort sehr gerne und auch sehr gut. Letztendlich sind wir aber in der Situation, dass wir - das hat das RKI ganz deutlich gemacht - 75 Prozent der Infektionen nicht nachvollziehen können. Wenn es ein gesellschaftlicher Konsens ist - wie Sie es hier auch gesagt haben -, dass wir die Wirtschaft aufrechterhalten und die Geschäfte nicht schließen, wenn es in diesem Haus ein Konsens ist, dass wir die Schulen offenhalten, dann haben wir schon eine so große Menge an Menschenkontakten zugesagt, dass wir die 75 Prozent nur noch ganz schwer erreichen können.

Von daher will ich hier nicht sagen - gerade als Geschäftsmann, der ich selbst bin -, dass das alles gerecht ist. Ich kann auch nicht immer nachvollziehen, warum eine Kosmetikerin ihr Gewerbe nicht ausüben darf, ein Friseur aber schon. Ich kann allerdings nachvollziehen, dass Landesregierungen beziehungsweise Verordner letztendlich sagen, dass

(Abg. Wegner (CDU))

das eine systemrelevanter und wichtiger für die Menschen ist als das andere.

Ich glaube, wir haben aus dem ersten Lockdown gelernt, dass in dem Bereich des Friseurs ein großer Bedarf besteht und man das als Risiko akzeptieren kann. Bei den anderen geht man eben stärker und effektiver ran. In einem Punkt bin ich ganz bei Herrn Commerçon. Natürlich hätten wir gerne die Kulturstätten auf, natürlich würden wir gerne als Sportler unseren Sport ausüben. All die Dinge, die letztendlich anstehen, muss man überprüfen. Sie haben richtigerweise gesagt, dass die Datenlage sehr, sehr schwierig ist. Die Datenlage - das hat auch Herr Lafontaine gesagt - ist unbefriedigend. Ich bin ganz Ihrer Meinung. Aber warum ist die Datenlage unbefriedigend? - Die Datenlage ist unbefriedigend, weil wir bei den hohen Infektionszahlen nicht nachkommen, die einzelnen Kontakte so zu verifizieren, wie das notwendig ist.

Herr Lafontaine hat gefragt, wo denn die Zettel geblieben sind. Wenn es ordentlich gehandhabt wird, liegen sie vier Wochen in dem Unternehmen, in dem Restaurant oder bei dem Friseur. Wenn das Gesundheitsamt keine Nachfrage hat, können sie nach vier Wochen vernichtet werden.

(Ministerin Bachmann: Genau so!)

Zumindest ist es so angedacht und ich hoffe, dass es in den meisten Fällen so gehandhabt wird. Deshalb ist das trotzdem richtig. Ich kenne jemanden, der jetzt in einem Gesundheitsamt hier im Regionalverband arbeitet. Sonst ist er an einer anderen Stelle im Regionalverband tätig. Er berichtet mir täglich, dass sie viele, viele Stunden nachtelefonieren und versuchen, der Situation Herr zu werden. Es wird auch samstags und sonntags gearbeitet und es wird alles versucht, um zu verifizieren, wo Infektionen stattfinden können.

Ich glaube, nach zehn Monaten Pandemie haben wir das eine oder andere schon gelernt, aber wir machen mit Sicherheit noch nicht alles richtig. Das ist kein Sprint, würden wir Sportler sagen. Das ist ein Dauerlauf. Das ist eine Mittelstrecke, auf der wir uns befinden. Wie es von Ihnen schon richtig gesagt worden ist, ist das Ziel noch nicht in Sicht. Es gibt das eine oder andere Licht am Ende des Tunnels, aber ob dahinter wirklich das Ziel liegt, kann man so noch nicht sagen, glaube ich.

Herr Lafontaine, Sie haben gesagt, wir bewegen uns auf Autokratie zu, dass also der Staat alles bestimmt. Echte Autokraten wie Herr Putin oder wie in China oder in anderen Nationen gehen mit Menschenrechten natürlich anders um als wir. Wir erleben es, wenn wir uns darüber zu Recht ärgern, dass wir unsere Grundrechte eingedämmt bekommen, aber auf der anderen Seite natürlich zu Recht eingedämmt bekommen. Schauen wir einmal nach Frankreich, Spanien oder England. Der Ministerpräsident

hat es in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht. Dort sind härtere Eingriffe in die Grundrechte der Menschen gemacht worden. Dort gibt es Ausgehverbote. Als ich hierhergefahren bin, habe ich gehört, dass in der Türkei ältere Menschen über 65 abends nach 20 Uhr nicht mehr auf die Straße dürfen oder keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen dürfen. Das sind Maßnahmen, die vielleicht sogar wirken, aber die wir in diesem Land nicht wollen. Ich glaube, deshalb ist der Weg, den man hier gewählt hat, der richtige Weg, nämlich indem man versucht, einen Mittelweg zu gehen.

Sie haben als Bundesfinanzminister 1998 etwa ein halbes Jahr lang die Möglichkeit gehabt, etwas zu tun, wie man mit Geld in Deutschland, in Europa und in der Welt umgehen sollte. Sie haben das nach etwa einem halben Jahr wieder gelassen. Sie erwähnen einen Milliarden. Ich kann es gar nicht beurteilen und glaube nicht, dass jemand in der Lage ist, mit seiner Leistung 1 Milliarde zu erwirtschaften und wie gerecht oder ungerecht das ist. Aber eines weiß ich auf jeden Fall: Wenn wir dieses Kapital in Deutschland so stark besteuern, dass man für sich die Chance sieht, in Frankreich oder sonst wo in der Welt das Geld günstiger anzulegen, dann wird das Geld auch sehr schnell weg sein. Das heißt, es wird nach der Pandemie fehlen, um die Wirtschaft zu stützen.

Wir wollen nicht bis über die Pandemie hinaus die Wirtschaft mit Steuergeldern und irgendwelchen Maßnahmen weiter stützen. Letztendlich haben Sie recht. Ich bin auch kein Fan von Milliarden. Ich wäre auch froh, wenn man sie besser in die Verantwortung nehmen könnte, wie man das bei den amerikanischen Konzernen Google, Amazon und anderen sieht, die irgendwelche Dependancen in Irland oder sonst wo haben, um Steuern zu sparen. Da wäre ich gerne bereit, mehr Steuergerechtigkeit walten zu lassen, aber bitte immer mit dem Augenmerk darauf, dass wir uns nicht selbst Schaden zufügen und letztendlich privates Kapital aus Deutschland abfließt, das wir zur Bewältigung der Folgen der Pandemie und zum Anspringen unserer Wirtschaft brauchen.

Ich will auf die Akzeptanz unserer Corona-Maßnahmen kommen. Eigentlich könnten wir doch sehr froh sein. Ich habe eben die Länder um uns herum genannt und wie dort die Grundrechte eingeschränkt werden. Im ZDF-Politbarometer vom letzten Freitag haben 51 Prozent der Menschen gesagt, sie sind mit den Maßnahmen, die die Bundesregierung und die Landesregierungen machen, zufrieden.

Eine Zahl hat mich aber gewundert. 30 Prozent waren nämlich damit nicht zufrieden, aber nicht in der Hinsicht, dass sie sagen, sie wollen diese Maßnahmen nicht. Nein. Sie sagen, sie wollen stärkere Maßnahmen. Sie wollen mehr Einschränkungen. Sie wollen mehr begrenzen, weil sie sich davon verspre-

(Abg. Wegner (CDU))

chen, schneller durch diese Pandemie zu kommen, um damit ihre eigenen Grundrechte ausüben zu können.

Wir haben gehofft, dass der November-Lockdown ausreicht und dass die Zahlen dementsprechend zurückgehen. Herr Hecker hat recht. Wir haben eine Seitwärtsbewegung. Es ist zwar ein Erfolg, dass wir mit den Infektionsraten nicht noch einmal nach oben gehen, aber wir haben noch nicht das erreicht, was wir wollen. Deshalb war der Dezember notwendig. Das hat natürlich zur Debatte beigetragen, die wir jetzt führen. Herr Brinkhaus - Sie haben ihn eben erwähnt - hat in seiner Rede deutlich gemacht, dass natürlich auch das Geld des Bundes irgendwann zu Ende gehen wird und man nicht weiterhelfen kann.

Eines muss man an dieser Stelle ganz deutlich sagen. Restaurants, die Messebranche, Kultur - in vielen Bereichen wird es Verlierer geben. Es wird Strukturen geben, die wir verlieren und die wir mit Geld nicht auffangen können. Die werden im Land zur Lebensqualität fehlen. Man kann nicht alles schönreden und man kann auch nicht alles bezahlen. Aber trotzdem glaube ich, dass der Bund und die Länder in den vergangenen zehn Monaten hervorragend zusammengearbeitet haben und ihrer Verantwortung gerecht geworden sind. Ich glaube auch, dass man die Diskussion um die Gelder führen muss, aber ich bin eher bei Hubertus Heil, der in dieser Woche in einem Interview gesagt hat: Lasst uns jetzt erst einmal die Krise bewältigen und alles tun, um die Krise in den Griff zu kriegen, und alles tun, damit es den Menschen wieder gut geht und wir mit normalem Wirtschaften anfangen können; dann reden wir über die Finanzierung.

Vor zwei Tagen hat Olaf Scholz gesagt: Wir schaffen das. Wir haben in den vergangenen Jahren so gut gewirtschaftet, dass wir - wenn wir diese Maßnahmen machen - bei circa 70 Prozent unserer Wirtschaftskraft liegen. Das ist unter den G7-Staaten die beste Situation. Alle anderen sind viel höher verschuldet. Vor 13 Jahren in der Bankenkrise waren wir bei über 80 Prozent. Ich will damit nicht wegreden, dass wir das bezahlen müssen und dass das kommt, aber da kommt das Thema, das ich eben schon einmal vorgebracht habe. Ich glaube, wir müssen alles tun, damit die Wirtschaft nach dieser Krise wieder losgeht. Wir müssen alles tun, damit wir den Verlierern dieser Krise, die wir nach dem 31.12. erkennen, wenn das Insolvenzrecht noch einmal greift, helfen, so gut wir das irgendwie können.

Aber das können wir nur dann, wenn das eintrifft, was Lars Feld mit seinen Wirtschaftsweisen sagt. Vor ein bis zwei Wochen hat er ein Gutachten abgegeben. Es wird ein Wirtschaftswachstum von minus 5,4 Prozent geben. Jeder weitere Monat Lockdown light wird noch einmal 0,2 Prozent kosten. Letztendlich geht er davon aus, dass wir relativ schnell in einen positiven Bereich kommen können, wenn die

Krise vorbei ist. Wenn es uns mit den Maßnahmen, die wir gemacht haben, und mit den Investitionen, die notwendig sind, gelingt, dann können die Steuern noch einmal fließen - dabei schaue ich Peter Strobel an -, damit sich die Schulden etwas zurückentwickeln. Das ist ein wichtiger Faktor, den wir für die Zukunft dieses Landes brauchen.

Wir haben viel gemacht. Wir haben, nicht wie man vielleicht annehmen könnte, uns darauf ausgerichtet, dass uns der Bund die Dinge finanziert. Nein. Das Saarland war ganz schnell und hat als eines der ersten Bundesländer die Soforthilfen für Betriebe mit bis zu zehn Mitarbeitern auf den Weg gebracht. Es hat sehr schnell diese Hilfen für Betriebe bis 50 Mitarbeiter und bis 100 Mitarbeiter auf den Weg gebracht, lange bevor es der Bund gemacht hat. Der Bund war später dran. Das hat uns geholfen und hat unsere Hilfen etwas unnötig gemacht. Ich mache der Landesregierung und dem Wirtschaftsministerium ein Kompliment. Damals ist das Geld sehr schnell bei den kleinen und mittleren Unternehmen gewesen. Das hat ganz viele Unternehmen gerettet.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Wir haben mit 2,1 Milliarden Euro ein Zukunftspaket auf den Weg gebracht, wovon über 743 Millionen für die Wirtschaft vorgesehen sind. Wir haben - das ist auch schon angeklungen - deutlich gemacht, dass wir unser Gesundheitswesen fit machen müssen. Natürlich gibt es dort auch Defizite. Natürlich haben wir noch nicht alles im Griff. Das ist eine Situation, die einmalig ist und die wir in dieser Art und Weise noch nicht vorgefunden haben.

Deshalb ist es richtig zu sagen, alles, was bisher gemacht worden ist, ist mit sehr viel Engagement und Kraft gemacht worden. Wir werden in der nächsten Woche - wahrscheinlich hier im Hause - zwei Haushalte mit einer Gesamtsumme von 10 Milliarden Euro auf den Weg bringen. Dort sind viele Maßnahmen drin, die unser Gesundheitswesen fit machen und die unserer Wirtschaft die notwendigen Investitionen ermöglicht. Wir haben nicht gewartet, bis der Bund kommt. Tilgungszuschuss 12 Millionen, Eventbranche 1,5 Millionen, Bustransfer - das alles ist schon erwähnt worden. Von daher will ich das nicht weiter ausführen. Es ist unglaublich viel gemacht worden.

Wir haben unseren Kommunalpakt gerettet. Das haben nur ganz wenige Länder, soweit ich weiß, oder in dieser Art und Weise überhaupt kein Land. Wir haben im letzten Jahr 1 Milliarde Euro investiert und die Hälfte der Schulden unserer Städte und Gemeinden übernommen. Wir haben den Städten und Gemeinden zugesagt, dass wir die Steuerausfälle durch die Pandemie zu 50 Prozent auffangen werden. Der Bund macht es in diesem Jahr auch mit 50 Prozent. Aber wir haben es bis 2022 zugesagt.

(Abg. Wegner (CDU))

Der Bund hat die Kosten der Unterkunft von 50 auf 75 Prozent erhöht. Das bringt uns 200 Millionen Euro bis 2022. Wir haben ein Netz für den Kommunalen Finanzausgleich gespannt - 180 Millionen Euro. Nein. Ich glaube, wir brauchen uns nicht zu verstecken. Wir haben alles gemacht, um die Wirtschaft nach vorne zu bringen. Wir haben alles gemacht, um diesen Dauerlauf - eventuell sogar den anstehenden Marathon - zu absolvieren und erfolgreich ins Ziel zu kommen.

Es wird Verlierer geben. Die werden wir nicht alle auffangen können, aber wir werden uns bemühen. Eine ganz wichtige Botschaft, die ich an dieser Stelle loswerden möchte, ist, dass wir alles tun werden, damit die Menschen im Saarland und die Unternehmen keinen Deut schlechter gestellt sind als das in anderen Bundesländern der Fall ist. Wenn es notwendig ist und die Pandemie uns im neuen Jahr zu weiteren Maßnahmen zwingt, werden wir dies für die Menschen in diesem Land auf den Weg bringen. Eines ist nämlich wichtig. Wir müssen die gleichen Lebensverhältnisse haben wie die anderen. Wir müssen unsere Tradition und unseren Charakter im Saarland behaupten. Das geht nur, wenn wir uns mit ganzer Kraft einsetzen.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Lassen Sie mich enden mit Marie von Ebner-Eschenbach. „Für das Können gibt es nur einen Beweis: das Tun.“ Lassen Sie uns handeln und tun, denn das ist der einzige Weg, um aus dieser Krise herauszukommen. - Vielen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Der nächste Redner ist Rudolf Müller von der AfD-Landtagsfraktion.

Abg. Müller (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Kürze der Zeit möchte ich noch einmal auf einige ganz grundsätzliche Punkte hinweisen. Es geht bei dem, was die Regierung mit den Verordnungen und den ganzen Maßnahmen macht, nicht um das normale Regierungshandeln einer Regierung, also irgendwelche Verordnungen, Verträge und sonst etwas, was natürlich auch auf der Basis von normalen, einfachen Gesetzen basiert. Es geht vielmehr um die Einschränkung von sage und schreibe Grundrechten - im Plural. Darum geht es. Es ist unser Anliegen, dass bei solchen Dingen vorher hier im Parlament diskutiert wird. Vorher, nicht nachher.

Herr Lafontaine hat die soziale Lage angesprochen. Ja, das klingt zunächst einmal schön neutral. Ich will das nicht abwerten, Herr Lafontaine. Aber was beinhaltet die soziale Lage? Stellen Sie sich kleine

Selbstständige vor, die es sowieso oft schon sehr schwer haben und die jetzt durch diese Maßnahmen, die möglicherweise viel zu weitgehend und ungerechtfertigt sind, in die Pleite geraten. Wer als kleiner Selbstständiger in die Pleite gerät, der ist sozial halbtot. Das kann ich Ihnen sagen. Ich kenne Beispiele dafür. Wer sich dann etwas antut, der ist vielleicht ganz tot. Das muss man auch berücksichtigen.

Sonst wird immer gesehen, wie sich alles Mögliche auf der ganzen Welt in den hintersten Ecken auswirkt, da, wo sich arme Leute irgendwie durchwurseln müssen. Man weiß auch, dass die Maßnahmen hier sehr große Auswirkungen gerade in armen Ländern haben, von wo manche Leute zu uns kommen.

Zur Finanzierung ist auch gesprochen worden. Bei der Finanzierung dieser vielen Maßnahmen fällt der SPD normalerweise die allgemeine Steuererhöhung ein. Bei der LINKEN heißt es die Reichensteuer. Ich möchte bei der Gelegenheit an Folgendes erinnern. Leute, die sehr viel Geld erwirtschaftet haben oder denen es zugeflossen ist aus der Arbeit und natürlich auch von anderen Leuten, haben ja nicht sehr viel mehr davon als andere. Die können sich auch nicht mehr als satt essen. Sie können ihren Hintern nicht in mehr als einem Sessel breitmachen. 150 Jahre alt werden sie auch nicht. Vielmehr ist ihr erfolgreiches Handeln auch ein Erfolg für unsere Volkswirtschaft. Ich bitte, das nicht zu vergessen.

Es geht ja um Milliarden. Sie wissen vielleicht, dass die Europäische Union selbstverständlich unter der Mitwirkung von Deutschland ein Hilfspaket beschlossen hat, bei dem unter dem Strich für Deutschland 80 Milliarden an Belastung herauskommt. 80 Milliarden! Ich will Ihnen klarmachen, was das ist. Teilen Sie einmal die 80 Milliarden durch die 80 Millionen, die wir sind, dann kommen Sie auf 1.000 Euro pro Nase und zwar pro Nase ab dem kleinsten Kleinkind bis zum ältesten Rentner. Die einen können noch nichts erwirtschaften; die anderen können nichts mehr erwirtschaften. Wenn Sie also eine vierköpfige Familie haben, dann sind das rechnerisch - so ist ja auch die Realität - 4.000 Euro, die denen aufgedrückt werden für Dinge, die die anderen Europäer irgendwie nicht hinkriegen. Das ist nicht demokratisch zu rechtfertigen. Das ist auch nicht moralisch zu rechtfertigen. Wenn jetzt das Argument kommt - das ziemlich dumme Argument -, dass die Leute dann bei uns einkaufen, ist das ungefähr so, wie wenn der Kaufmann in seine Kasse greift, auf die Straße geht und in der Hoffnung das Geld verteilt, dass die Leute wieder zu ihm kommen, um einzukaufen. Das ist hirnverbrannt.

Zu Ihnen, Herr Commerçon. Es geht nicht um Details, die hier geregelt werden. Es geht nicht um 10 oder 20 m². So etwas kann die Regierung mit links machen. Es geht um Grundrechte - noch mal zur Verdeutlichung. Herr Wegner hat von 75 Prozent der Infektionen gesprochen, die überhaupt nicht nachzu-

(Abg. Müller (AfD))

verfolgen sind und bei denen man nicht weiß, wo sie herkommen. Das weiß man eben nicht! Ich weiß es nicht, dann mache ich einfach mal Ihren Betrieb zu. Und all das, weil ich es nicht weiß. Das ist eine eigenartige Logik. Das geht nicht. Ich bestehe noch mal darauf - und rate in diesem Sinne eindringlich -, dass, wenn Grundrechte eingeschränkt werden müssen oder sollen, das Parlament vorher damit befasst werden muss. Vorher, nicht nachher! Wenn das gemacht wird, sind sogar - je nach Lage - radikale Maßnahmen möglich, denn dann weiß man, wo die Verantwortung liegt. Dann kann jeder Parlamentarier in seinem Bereich den Leuten erklären, warum dieses gemacht und jenes nicht gemacht wird. - Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

Vizepräsidentin Ries:

Der nächste Redner ist der Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion Dr. Magnus Jung.

Abg. Dr. Jung (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich macht die heutige Landtagsitzung Sinn, Herr Kollege Hecker, auch wenn die Corona-Verordnung schon beschlossen ist, denn die Debatte schafft Transparenz. Von dieser Stelle aus muss erklärt werden, von dieser Stelle aus muss gerechtfertigt werden, von dieser Stelle darf auch verteidigt und kritisiert werden. Es ist ein wesentlicher Teil von Demokratie, dass eine Debatte darüber stattfindet - zu welchem Zeitpunkt auch immer. Deshalb macht sie Sinn. Weiterhin verschafft die Debatte am heutigen Tag Legitimation. Es ist das Recht des Parlamentes, das aufzuheben, was die Regierung in der letzten Woche beschlossen hat und was am Sonntag in Kraft getreten ist. Ich stelle aber fest, es liegt kein Antrag vor, die Verordnung aufzuheben, die vor wenigen Tagen beschlossen wurde. Insofern verleihen die heutige Debatte und deren Verlauf sowie das Verhalten aller Fraktionen den Entscheidungen der Landesregierung ein großes Maß an Legitimation. Das ist schon eine bedeutende Sache, die am heutigen Tag stattfindet.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Ich bin aber auch der Meinung, dass das Maß an Legitimation noch größer wäre, wenn die Debatte vor der Entscheidung der Regierung stattfinden würde. Ich bin ebenfalls der Auffassung, dass es kein Gnadenakt der Regierung ist, dass das Parlament sich trifft - so habe ich Ihre Ankündigung auch nicht verstanden -, sondern eine Selbstbehauptung des Parlamentes. Deshalb gab es vor dem heutigen Tag Debatten in mehreren Fraktionen darüber, dass wir erneut zu einer Sondersitzung zusammenkommen. Ich begrüße am Ende auch die Ankündigung, dass wir zukünftig im Zusammenhang mit jeder Verord-

nung, in der es um die Einschränkung von Grundrechten geht, eine Sondersitzung des Parlamentes haben können. Mein persönlicher Wunsch ist, dass das am besten vor der Beschlussfassung geschieht. Wenn ich es mal platt sagen kann, ist es so: Die Entscheidungen, die während der Woche vorbereitet werden, finden in der Regel freitags statt. Dann kann freitagmorgens das Parlament tagen und mittags die Regierung. So hat man alles an einem Tag mit einem guten Grad der Legitimation.

Ich will einige Bemerkungen zum aktuellen Infektionsgeschehen machen. Es ist leicht rückläufig, aber es befindet sich weiterhin auf einem hohen Niveau. Wir stehen im internationalen Vergleich sehr gut da, im bundesweiten Vergleich sind wir im vorderen Feld. Wenn man dort die Grenzen ziehen und sich auf die Veränderungen und Unterschiede konzentrieren will, sind sie nicht zwischen Saarland und Rheinland-Pfalz zu finden, sondern im Vergleich zwischen Saarland und Lothringen oder zwischen Saarland und Luxemburg. Die Zahl der Menschen, die sich wegen COVID-19 im Krankenhaus befinden, liegt seit Tagen und Wochen stabil um 200. Die Zahl derjenigen, die auf Intensivstationen sind, liegt zwischen 50 und 60, und die Zahl der Menschen, die beatmet werden, zwischen 20 und 25. Das heißt, wir haben medizinisch die Lage im Saarland weiterhin im Griff. Deswegen möchte ich von dieser Stelle aus ein herzliches Wort des Dankes an die Beschäftigten in den Krankenhäusern, die Ärztinnen und Ärzte, die Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger aussprechen, die dort einen super Job machen, Leid vieler Menschen lindern und Leben retten. Herzlichen Dank für diese tolle Arbeit!

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wenn wir uns die Zahlen anschauen, müssen wir leider feststellen, dass es nach wie vor rund 30 Tote jede Woche im Saarland gibt. Das ist eine hohe Zahl, die uns Sorgen machen muss und uns das Maß an Verantwortung aufzeigt, mit dem wir in den nächsten Wochen mit dieser Pandemie umgehen müssen.

Ich will die Landesregierung und das Sozialministerium ganz herzlich loben und mich bedanken. Gut gelungen ist die verbesserte Ausstattung in den Krankenhäusern mit Beatmungsgeräten und Beschaffung von Schutzmaterialien. Vieles, was in der ersten Welle knapp war, steht jetzt in ausreichendem Maße zur Verfügung. Dort ist wirklich gut gearbeitet worden. Es gibt aber auch Bereiche, wo es noch besser hätte laufen können. Da nenne ich das Thema Qualifizierung von Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern in Richtung Intensivmedizin. Das hat es zwar im Saarland gegeben, aber bei Weitem nicht so systematisch wie beispielsweise in unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz. Hier rege ich an, Frau Ministerin, dass die Landesregierung mit der saarländischen Krankenhausgesellschaft schnell ein Qualifizierungsprogramm auflegt, damit die Beat-

(Abg. Dr. Jung (SPD))

mungsplätze auf den Intensivstationen, die wir jetzt haben, mit ausreichend Personal begleitet werden, wenn wir es brauchen. Das wäre sehr wichtig.

(Beifall bei der SPD.)

Die Zahlen insgesamt. Wir haben nach wie vor eine hohe Inzidenz, das Saarland ist nach wie vor ein Risikogebiet. Deshalb ist es wichtig, wie es in unseren Gesundheitsämtern aussieht. Ich sage immer, sie sind unser schärfstes Schwert im Kampf gegen die Pandemie. Natürlich sind die Gesundheitsämter auch im Saarland von dieser zweiten Welle schwer mitgerissen worden und teilweise war auch ein bisschen Land unter. Es gab Probleme, in der Kürze der Zeit genügend Personal zur Verfügung zu stellen. Die Organisation musste mitwachsen, entsprechende Ausstattung, Technik und Büros mussten beschafft werden. Deswegen hat die Nachverfolgung nicht mehr überall in dem Maße funktioniert, wie es vorher der Fall war und wir es uns wünschen. Es kommt deshalb nach wie vor zu Bearbeitungszeiten bei der Mitteilung von Testergebnissen, beim Verhängen der Quarantäne und bei der Nachverfolgung, die zu lange sind. Jeder Tag, den wir hier verlieren, führt im Grunde zu zusätzlichen Infektionen, die vermieden werden könnten, wenn wir dort noch besser aufgestellt wären. Deshalb möchte ich einerseits ein großes Lob und Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aussprechen, die in den Gesundheitsämtern einen wirklich harten Job machen, mehr als 8 Stunden jeden Tag arbeiten, samstags und sonntags arbeiten und eine tolle Leistung vollbringen. Andererseits möchte ich einen dringenden Appell an das Gesundheitsministerium richten, hier gemeinsam mit den Landkreisen noch mehr Verantwortung zu übernehmen, sodass wir die Defizite, die es dort noch gibt, möglichst schnell abbauen.

Eine Sache müssen wir noch stärker in den Blick nehmen, nämlich die Menschen, die sich nicht an die Regeln und Vorschriften halten, die in Quarantäne sind, aber nicht zu Hause bleiben, die auf einen Test warten, aber trotzdem weiter durch die Gegend laufen, die nicht informieren, dass sie betroffen sind, und damit andere gefährden. Diese Menschen müssen wir in Zukunft stärker bestrafen, als das bisher der Fall ist. Diesem Thema müssen wir deutlich stringenter nachgehen, als das bislang der Fall ist.

Es ist mehrfach gesagt worden: Wir brauchen mehr Daten, wir brauchen bessere Daten und vor allen Dingen brauchen wir einen besseren Umgang mit den Daten, die wir haben oder haben könnten. Ich will das jetzt nicht noch mal im Detail ausführen. Ich habe diese Woche einen Beitrag über eine erfolgreiche Existenzgründerin aus dem Saarland im Radio gehört, die ein System zur Gewinnung von Daten entwickelt, mit dem die Arbeit von Kühlgeräten untersucht wird, die in Rechenzentren stehen. Sie kann anhand ihrer Daten bestimmen, wann ein Kühlgerät demnächst kaputtgeht. So kann man dafür

sorgen, dass es rechtzeitig ausgetauscht wird. Wenn kluge Frauen aus dem Saarland das können, dann müsste auch unser Gesundheitsministerium in der Lage sein zu sagen, wie viele Menschen in Altenheimen, in Krankenhäusern und in Reha-Einrichtungen getestet wurden. Das, was wir brauchen, ist möglich. Es muss endlich gemacht werden.

(Beifall bei der SPD.)

Ich will einige Worte zur Arbeit unseres Gesundheitsausschusses sagen, weil ich immer wieder den Eindruck habe, dass sie nicht ausreichend wahrgenommen wird. Hier geht es nicht um ein Selbstlob, sondern darum, dass das Parlament auch in der Öffentlichkeit mit seiner Arbeit wahrgenommen wird. Wir tagen wöchentlich in der Regel drei bis vier Stunden. Wir haben regelmäßig die Landesregierung, Herrn Dr. Rissland von der Virologie, die Kasenärztliche Vereinigung, die Saarländische Krankenhausgesellschaft, die Pflegegesellschaft, den Landkreistag und die Gesundheitsämter zu Gast. Wir hatten auch schon die Jugendämter oder unsere Partner in SaarLorLux da. Wir haben verschiedene Funktionen zu erfüllen. Dazu gehört natürlich die Kontrolle der Regierung. Wir stellen dort die Fragen, die die Bürgerinnen und Bürger auch jeden Tag stellen und an uns weiterleiten. Wir setzen Impulse für die Arbeit der Regierung. Am Ende stellen wir mit dieser Ausschussarbeit Öffentlichkeit her, denn über fast jede dieser Ausschusssitzungen wird in der Saarbrücker Zeitung, im Saarländischen Rundfunk und im Onlinebereich berichtet. Das sind wichtige Funktionen dieser Parlamentsarbeit, die wir dort leisten. Wir alle sind gemeinsam dort in den letzten Monaten zu Corona-Experten geworden. Deshalb will ich an alle Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich Danke sagen, die dort mit viel Fleiß und Disziplin Ausschussarbeit machen. Ich möchte auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung danken, die uns bei dieser Arbeit begleiten und unterstützen.

Corona ist eine Systemkrankheit, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das gilt für den menschlichen Körper, aber es gilt auch für unsere Gesellschaft. Sie trifft alle Teile. Über die Auswirkungen auf das Bildungssystem haben wir schon in vielen Landtags- und Ausschusssitzungen gesprochen. Die Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeit sind außerordentlich dramatisch. Sie sind heute zum Teil schon zur Sprache gekommen. Viele Menschen haben wegen Corona bereits ihren Arbeitsplatz verloren. Viele Selbstständige und Freiberufler haben ihre Existenz verloren oder müssen ernsthaft darum fürchten. Viele Menschen sind in Kurzarbeit geraten und haben deshalb ein niedriges Einkommen. Wir haben in der Saarbrücker Zeitung vor wenigen Tagen eine Statistik lesen können, die bestätigt hat, was wir vermutet haben: Je niedriger die Einkommen der Menschen sind, desto größer sind die Einbußen für die Famili-

(Abg. Dr. Jung (SPD))

en durch Corona. - Das heißt umgekehrt, dass nicht diejenigen, die am lautesten schreien, auch wirtschaftlich und sozial die größten Probleme durch Corona haben. Es sind die Minijobberinnen und Minijobber, deren Job häufig weggefallen ist. Es sind die Menschen in der Gastronomie, die ohnehin niedrige Einkommen haben. Deshalb habe ich im Übrigen viel Sympathie für die Forderungen, dort das Kurzarbeitergeld auf 100 Prozent hochzufahren. Es sind die Studierenden, deren Nebenjobs weggefallen sind. Es sind die Familien, die niedrige Einkommen haben und vielleicht ein Darlehen für ein kleines Häuschen oder eine Anschaffung, die man vor zwei oder drei Jahren gemacht hat, zu bezahlen haben. Sie kommen mit 60 Prozent ihres Einkommens eben nicht mehr über die Runden, weil sowieso alles auf Kante genäht ist.

Deshalb ist meine Schlussfolgerung: Corona macht in dieser Gesellschaft die Armen ärmer. Corona macht auch die einsamen Menschen noch einsamer, wenn sie keinen Besuch mehr bekommen können. Corona macht kranke Menschen noch kranker. Ich erinnere beispielsweise an Selbsthilfegruppen, die sich jetzt nicht mehr treffen können und deren Teilnehmer deshalb mit ihrer Krankheit alleine bleiben. Corona benachteiligt Schülerinnen und Schüler, die es im Bildungswesen ohnehin schwieriger haben. Corona ist eine Herausforderung für den Kinderschutz. Ich erinnere an den Bericht der Psychotherapeutenkammer in der gestrigen Ausgabe der Saarbrücker Zeitung. Wir haben das Thema im Gesundheitsausschuss schon mehrfach intensiv besprochen und uns bemüht, Hilfen zur Verfügung zu stellen. Corona ist deshalb eine große sozialpolitische Herausforderung für uns alle. Es ist auch eine besondere Aufgabe der Sozialdemokraten in diesem Parlament, das zu benennen und den Menschen eine Stimme zu geben, deren Existenz durch Corona nicht nur gesundheitlich, sondern auch wirtschaftlich und sozial gefährdet ist. Das habe ich heute versucht. Es darf sich nicht das wiederholen, was sich bei den Menschen als Gefühl während der Finanzkrise eingeschlichen hat, dass nämlich den Banken und Konzernen geholfen wird und der kleine Mann selbst schauen muss, wo er bleibt und wie er durch die Krise kommt. Deshalb ist eine wesentliche Lehre für mich in dieser Corona-Pandemie, dass wir soziale Ungleichheit in diesem Land grundsätzlich abbauen müssen, die öffentliche Infrastruktur stärken müssen und für alle Herausforderungen der Zukunft einen starken Staat brauchen, der den Schwachen gerade in Zeiten der Krise hilft.

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich will einige Bemerkungen zu einer besonderen Problematik machen, die uns morgen im Ausschuss noch einmal beschäftigen wird. Es geht um die Situation der älteren Menschen. Sie haben im Durchschnitt die höchste Sterblichkeit. Wir wissen es vom

Regionalverband, der diese Daten veröffentlicht. Im Durchschnitt sind die Menschen, die an Corona sterben, 80 Jahre alt. Die Betroffenheit der älteren Menschen ist im Saarland deutlich größer als im Bundesdurchschnitt. Mich besorgt zusätzlich, dass der Anteil an positiv Getesteten, die 60 Jahre und älter sind, in den letzten Wochen deutlich gestiegen ist. Vor wenigen Wochen war noch weniger als jeder Fünfte, der coronapositiv war, 60 Jahre und älter. Heute ist es schon mehr als jeder Vierte. Wenn die Entwicklung so weitergeht, wird bald fast jeder Dritte, der 60 Jahre oder älter ist, an Corona erkrankt und damit in besonderer Weise gefährdet sein. Wir müssen schauen, dass wir Instrumente entwickeln wie zum Beispiel die Antigen-Tests, um diesem Trend entgegenzuwirken, sonst werden wir bei der Zahl der Toten eine dramatische Entwicklung haben. Hier greife ich eine Forderung aus einem Gespräch mit Trägern auf: Wir brauchen beispielsweise eine Studie darüber, wie das Coronavirus in Altenheime eingeschleppt wird. Sind es die Mitarbeiter oder wer auch immer? - Wir wissen es im Moment nicht. Wir brauchen Daten und deshalb rege ich an, das wissenschaftlich zu untersuchen.

Wir haben diese schwierige Situation auch in den Altenheimen, obwohl wir die strengsten Regeln für Besuche haben. Ich bedaure deshalb sehr, dass es so lange gedauert hat, bis vor sechs oder acht Wochen die Entscheidung kam, dass Besuche auf den Zimmern wieder erlaubt werden. Leider kam diese Entscheidung zu spät. Es ist verständlich, dass sie wieder aufgehoben und zurückgenommen werden musste. Wir brauchen jetzt aber schnell die Entscheidung - und das ist abschließend noch nicht geregelt -, dass man mit der Verwendung von diesen Antigen-Tests auch einen Besuch auf den Zimmern unter strengen Voraussetzungen wieder ermöglicht. Es kann nicht sein - und ich halte das am Ende auch für verfassungswidrig, das sage ich mal so -, dass manche Leute seit neun Monaten keinen Besuch auf ihrem Zimmer erhalten können, obwohl sie in einem Altenheim und nicht in einem Gefängnis leben. Das müssen wir ändern! Dafür brauchen wir möglichst schnell entsprechende Regeln der saarländischen Landespolitik.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN.)

Ich will noch kurz sagen - ich kann es nur noch knapp tun -, dass wir im Bereich der Tagespflege erhebliche Probleme haben bei der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, dass wir im Bereich der ambulanten Hilfen noch zu wenig wissen, wie dort das Infektionsgeschehen eigentlich ist und dass auch die pflegenden Angehörigen Unterstützung brauchen.

Ich will auch bekräftigen, was der Ministerpräsident heute gesagt hat, dass die Bereitschaft, sich an der Impfkampagne zu beteiligen, für den Erfolg unserer gemeinsamen Anstrengungen extrem wichtig ist. Die Impfung ist die Chance, die wir haben, um die Pan-

(Abg. Dr. Jung (SPD))

demie zu besiegen. Es muss mit dieser Impfung so schnell wie möglich gehen. Es ist zwar noch nicht genau geklärt, wie das ablaufen wird, aber es ist selbstverständlich, dass der Impfstoff so schnell wie möglich zur Verfügung gestellt wird. Wir bleiben gemeinsam mit der Landesregierung dran. Ich sage aber auch, bei der Debatte um den Impfstoff dürfen wir nicht nur nach uns schauen, sondern müssen auch auf die Menschen in der Dritten Welt schauen. Wir haben eine Verantwortung, dass auch dort geimpft werden kann. Am Ende können wir nicht die Einzigen sein und meinen, wenn wir nicht nach den anderen schauen, dann wären wir schon gerettet.

(Beifall bei den Regierungsfractionen und bei der LINKEN.)

Die Corona-Pandemie wird uns zumindest noch Wochen und Monate begleiten. Sie ist am Ende eine Herausforderung für unsere Demokratie, nicht nur deshalb, weil es Querdenker-Demos gibt, weil der Sturm auf den Reichstag stattgefunden hat oder weil Abgeordnete im Parlament beschimpft und bedroht worden sind, sondern weil wir selbst in der Politik Grundrechte einschränken und zwar auf Dauer, was Fragen aufwirft, die wir weiter diskutieren müssen. Im Ziel, das wir erreichen wollen, sind wir uns alle einig, was jedoch die Mittel und den Weg betrifft, gibt es sicherlich noch das eine oder andere gemeinsam zu diskutieren. Dann werden wir in nächster Zeit zu Entscheidungen kommen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche allen gute Gesundheit. Glück auf!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Die nächste Rednerin ist die Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr Anke Rehlinger.

Ministerin Rehlinger:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Saarländerinnen und Saarländer! Ich will gar nicht mehr so viel zu der allgemeinen Corona-Lage sagen, dazu ist bereits ganz viel gesagt worden. Ich bin Magnus Jung dankbar, dass er das Ganze in einen sehr breiten Zusammenhang gestellt und sich hinter die Maßnahmen, hinter die Entscheidungen gestellt hat. Er hat aber auch gezeigt, wo an der einen oder anderen Stelle zumindest Diskussionsbedarf besteht, gegebenenfalls sogar Handlungsbedarf.

Die Pandemie hat den Globus in eine nie da gewesene Lage versetzt: wirtschaftliche Einschränkungen mit existenziellen Ängsten, Menschen die einsam sind, Menschen, die Angst haben, die verunsichert sind. Alles das ist nicht nur sehr vereinzelt, alles das ist keine Ausnahme, sondern das ist in der Bevölke-

rung breit zu spüren, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich will auf den Versuch eingehen, der eben gestartet worden ist, ein Bild zu zeichnen - dies vornehmlich hier auf dieser Seite -:

(Ministerin Rehlinger zeigt auf die rechte Seite des Raumes.)

Die, die da oben sitzen, wissen nicht, was da unten gedacht, gemacht und gefühlt wird. Ich weise diese Unterstellung und das Bild zurück, das gezeichnet worden ist von „die da oben und wir da unten“, möge sie literarisch noch so wertvoll mit Zitaten hinterlegt worden sein!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Das trifft nicht die Lage, das beschreibt nicht das Bild unseres täglichen Handelns, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich kann für mich beschreiben, jeder, der hier sitzt, kann wahrscheinlich für sich beschreiben, was den Arbeitsalltag ausmacht. Ich habe mal gesagt, wir haben zwar nicht wie bei der Flutkatastrophe die Gummistiefel an, aber so ähnlich geht es auch in den Regierungen zu, in dem, was wir täglich tun.

Ich habe Unternehmerinnen und Unternehmer vor mir sitzen, wo Teile der Familie aus Sorge schon krank geworden sind, sie sitzen weinend dort. Ich habe Leute am Telefon, am Handy, am Bürgertelefon, per Mail, per Facebook, die mir beschreiben, was das heißt, jetzt mit zu wenig Geld auszukommen, weil man in Kurzarbeit ist, weil der Minijob weggefallen ist, oder die mir die familiär angespannte Situation schildern. Wir alle haben mittlerweile sicherlich von irgendjemandem gehört oder sind sogar selbst davon betroffen, dass man liebe Angehörige oder Freunde im Krankenhaus oder im Altenheim nicht in dem Maße besuchen kann oder - das ist wirklich am allerschlimmsten - auch nicht in der Sterbephase begleiten kann. All das trifft auf uns zu, das trifft auch auf Sie zu. Deshalb verwahre ich mich gegen dieses zu einfache Bild: Die da oben und wir da unten, und keiner weiß Bescheid. Deshalb muss das einer mal von dieser Stelle aus sagen: Das ist nicht korrekt, das ist nicht in Ordnung! Ich lasse nicht zu, dass dieses Bild in der Öffentlichkeit gezeichnet wird!

(Beifall bei den Regierungsfractionen.)

Ich will versuchen, diesen Widerspruch etwas aufzulösen, wenn das überhaupt geht: Gesundheitsschutz auf der einen Seite und wirtschaftliche Einschränkungen mit existenziellen Nöten auf der anderen Seite. Es wird gesagt, dass man sich für das eine oder das andere entscheiden muss, und wer sich falsch entscheidet, ist einer, der ohne Verantwortung handelt. Auch das halte ich für falsch, meine Damen und Herren. Wir haben im Frühjahr gesehen - so bedrückend es im Frühjahr war, so falsch wäre es, es jetzt im Herbst und im Winter zu vergessen -, dass

(Ministerin Rehlinger)

es Staaten gibt, europäische Staaten, die vielleicht zu spät und nicht in ausreichendem Maße gehandelt haben, die auch nicht die medizinischen Kapazitäten hatten, wie wir sie hatten, was stimmt, und deshalb nicht so stark in ihr Wirtschafts- und Gesellschaftsleben eingegriffen haben. Aber, meine Damen und Herren, diese Staaten stehen heute wirtschaftlich nicht besser da, sondern sie haben schlicht und ergreifend einfach nur mehr Tote. Deshalb ist das kein Entweder-oder, sondern man muss beides miteinander hinbekommen: gesundheitlicher Schutz und gleichzeitig das Abfedern dieser Maßnahmen. Es ist auch falsch, wenn hier gesagt wird, es gibt nur das eine oder das andere, dann wird die Entscheidung auf jeden Fall falsch ausfallen.

(Beifall bei den Regierungsfraktionen.)

Wenn man diese einschneidenden Maßnahmen auf den Weg bringt, mit allen gesellschaftlichen Auswirkungen, wissen wir natürlich alle miteinander, dass die Gesellschaft, in der wir leben, nie mehr die gleiche sein wird wie vor Corona, auch das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zum Staat, zu ihren Politikerinnen und Politikern. Selbst diejenigen, die sehr staatstragend sind und viel Vertrauen in unsere Arbeit haben, leiden darunter. Immer wird irgendwo im Hinterkopf zurückbleiben: War das wirklich so notwendig, warum hat man ausgerechnet mir nicht geholfen, war es nicht an der Stelle doch vielleicht ein bisschen ungerecht mir gegenüber, anderen gegenüber? Das werden wir gar nicht in allerletzter Konsequenz überall beantworten oder vermeiden können, deshalb wird es auch zurückbleiben. Es wird diese Gesellschaft und das Verhältnis zur Politik in den nächsten Jahren, Jahrzehnten nachhaltig beeinflussen. Wir können heute viel dafür tun, mit unserem Auftreten auf der einen Seite, in der Klarheit der Entscheidung, in dem klaren Verfolgen von Zielen, gleichzeitig aber auch immer mit der notwendigen selbstkritischen Selbstreflexion, dass das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zum Staat sowie die Sicht auf Demokratie zwar möglicherweise bearbeitungsbedürftig, aber nicht nachhaltig gefährdet und eingeschränkt sein wird. Auch das ist eine Verantwortung, neben der Verantwortung für Menschen, Gesundheit und Wirtschaft, dafür zu sorgen, dass wir ein gutes Miteinander haben, auch in einer lebhaften, einer wehrhaften Demokratie. Wir müssen uns dazu verhalten, dafür tragen wir Verantwortung, wenn wir hier an dieser Stelle stehen.

(Beifall von der SPD und bei der CDU.)

Wir dürfen uns nichts vormachen, die Debatte hier im Parlament darüber, wie das Parlament eingebunden worden ist oder nicht, ist eine extrem wichtige. Mein Eindruck im ganz Konkreten ist aber, dass insbesondere bei einer Vielzahl von denen, die mich anschreiben und fragen, was mit ihrem Arbeitsplatz ist oder wo ihr Geld bleibt, das nicht die dringendste Debatte ist, um das auch mal in aller Ehrlichkeit zu

sagen. Wir sollten uns nicht zu hoch heben mit all dem, was gemacht worden ist. Auch da geht es nicht um ein Entweder-oder, damit mich keiner falsch versteht, aber die Antwort darauf, wann das Geld auf dem Konto eingeht, ist doch das, was die Menschen jetzt interessiert! Deshalb müssen wir etwas dafür tun, dass überhaupt die Möglichkeit besteht, dass die Hilfen auf den Weg gebracht werden und dass es auch technisch funktioniert.

Ich will auf eine Debatte der letzten Tage eingehen, die ich für mehr als misslich halte. Es ist absolut richtig, dass wir jetzt in einem historischen Ausmaß Hilfen auf den Weg bringen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, genauso aber für Unternehmerinnen und Unternehmer. Der Bund hat das mit seinem Konjunkturpaket getan, mit vielen Hilfen, den Überbrückungshilfen, den November-, Dezemberhilfen. Es ist für den einen oder anderen schon schwer, überhaupt noch den Überblick zu behalten, wann er was bei wem in welcher Höhe beantragen kann. Wir als saarländische Landesregierung haben nicht hintangestanden, sondern ganz im Gegenteil, wir sind bei der einen oder anderen Maßnahme vorweg marschiert, mit als die ersten losmarschiert - Bernd Wegner hat das eben aufgelistet -, und zwar nicht nur in den wirtschaftlichen Bereichen. Man vergisst nämlich ganz schnell ein paar Sachen: Ich nenne mal die Entlastung von Familien bei den Kita-Gebühren, was wir im Frühjahr gemacht haben, aber auch bei den Fahrtkosten für die Busse, dafür haben wir ebenfalls Geld in die Hand genommen. Wir haben die Einnahmeausfälle des ÖPNV komplett kompensiert, mit der Zusage, dass das auch im nächsten Jahr passiert. Zusätzliche Schülerbusse, notwendige Lücken geschlossen, die der Bund noch gelassen hat und die wir uns vorgenommen haben, zu schließen, Vereinshilfen, alles steht auf der Liste „Land“. Nur um das einfach noch mal hier aufgelistet zu haben - dies noch nicht mal abschließend und vollständig. Das ging alles sehr schnell, natürlich weiß ich, immer noch nicht schnell genug für diejenigen, die es belastet und die es brauchen. Trotzdem, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie lange man normalerweise braucht, um eine Richtlinie zu machen, sie abzustimmen, dem Rechnungshof vorzulegen, die Genehmigung einzuholen und anschließend noch ein Zahlensystem aufzusetzen, damit das funktioniert und stabil läuft, ist in einer rasenden Geschwindigkeit passiert, was wir hier auf den Weg gebracht haben, gerade auch bei uns im Saarland mit vielen, die in den Verwaltungen dabei mitgeholfen haben. Die Volumina des Nachtragshaushaltes, des Doppelhaushaltes, sind eben alle genannt worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage das deshalb, weil ich das Ganze in den Zusammenhang mit den Äußerungen stellen will, die jüngst gemacht worden sind und für die ich, ehrlich gesagt, null Komma null Verständnis habe. Es ist gesagt worden, die Länder sollten sich zukünftig auch mal

(Ministerin Rehlinger)

beteiligen. Das ist ebenfalls ein Bild, das falsch ist und das man von dieser Stelle aus richtig zeichnen muss. Es ist nicht zutreffend, dass die Länder nichts getan hätten, sondern ganz im Gegenteil, wir haben schon viel getan und haben die Lücken geschlossen, die der Bund gelassen hat. Insofern ist das - und zwar völlig egal, wer diese Debatte führt - eine falsche Debatte, eine Phantomdebatte; sie lässt die Tatsachen einfach außen vor. Ich finde, auch das muss richtiggestellt werden. Wir müssen dafür sorgen, dass die richtigen Debatten in diesem Land geführt werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich will zudem sagen, es interessiert die Saarländerinnen und Saarländer gar nicht, zu Recht wahrscheinlich, wer jetzt das Geld dafür aufgebracht hat, wer zuständig war oder auch nicht zuständig war oder ist. Im Übrigen ist es tatsächlich egal, denn es ist immer das eine und selbe Geld, es ist nämlich das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler: Einmal vereinnahmt es der Bund und gibt einen Teil davon weiter an Länder und Kommunen, einmal vereinnahmen wir es als Land oder eben die Kommunen. Die Quelle ist aber immer die gleiche. Deshalb führt diese Debatte geradezu ins Nichts, in einer Zeit, wo wir wirklich andere Sachen zu diskutieren hätten.

Man muss in dieser Debatte aber die richtigen Fragen stellen und darauf natürlich die richtigen Antworten geben. Richtig ist, es wird in der nächsten Zeit sicherlich durchaus strittig darüber diskutiert werden, wer das alles bezahlt. Neben denjenigen, die sozusagen in ihren existenziellen Ängsten stecken und wissen wollen, was für Geld sie bekommen, gibt es viele, die sich bei den ganzen schwindelerregenden Summen, die wir miteinander diskutieren, die Frage stellen: Wer soll denn das finanzieren? Das ist schuldenfinanziert. Es ist richtig, dass an dieser Stelle die Schuldenbremse keine Rolle mehr spielt, wenn es darum geht, die Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Bezahlt werden muss es am Ende des Tages aber trotzdem! Zur Wahrheit gehört auch dazu, dass, wenn sich am Steuersystem nichts ändert und es so bleibt, wie es ist, auch diese neuen Schulden zu den gleichen jetzigen Bedingungen abbezahlt werden. Es gibt möglicherweise unterschiedliche politische Auffassungen, ob man das jetzige Steuersystem für hinreichend gerecht erachtet oder ob man noch Verbesserungs- beziehungsweise erheblichen Verbesserungsbedarf sieht. Einige machen sich schon Sorgen, ob nicht wieder der Grundsatz um sich greift, dass der Brave, der Fleißige, der alle seine Steuern zahlt, am Ende auch derjenige ist, der diese Rechnung zu bezahlen hat.

Zu den Erkenntnissen gehören eben auch, dass die Schere in Deutschland weiter auseinandergeht. Man kann das an kleinen Beispielen festmachen, wer die

Betroffenen der Krise sind, wer am meisten im Verhältnis zu seinem Haushaltseinkommen bezahlt, wer am meisten in dieser Situation einbüßt. Das ist kein Befund erst seit der Krise, sondern das ist ein Befund, der bereits vor der Krise klar und deutlich gezeichnet worden ist. Die Frage ist, wer die Lasten dieser Krise trägt, wenn es darum geht, sie auszufinanzieren. Das ist ebenfalls ein Punkt, über den es zu sprechen gilt, insofern ist es vollkommen richtig, dass der Kollege Lafontaine dieses Thema aufgegriffen hat.

Dies allerdings dahingehend zu beantworten, dass wir jetzt erst einmal darüber streiten, ob Bund oder Länder am meisten oder am wenigsten untereinander finanzieren, ist definitiv an dieser entscheidenden Frage vorbei diskutiert. Es wäre geradezu irrsinnig, wenn wir, nachdem wir wieder ein bisschen abbezahlt haben, sagen würden, als nächstes wären die Kommunen dran. Auf diese Idee kommt auch kein Mensch in diesem Land. Das wäre in dieser Logik aber gar nicht mal abwegig. Insofern sollten wir keine Phantomdebatte führen, sondern die eigentliche Debatte ist, wer sich wie in welchem Umfang an der Bezahlung dieser Krise beteiligt.

Die Milliardäre sind genannt worden. Ich habe gar nichts gegen Milliardäre, das sind bestimmt sehr nette Leute, ich persönlich kenne keinen. Es geht aber doch um die Frage, wie die Belastung von Arbeitseinkommen und Kapital ist, wenn wir uns das Steuersystem anschauen. Die Tendenz, was die Anzahl der Milliardäre angeht, ist nun mal steigend. Ein Grundsatz ist: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Insofern haben wir schon mal einen Hinweis darauf, wie die Antwort auf die von mir gestellte Frage aussehen kann. Damit gar nicht der Eindruck erweckt wird, das sollte allzu persönlich auf irgendwie 100 Milliardäre in Deutschland projiziert werden, will ich ein anderes Beispiel nennen, für das man sicherlich viel mehr Zustimmung finden kann, weil es so offenkundig ist, und das ist eben das Beispiel Amazon. Amazon gehört mit ganz großer Sicherheit zu den großen Krisengewinnern. Ich habe nachgelesen, die Börsenanalysten empfehlen einen Kauf der Aktie jetzt gerade vor Weihnachten. Gleichzeitig ist es allerdings so, dass Amazon mitnichten an irgendwelchen Kosten zur Finanzierung des Staatswesens in dem Umfang beteiligt ist, wie es notwendig wäre. Und wenn nicht das, was wir jetzt erleben, ein Anlass ist, dann weiß ich nicht, welcher Anlass noch entstehen muss, um sich mit dieser Frage noch mal ernsthaft zu befassen. Die kleinen Einzelhändler wissen nicht, wie sie in den Monaten November und Dezember ihre Mieten bezahlen sollen, und andere machen das Geschäft ihres Lebens und müssen nichts dafür in die Kasse legen! So wird unser System mit Sicherheit nicht funktionieren!

Mir sei aber vielleicht der Hinweis erlaubt: Auch wenn wir das mit dem Steuerrecht heute noch nicht

(Ministerin Rehlinger)

hinbekommen, so können doch die Saarländerrinnen und Saarländer den gleichen Beitrag leisten wie wir auch, nämlich den lokalen Einzelhandel zu unterstützen. Wir sind vielleicht nicht so viel zum Bum-meln unterwegs, aber wir sollten trotzdem nicht zu viel von der Couch bestellen, sondern eher doch im saarländischen Einzelhandel einkaufen, damit der die Umsätze tätigen kann, die er braucht, um viele in Brot und Arbeit zu halten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Ich will eine letzte Anmerkung machen aufgrund der Redebeiträge der AfD. Ich weiß ja nicht genau, für welche Zielgruppe in der Bevölkerung Sie versuchen, Politik zu machen. Aber Ihre Einlassungen dazu, was man alles nicht tun dürfe, um ein gerechteres Steuersystem in Deutschland auf den Weg zu bringen, haben dazu geführt, dass mir ein besonderer Buchtitel eingefallen ist, nämlich: „Die falschen Freunde der einfachen Leute“.

(Abg. Roth (SPD): Ja!)

Vielleicht führen sie auch dazu, dass der eine oder andere darüber nachdenkt, wer hier seine Interessen vertritt.

(Beifall von den Regierungsfractionen und der LINKEN.)

Mein nächster Punkt geht weg von der Steuerdebatte mehr hin zum Konkreten. Nicht das Reden von der großen Summe hilft, sondern man muss kucken, dass das Geld bei den Menschen auch ankommt. Bei den sogenannten November-Hilfen hatten wir ja gleich die Sorgenfalten auf der Stirn. Es ist glücklicherweise vereinbart worden, dass es Abschlagszahlungen gibt. Die ersten sind tatsächlich auch im November noch erfolgt. Nun haben wir heute allerdings den 01. Dezember, und wir hatten gestern Abend eine sehr, sehr lange Schaltkonferenz der Wirtschaftsministerinnen und Wirtschaftsminister der Länder zusammen mit dem Bundeswirtschaftsminister, und meine Sorgenfalten sind nicht kleiner geworden, um das ganz ehrlich zu sagen. Ich habe die große Befürchtung, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten noch mit vielen auch hier im Saarland zu tun haben werden - Sie wie ich auch -, die uns fragen, wo ihr Geld bleibt. Die Plattform ist nicht in vollem Umfang freigeschaltet, und die IT-Firma des Bundes ist auch nicht so zuversichtlich, dass man das Problem in den nächsten Tagen lösen kann.

Insofern müssen wir uns überlegen, wie man das besser hinbekommen kann, entweder durch höhere Abschlagszahlungen, wenn das stabil funktioniert. Denn, um ehrlich zu sein, wir haben auch eine ganze Reihe von Gastronomie- und Hotelleriebetrieben hier im Saarland, denen 5.000 Euro Abschlag nichts

nützen. Sie hätten nach diesen Hilfen über 100.000 Euro zugute, und die brauchen sie auch. Sie lachen uns aus, wenn wir ihnen 5.000 Euro geben. Insofern muss man entweder die Abschlagszahlungen erhöhen oder das Verfahren für die Beantragung auf dieser Plattform beschleunigen. Denn es kann nicht angehen, dass aus den November-Hilfen die „Irgendwann-im-nächsten-Jahr-Hilfen“ werden. Bis dahin werden einige in ernsthafte Schwierigkeiten kommen.

Wir werden sicherlich in einer Vielzahl von Einzelfällen auch Gespräche mit den Banken führen müssen, um sicherzustellen, dass das jetzt nicht wegen ein paar Wochen ein Problem wird. Diese Landesregierung wird mit allen Instrumenten, die uns zur Verfügung stehen, dafür sorgen, dass wir das überbrückt bekommen. Aber trotzdem ist es nicht die ideale Lösung, deshalb müssen wir daran arbeiten, vielleicht auch durch einen Vorschuss, wenn der Bund uns das gewähren würde, mit Blick auf Abtretungen, damit wir den Unternehmern das, was ihnen ohnehin zusteht, vielleicht im Wege einer Zwischenfinanzierung zukommen lassen können. Ich will damit sagen: Wir sind auf der Suche nach Lösungen, um aus dieser mehr als misslichen Lage, wie sie sich im Moment darstellt, das Beste für die saarländischen Unternehmer, aber eben auch für deren Beschäftigte, zu machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine herzliche Bitte ist, dass wir uns alle in dem ganzen Prozess, der sicherlich noch weit ins nächste Jahr reichen wird, der Verantwortung bewusst sind für Gesellschaft, Demokratie und Wirtschaft, für jeden Einzelnen und natürlich auch für die Gesundheit der Menschen in diesem Land. Reden wir über die ernsthaften Fragen und versuchen wir, sie zu lösen, und zwar so, dass am Ende was rauskommt. Allein nur hier zu stehen und zu zweifeln und alles infrage zu stellen, hilft keiner Saarländerin und keinem Saarländer. Es hilft nur, Taten auf den Weg zu bringen, das zu machen, was man für richtig hält, und das mit aller Kraft. Dafür stehen wir hier in der saarländischen Landesregierung, und wir bedanken uns herzlich, dass es dafür heute eine breite Unterstützung gibt. Ich hoffe, dass wir vor allem die Saarländerinnen und Saarländer von der Richtigkeit unseres Weges überzeugen können.

Lassen Sie mich das als Letztes sagen: Der Kollege Lafontaine hat Zahlen eingefordert. Auch die gibt es! Natürlich gibt es Studien aller Art, in alle Richtungen. Man kann nicht sagen, dass es gar keine Zahlen gibt für die Beschreibung der Gefahr. Selbst wenn man die niedrigste Sterblichkeitsrate annimmt, die in den vielen Studien, die es dazu gibt, angenommen wurde - jüngst wurde in einer Studie aus Stanford 0,23 Prozent als Sterblichkeitsrate angenommen -, dann heißt das immer noch, dass wir bei einem ungehinderten Fortgang, also wenn wir nichts machen

(Ministerin Rehlinger)

würden, in Deutschland über 160.000 Tote hätten. Bei 0,3 Prozent wären es schon 250.000 Tote in Deutschland! Und wenn wir mal die Zahlen aus den USA zu Deutschland ins Verhältnis setzen, haben wir in Deutschland vielen Zehntausenden Menschen das Leben gerettet. Ich will nicht entscheiden, dass wir das nicht machen, nur weil es vielleicht im Moment bequemer erscheint, eine andere Entscheidung zu treffen. Lieber unbequeme Entscheidungen treffen, aber Menschenleben retten! In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund. - Herzlichen Dank.

(Beifall von den Regierungsfractionen. - Abg. Roth (SPD): Anke, ich wähle dich! - Heiterkeit.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. - Der nächste Redner ist der Abgeordnete der AfD-Fraktion Rudolf Müller.

Abg. Müller (AfD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es geht ja hier mal wieder und fast immer auch ums Geld. Es geht nicht nur um die Krankheit, sondern zur Bekämpfung der Krankheit und für alles Mögliche wird ja immer wieder Geld gebraucht. Die Wirtschaftsministerin hat eben ganz richtig gesagt: Der Bund hat gar nichts, das Land hat auch gar nichts, es kommt alles von den Bürgern, von den Steuerzahlern, die arbeiten und Steuern zahlen. Das ist so weit ganz richtig.

Aber etwas anderes ist nicht richtig, liebe Frau Rehlinger. Sie haben gesagt: Ich weiß nicht, wofür Sie hier überhaupt Politik machen. - Ich sage Ihnen, wofür wir Politik machen: Wir machen für die Saarländer Politik, für die sind wir gewählt! Ich nenne Ihnen noch mal die Zahl, die ich vorhin auch schon erwähnt habe. Ihre Parteifreunde auf der nächsten Ebene machen mit, wenn die deutschen Steuerzahler 80 Milliarden an andere europäische Länder überweisen, die mit ihren Problemen nicht zurechtkommen. Nichts gegen andere Europäer, aber die müssen ihre Probleme gefälligst selbst lösen. Man kann ihnen mit einer Kleinigkeit helfen, das geht immer, aber 80 Milliarden? Ich mache Ihnen noch mal klar, was das für das Saarland heißt. Wenn man das mal runterrechnet, und zwar vorsichtig, dann ist das für das Saarland die Kleinigkeit von 800 Millionen Euro, die das die saarländischen Bürger kostet. 800 Millionen, das ist mehr als die Neuverschuldung der nächsten beiden Jahre! Also ich verbitte mir solche Fragestellungen in meine Richtung!

Vizepräsidentin Ries:

Es folgt nun der Ministerpräsident des Saarlandes, Tobias Hans.

Ministerpräsident Hans:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe dieser Debatte bis zum Schluss sehr aufmerksam zugehört. Ich muss sagen, mit Einschränkungen waren das, wie ich finde, sehr wertvolle Beiträge, die heute hier geleistet worden sind.

Herr Abgeordneter Müller, wir alle müssen den Anspruch haben, unsere Politik so auszurichten, dass sie für alle Saarländerinnen und Saarländer gut ist, dass sie für alle Saarländerinnen und Saarländer ausreichenden Schutz vor dieser Pandemie gewährt. Meine Hoffnung war eigentlich, dass jeder in diesem Hohen Hause sich der Verantwortung auch insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger, von denen er gewählt worden ist, bewusst ist und nicht noch zu mehr Verunsicherung, zu mehr Misstrauen in dieser Lage beiträgt. Herr Müller, es wäre meine herzliche Bitte, dass sich die Fraktion der AfD in dieser Frage mäßigt.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Ich will hier gar nichts ergänzend vortragen zu dem, was die Stellvertretende Ministerpräsidentin völlig richtig dargestellt hat. Wenn Herr Lafontaine jetzt da wäre, würde er mich wahrscheinlich dafür kritisieren, dass ich zu viel danke. Er hat ja in einer Zeit regiert, als es nur Alleinregierungen gab, das gibt es heute nicht mehr. Ich will aber sagen, dass gerade in solchen Krisenzeiten sich eine Koalition bewährt und dass diese Krise einen echten Lackmустest darstellt. Ich werde es jedenfalls immer wieder betonen: Ich bin für diese Zusammenarbeit in der Regierungskoalition außerordentlich dankbar.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Im Moment schaut, glaube ich, nicht nur das Saarland auf diesen Plenarsaal, sondern es schaut auch die Welt auf Deutschland und darauf, wie wir das Land durch diese Phase der Pandemie, die schwieriger ist als die vergangene Phase, hindurch bringen. Aus meiner Sicht wird das ein Lackmустest sein. Gelingt es uns in Deutschland, gelingt es uns im Saarland, weiterhin frühzeitig Entscheidungen zu treffen, um das Infektionsgeschehen abzubremsen, oder geraten wir wie andere um uns herum in ein exponentielles Wachstum mit dem Ergebnis, dass uns die Lage entgleitet und wir dann eben nicht mehr die Möglichkeit haben, für die Nachverfolgung der Infektionsketten zu sorgen? Um nichts anderes geht es an dieser Stelle.

Ich sage es auch ganz deutlich, weil das Thema Finanzen jetzt noch mal angesprochen worden ist: Je schneller wir das schaffen, je schneller wir wieder unter die 50er-Inzidenz kommen, je schneller wieder nachverfolgt werden kann, desto schneller können unsere geliebten Restaurants, unsere Kultureinrichtungen wieder öffnen und desto weniger Geld kostet es! Und damit es schnell geht, liebe Kolleginnen und

(Ministerpräsident Hans)

Kollegen, braucht es in dieser Krise mehr denn je Geschlossenheit. Noch nie war es so wichtig, dass alle politischen Parteien und Fraktionen sich ihrer Verantwortung bewusst sind und mit dazu beitragen, dass anerkannt wird, dass unsere Maßnahmen notwendig sind, um Krankheit zu verhindern, um das Sterben an COVID-19 zu verhindern. Um nichts anderes geht es. Dann wird es uns gesellschaftlich weniger kosten, aber auch die finanziellen Lasten für kommende Generationen werden geringer. Nichts anderes ist das Ziel unserer Regierungsarbeit.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Der Kollege Lafontaine hat insinuiert, dass wir allein auf die Neuinfektionszahlen schauen. Ich habe es mehrfach hier gesagt und ich muss es wieder sagen: Wir tun das nicht! Wir schauen selbstverständlich auf die Neuinfektionszahlen, wir schauen aber auch auf die Belegungszahlen in den Krankenhäusern, wir schauen darauf, wie die Situation in Altenheimen ist. Wenn es in einem Landkreis eine hohe Inzidenz gibt und man sieht, dass es sich um zwei Altenheime handelt, dann ist das anders zu bewerten, als wenn das wie neulich im Landkreis St. Wendel auf kleinere unterschiedliche Infektionshotspots zurückgeht, die letztlich aber nicht ein solches Ausbruchsgeschehen hatten. Wir bewerten das miteinander.

Und nein, Herr Kollege Lafontaine - -

(Zuruf.)

Ich spreche ihn an, obwohl er raus musste. - Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Linksfraktion, es ist eben nicht so, dass die Neuinfektionen, die sich eben auch aus PCR-Tests ableiten, in irgendeiner Form unsicher oder ungewiss wären.

(Ministerin Bachmann: So ist es.)

Die Deutsche Gesellschaft für Virologie - nicht die Landesregierung, nicht Monika Bachmann, nicht Tobias Hans, nicht Anke Rehlinger, nein die Deutsche Gesellschaft für Virologie - sagt: Diese PCR-Tests sind geeignet, Infektionen festzustellen. Sie stellen derzeit die sicherste Methode dar, dies zu tun. Man sollte das aus meiner Sicht nicht ständig infrage stellen. Auch das trägt zur Verunsicherung bei. Und wenn gerade Ihr Fraktionsvorsitzender darum bittet, man solle nicht mit Ängsten Politik machen, dann sage ich: Machen Sie bitte auch keine Politik mit Verunsicherung, sondern machen Sie Politik auf der Basis wissenschaftlicher Fakten.

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Es einfach so, dass diese Neuinfektionszahlen auf Basis von PCR-Tests unser Navigationssystem in dieser Krise sind, ich kann das nun mal nicht ändern. Es gibt einen COVID-19-Simulator von Professor Lehr von der Universität des Saarlandes, der derzeit deutschlandweit eingesetzt wird. Und der ba-

siert eben auch auf der Erkenntnis, dass der Welle der Neuinfektionen die Welle der Erkrankungen, die Welle der Hospitalisierungen und die Welle der Behandlungen auf Intensivstationen an Beatmungsgeräten folgen, jeweils mit weniger Fällen, aber sie folgen.

Wir wissen auch eines. Ich habe mich gestern noch einmal mit dem Präsidenten der Leopoldina, der Nationalen Akademie der Wissenschaften, darüber unterhalten: Hätten wir im Oktober nicht diesen November-Lockdown verhängt, würden wir uns jetzt in unseren Krankenhäusern in einer Situation der Triage befinden, wir müssten entscheiden, wer noch behandelt, wer noch beatmet werden kann und wer nicht. Das gilt es zu vermeiden! Das konnten wir nur tun, indem wir frühzeitig Maßnahmen ergriffen haben, bevor die Situation in den Krankenhäusern dramatisch wurde. Man muss es immer wieder betonen: Es reicht nicht, zu handeln, wenn die Patienten anfangen zu sterben, sondern man muss es tun, wenn die Infektionszahlen steigen, meine Damen und Herren! Das ist unser einziges richtiges Informationssystem.

(Ministerin Bachmann: Genau. - Beifall von den Regierungsfractionen.)

Allen, die sagen, die COVID-Erkrankten sind ja nur Hypochonder, die einen etwas stärkeren Schnupfen haben - auch diese Menschen gibt es ja; ich bin mir nicht immer so ganz sicher, wo Sie sich als AfD-Fraktion da einordnen -, will ich zurufen: Schauen Sie sich mal die RKI-Entlasszahlen von vorgestern an. 391 Menschen, die an COVID-19 erkrankt waren, haben am 30. November die Intensivstationen verlassen. Von diesen 391 Patienten waren 37 Prozent tot! Sie haben die Intensivstation nicht lebend verlassen. Und jedem, der glaubt, dass hier irgendwelche Leute etwas übertreiben würden, sei gesagt: Schauen Sie sich diese Zahlen an, dann wissen Sie, wie gefährlich dieses Virus ist, wie gefährlich die COVID-19-Erkrankung ist!

(Beifall von den Regierungsfractionen.)

Das soll überhaupt nicht heißen - das sage ich zum Abschluss -, dass nur, weil wir es hier mit einer wirklich großen Bedrohung, einer gesundheitlichen Notlage, die in der Geschichte ihresgleichen sucht, zu tun haben, wir als Landesregierung sagen würden, wir wollten die Dinge allein, im Schnellverfahren, ohne parlamentarische Beteiligung durchziehen. Nein, auf gar keinen Fall! Wer wären wir denn, wenn wir das wollten! Ich bin selbst sicherlich nicht ganz so lange Parlamentarier, wie mancher Fraktionschef hier im Land, aber ich bin es doch immerhin seit elf Jahren. Bevor ich Ministerpräsident geworden bin, war ich es auch schon neun Jahre. Ich habe es nie so verstanden, dass es da ein Gefälle gibt, dass die Regierung auf einem hohen Ross sitzt, wie das hier gesagt worden ist. Für mich war das immer ein Ver-

(Ministerpräsident Hans)

hältnis auf Augenhöhe. Und ehrlich gesagt wäre ich nie auf die Idee gekommen, als Parlamentarier Verordnungen zu beschließen oder an diesen Details zu arbeiten. Nein, mein Anspruch war immer, dass ich mir etwas vorlegen lasse von einer Regierung, und dass ich das dann bewerte. Und das ist nach wie vor mein Verständnis von Augenhöhe zwischen Regierung und Parlament. Mein Anspruch für diese Regierung ist, dass wir liefern, dass wir vorlegen, und dass dann das Parlament selbstverständlich immer das letzte Wort hat. Machen Sie von diesem letzten Wort Gebrauch, aber bedenken Sie, Sie sollten zu einem Zeitpunkt in die Debatte eingreifen, wo Sie auch etwas haben, das Sie bewerten können. Das wird mein Anspruch sein, deshalb wird dieses Parlament künftig jedes Mal beteiligt werden.

Ich habe aber auch wahrgenommen, dass es gute Vorschläge gibt, wie man diese Beteiligung verbessern kann. Es gibt gute Vorschläge im Deutschen Bundestag. Deswegen bin ich froh, dass wir ein drittes Bevölkerungsschutzgesetz haben, das uns Leitplanken gibt. Auch da wird aus der ganz rechten Ecke immer wieder behauptet, dass die Demokratie ausgehöhlt wird. - Nein, im Gegenteil: Es wird ganz genau festgelegt, was wir dürfen, und zwar nur, um die Folgen der COVID-19-Pandemie abzumildern. Dazu haben wir einen Auftrag auf parlamentarischer Basis vom Deutschen Bundestag. Dem werden wir gerecht.

Ich sage auch, dass ich den Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden Commerçon gut finde, dass wir das Präsidium zeitig mit diesen Dingen befassen. Ich habe großen Respekt vor der Erfahrung der Parlamentarierinnen und Parlamentarier und ihren Vorstellungen, wie die Bekämpfung der Pandemie für ihre Wahlkreise und die Menschen, die ihnen ihr Vertrauen geschenkt haben, durchzuführen ist. Deshalb biete ich gerne an, dass wir das im Präsidium machen. Mein Vorschlag wäre, dass wir es sogar machen, bevor die MPK tagt. So beraten wir uns untereinander in der Koalition. Ich glaube, es kann nicht schaden, auch noch die eine oder andere Meinung zusätzlich zu hören. Ich gehe immer davon aus, dass auch der andere recht haben könnte. Wer mich kennt, der weiß das. Deshalb wird es künftig gerne so von mir angeboten werden, dass wir uns im Präsidium des saarländischen Landtags vor der Ministerpräsident*innenkonferenz austauschen und ich das Ganze dann auch in die Beratungen einbringen werde. So stelle ich mir Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament vor.

Ich sage es noch einmal: Nur dann, wenn wir es schaffen, was die grundlegenden Dinge angeht, mit einer Stimme zu sprechen, werden wir die Akzeptanz in der Bevölkerung bekommen, die wir brauchen, damit wir im nächsten Jahr zu dieser Zeit hoffentlich sagen können: Wir haben das geschafft, wir haben das durchgestanden, weil wir im Saarland gut

zusammengearbeitet haben. - Das biete ich dem Parlament an. Danke für diese Debatte. Bleiben Sie gesund.

(Anhaltender Beifall von den Regierungsfractionen.)

Vizepräsidentin Ries:

Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Landtagsfraktion Drucksache 16/1507. Wer für die Annahme der Drucksache 16/1507 der AfD-Landtagsfraktion ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stellte ich fest, dass der Antrag Drucksache 16/1507 mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist. Zugestimmt haben die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Hecker. Dagegen gestimmt haben die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE und die fraktionslose Abgeordnete Ensch-Engel.

Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende der Sitzung angelangt. Ich schließe die Sitzung.